



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 95

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 95

.....
vom 11.3.2021

.....
dell'11/3/2021

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 95

vom 11.3.2021

Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 400/21 vom 17.2.2021, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Telemedizin und Telekooperation für eine flächendeckende, dezentrale ärztliche Betreuung in Anbetracht der Regierungserklärung von Ministerpräsident Draghi. Seite 1

Beschlussantrag Nr. 402/21 vom 18.2.2021, eingebracht vom Abgeordneten Unterholzner, betreffend Lockdown – finanzielle Belastung für die Bevölkerung.Seite 9

Beschlussantrag Nr. 397/21 vom 17.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz, Faistnauer, Ploner Alex, Foppa, Mair, Staffler, Dello Sbarba, Leiter Reber, Nicolini und Repetto, betreffend Solidaritätsfond Südtirol. (Fortsetzung)Seite 19

Beschlussantrag Nr. 398/21 vom 17.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend junge Frauen als Schlüsselfaktor für die gesellschaftliche Entwicklung. Seite 23

Beschlussantrag Nr. 383/21 vom 3.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Renzler und Amhof, betreffend Sozialhilfeleistungen: Kindersparbücher nicht berücksichtigen.Seite 38

Beschlussantrag Nr. 384/21 vom 4.2.2021, eingebracht von Abgeordneten Lanz, Tauber, Ladurner, Renzler und Mattei Kriterien für zielgerichtete Covid-Unterstützungsmaßnahmen für Südtirols Wirtschaft.Seite 43

RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 95

dell'11/3/2021

Indice

Mozione n. 400/21 del 17/2/2021, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante telemedicina e telecooperazione per l'assistenza medica capillare e decentrata alla luce del discorso programmatico del premier Draghi.pag. 1

Mozione n. 402/21 del 18/2/2021, presentata dal consigliere Unterholzner, riguardante lockdown – onere finanziario per la popolazione. pag. 9

Mozione n. 397/21 del 17/2/2021, presentata dai consiglieri Rieder, Köllensperger, Ploner Franz, Faistnauer, Ploner Alex, Foppa, Mair, Staffler, Dello Sbarba, Leiter Reber, Nicolini e Repetto Fondo di solidarietà per l'Alto Adige. (continuazione) pag. 19

Mozione n. 398/21 del 17/2/2021, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante: Le giovani donne sono essenziali per lo sviluppo della società. pag. 23

Mozione n. 383/21 del 3/2/2021, presentata dai consiglieri Renzler e Amhof, riguardante: I libretti di risparmio per bambini non devono contare ai fini dell'accesso alle prestazioni nell'ambito dell'assistenza economica sociale. pag. 38

Mozione n. 384/21 del 4/2/2021, presentata dai consiglieri Lanz, Tauber, Ladurner, Renzler e Mattei, riguardante emergenza Covid-19: criteri per stabilire misure mirate a sostegno dell'economia locale.pag. 43

Beschlussantrag Nr. 386/21 vom 4.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Amhof, Lanz, Locher, Renzler und Tauber, betreffend eigener Weiterbildungsfonds für Südtirol.Seite 58

Beschlussantrag Nr. 401/21 vom 17.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Tauber, Lanz, Ladurner, Amhof, Locher, Vallazza und Renzler, betreffend Neuauflage des Rotationsfonds.Seite 64

Mozione n. 386/21 del 4/2/2021, presentata dai consiglieri Amhof, Lanz, Locher, Renzler e Tauber, riguardante fondo altoatesino per la formazione continua. pag. 58

Mozione n. 401/21 del 17/2/2021, presentata dai consiglieri Tauber, Lanz, Ladurner, Amhof, Locher, Vallazza e Renzler, riguardante aggiornamento del fondo di rotazione. pag. 64

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler**Ore 10.05 Uhr**

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung hat sich Landeshauptmann Kompatscher (Vormittag) entschuldigt.

Wir fahren mit der Behandlung von Punkt 8 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 397/21, fort. Die Abgeordnete Rieder hat einen Änderungsantrag dazu eingebracht. Sie haben das Wort, bitte.

RIEDER (Team K): Danke schön, Herr Präsident! Ich bitte um Aussetzung des Beschlussantrages, weil wir einen Änderungsantrag vorgelegt haben. Dieser wurde allen Mitunterzeichnern des Beschlussantrages zugeschickt. Ich möchte die Kolleginnen und Kollegen im Landtag, die den Beschlussantrag vorher mitunterzeichnet haben, ersuchen-, wenn sie auch den Änderungstrag mitunterzeichnen möchten, ein Bestätigungsmail an das Landtagspräsidium bzw. an den Generalsekretär zu schicken. Danke vielmals!

PRÄSIDENT: In Ordnung. Somit ist die Behandlung des Beschlussantrages Nr. 397/21 ausgesetzt. Ich möchte aber in Erinnerung rufen, dass die Zeit der Minderheit heute um 13.00 Uhr endet. Sollte es Verzögerungen geben, werden wir nächstes Mal damit fortfahren.

Wir kommen zu Punkt 9 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 398/21, betreffend junge Frauen als Schlüsselfaktor für die gesellschaftliche Entwicklung, eingebracht – wie könnte es anders sein - von der Kollegin Foppa und den Kollegen Dello Sbarba und Staffler. Abgeordnete Foppa, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, die Einbringerin gehört zwar nicht mehr zu den jungen Frauen, aber schön, dass Sie es so sehen! Ich wurde von den Kolleginnen der SVP-Fraktion gebeten, über einen Änderungsantrag zu beraten. Dieser ist in Ausarbeitung. Deshalb würde ich bitten, die Behandlung dieses Antrages vorübergehend auszusetzen.

PRÄSIDENT: Der Landeshauptmann ist heute bis 12.00 Uhr in der Staat-Regionen-Konferenz. Er würde hier die Stellungnahme der Landesregierung machen. Jetzt weiß ich nicht, ob Sie diesen Beschlussantrag trotzdem behandeln wollen oder nicht bzw. ob jemand anderes die Stellungnahme der Landesregierung abgeben soll.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Ich hatte etwas anderes gesagt und wiederhole es jetzt. Sie waren gerade mit dem Generalsekretär im Gespräch. Es wurde ein Antrag der Kolleginnen der SVP-Fraktion gestellt, hier einen Änderungsantrag auszuarbeiten. Wir haben diesen durchgeschaut und er ist jetzt noch in Diskussion. Deswegen wollte ich meinerseits bitten, einen anderen Antrag vorzuziehen, sodass wir diesen dann noch im Laufe des Vormittags behandeln können.

PRÄSIDENT: Ja, sehr gerne! Das bedeutet, dass wir mit dem nächsten Tagesordnungspunkt fortfahren.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 400/21 vom 17.2.2021, eingebracht vom Abgeordneten Nicolini, betreffend Telemedizin und Telekooperation für eine flächendeckende, dezentrale ärztliche Betreuung in Anbetracht der Regierungserklärung von Ministerpräsident Draghi."**

Punto 10) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 400/21 del 17/2/2021, presentata dal consigliere Nicolini, riguardante telemedicina e telecooperazione per l'assistenza medica capillare e decentrata alla luce del discorso programmatico del premier Draghi."**

Telemedizin und Telekooperation für eine flächendeckende, dezentrale ärztliche Betreuung in Anbetracht der Regierungserklärung von Ministerpräsidenten Draghi

Prämissen:

In der Mitteilung der Europäischen Kommission (KOM-2008-689) über den Nutzen der Telemedizin für Patienten, Gesundheitssysteme und die Gesellschaft wurden Maßnahmen für eine bessere Integration telemedizinischer Dienste in die ärztliche Praxis festgelegt. Damit sollen die größten Hindernisse, die einem umfangreichen und effektiven Einsatz der Telemedizin im Wege stehen, überwunden werden.

Zu diesem Zweck wurde beim Obersten Gesundheitsrat ab dem 24. Februar 2011 ein entsprechender Arbeitskreis zur Telemedizin eingerichtet, dessen Ziel es war, Leitlinien für das gesamte Staatsgebiet auszuarbeiten. In der Sitzung vom 10. Juli 2012 verabschiedete die Vollversammlung des Obersten Gesundheitsrates die gesamtstaatlichen Leitlinien zur Telemedizin.

Am 20. Februar 2014 veröffentlichte die Staat-Regionen-Konferenz ein Dokument mit dem Titel Einvernehmen zwischen der Regierung, den Regionen und den Autonomen Provinzen Trient und Bozen zu den gesamtstaatlichen Leitlinien im Bereich der Telemedizin (Urkundensammlung Nr. 16/CSR vom 20. Februar 2014).

Mit seinen kleinen Dorfzentren und Tälern, die oft fernab der größeren Städte liegen, benötigt Südtirol ein flächendeckendes Dienstleistungs- und Versorgungsnetz. Neue Technologien können dabei helfen, die räumliche Distanz zu überbrücken.

Das Südtiroler Gesundheitswesen ist auch vom sogenannten Gesundheitstourismus betroffen. Über 1 Million Italienerinnen und Italiener, hauptsächlich aus dem Süden, lassen sich nämlich jedes Jahr in den Krankenhäusern des Nordens behandeln (Quelle: VII. Bericht des Sozialforschungsinstituts Censis und RBM). Der Gesundheitstourismus generiert keinen Mehrwert für die vor Ort lebende Bevölkerung, er hat vielmehr längere Wartezeiten für die Behandlung im Krankenhaus zur Folge und führt zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen in unseren Städten. Gerade Menschen mit chronischen Krankheiten, die eine kontinuierliche Betreuung benötigen, könnten von der Einführung innovativer Technologien und vor allem der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) profitieren, die eine Vernetzung der Ärzte ermöglichen.

Telemedizin und Fernbetreuung zeigen insbesondere wie Allgemeinmediziner, die sich in neuen Formaten zusammenschließen, effizienter arbeiten und auch chronische Patienten besser versorgen können. Bei schweren chronischen Erkrankungen im fortgeschrittenen Stadium wird es dank der Unterstützung der Telemedizin möglich, die Patienten in ihrem Eigenheim fachärztlich zu versorgen, was vor allem bei gebrechlichen und/oder älteren Patienten wichtig ist.

In Notfällen können Technologien eingesetzt werden, um mit Soforthilfemaßnahmen Risiken zu minimieren, dies kann etwa auch durch die Vernetzung mit anderen Knotenpunkten des Gesundheitssystems unterstützt werden. Kann man in solchen Fällen auf Telemedizin zurückgreifen, können klinische Informationen, die für eine bessere Behandlung kritischer Patienten nützlich sind, rechtzeitig bereitgestellt werden. Zudem könnte die Telemedizin eine umfassende Reorganisation der Labordiagnostik und bildgebender Verfahren ermöglichen.

Die oben genannten Leitlinien unterscheiden zwischen zwei Formen des Arzt-Patienten-Verhältnisses: der Videosprechstunde und der Telekooperation. Die Videosprechstunde ist eine ärztliche Maßnahme, die es dem Arzt erlaubt, aus der Ferne mit dem Patienten zu interagieren. Im Rahmen der Diagnose, die in einer Videosprechstunde gestellt wird, kann der Arzt dem Patienten Arzneimittel verschreiben oder medizinische Behandlungen verordnen. Während der Videosprechstunde kann der Arzt durch Gesundheitspersonal, das sich beim Patienten befindet, unterstützt werden. In der Videosprechstunde muss es dem Arzt möglich sein, den Patienten zu sehen und mit ihm zu interagieren; dies kann in Echtzeit oder zeitverzögert erfolgen.

Die medizinische Telekooperation ist eine Maßnahme, die darin besteht, dass ein Arzt oder eine andere Gesundheitsfachkraft einen weiteren Arzt oder eine weitere an der Gesundheitsmaßnahme beteiligte Gesundheitsfachkraft unterstützt. Telekooperation wird auch in Bezug auf die Beratung der Fachkräfte verwendet, die an einem Notfalleinsatz beteiligt sind.

Ein Beschlussantrag gleichen Inhalts wurde vom Einbringer am 12.09.2019 im Plenum zurückgezogen, nachdem der Landesrat für Gesundheit diesen dazu eingeladen hatte, den Beschlus-

santrag in einem Jahr noch einmal einzubringen, um die Initiative unterstützen zu können. Die Pandemie und die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Draghi im Senat vom 17.02.2021 bestärken und priorisieren den Einsatz von Telemedizin- und Telekooperationsdiensten.

Dies vorausgeschickt und erwogen,

verpflichtet
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. im Rahmen der Telemedizin die von Hausärzten und frei wählbaren Kinderärzten angebotenen telemedizinischen Leistungen umzusetzen;
2. die IT- und Organisationsstruktur sowie die Personalressourcen so zu gestalten, dass der telemedizinische Dienst über die Telekooperation sowohl in Notsituationen als auch in abgelegenen Gebieten eingesetzt werden kann;
3. eine Absichtserklärung zur "grenzüberschreitenden Telemedizin" zu unterzeichnen, um die Zusammenarbeit mit dem Land Tirol zu verbessern.

Telemedicina e telecooperazione per l'assistenza medica capillare e decentrata alla luce del discorso programmatico del premier Draghi

Premesso che:

la Comunicazione (COM-2008-689) della Commissione Europea con titolo "Telemedicina a beneficio dei pazienti, sistemi sanitari e società" individua le azioni per favorire una maggiore integrazione dei servizi di Telemedicina nella pratica clinica e rimuove le principali barriere che ne ostacolano la piena ed efficace applicazione.

Su scala nazionale a partire dal 24/2/2011 presso il Consiglio Superiore di Sanità è stato istituito un apposito tavolo tecnico sulla telemedicina con l'obiettivo di predisporre apposite Linee di indirizzo nazionali. Nella seduta del 10/7/2012 l'Assemblea generale del predetto Consiglio Superiore di Sanità ha approvato le Linee di indirizzo nazionali sulla Telemedicina.

La Conferenza Stato-Regioni in data 20/2/2014 ha prodotto il documento rubricato come: Intesa tra il Governo, le Regioni e le Province autonome di Trento e Bolzano sul documento recante "Telemedicina - Linee di indirizzo nazionali". Repertorio Atti n. 16/CSR del 20/2/2014).

Il nostro territorio, costituito da valli e piccoli paesi spesso distanti rispetto alle città più grandi, ha necessità di una rete capillare di assistenza e servizi e che le nuove tecnologie possono ridurre le distanze fisiche.

La sanità altoatesina è interessata da un fenomeno c.d. di migrazione sanitaria. Il fenomeno interessa oltre 1 milione di italiani che ogni anno si spostano tra le strutture ospedaliere, prevalentemente dal sud verso il nord (Fonte: VII Rapporto Rbm-Censis). Gli spostamenti di persone all'interno del territorio non generano benessere aggiuntivo alla popolazione locale, ma aggravano i tempi di attesa per le prestazioni ospedaliere e/o il traffico sulle nostre città. La gestione della cronicità e la continuità dell'assistenza possono avvalersi del contributo delle tecnologie innovative, e più in generale dell'ICT, per garantire la realizzazione di una modalità operativa a rete.

In particolare, nelle nuove forme d'aggregazione dei medici di medicina generale, la Telemedicina e la Teleassistenza rappresentano esempi di come la tecnologia possa supportare un'efficace operatività di tali forme organizzative, anche ai fini della gestione della cronicità. Per patologie croniche a stadi avanzati e gravi, il supporto della Telemedicina specialistica consente di mantenere il paziente a casa, specie nel caso di pazienti fragili e/o anziani.

Gli interventi di assistenza in emergenza-urgenza possono avvalersi delle tecnologie al fine di gestire le attività di pronto intervento sanitario mirate all'eliminazione del rischio anche attraverso il collegamento ad altri nodi della rete sanitaria. L'utilizzo della Telemedicina in questo contesto può rendere disponibili in modo tempestivo informazioni cliniche utili al miglioramento della gestione di pazienti critici. La telemedicina potrebbe consentire la completa riorganizzazione della diagnostica di laboratorio e diagnostica per immagini.

Le già menzionate linee guida distinguono due aspetti possibili del rapporto medico-paziente: la televisita e la telecooperazione: "La Televisita è un atto sanitario in cui il medico interagisce a

distanza con il paziente. L'atto sanitario di diagnosi che scaturisce dalla visita può dar luogo alla prescrizione di farmaci o di cure. Durante la Televisita un operatore sanitario che si trovi vicino al paziente, può assistere il medico. Il collegamento deve consentire di vedere e interagire con il paziente e deve avvenire in tempo reale o differito."

"La telecooperazione sanitaria è un atto consistente nell'assistenza fornita da un medico o altro operatore sanitario ad un altro medico o altro operatore sanitario impegnato in un atto sanitario. Il termine viene anche utilizzato per la consulenza fornita a quanti prestano un soccorso d'urgenza."

La presente mozione, con il medesimo contenuto, è stata in data 12/9/2019 ritirata dal presentatore in aula a seguito della dichiarazione in cui l'assessore alla sanità ci invitava a ripresentarla a distanza di un anno per un certo appoggio dell'iniziativa. La pandemia, nonché il discorso programmatico tenuto nell'aula del Senato della Repubblica in data 17/2/2021 da parte del premier Draghi, ha cambiato l'importanza e la priorità di implementare i sistemi di telemedicina e telecooperazione.

Ciò premesso e ciò considerato,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna*

la Giunta provinciale

- 1. ad implementare nell'ambito della Telemedicina i Servizi di Telemedicina del Territorio erogati dai Medici di Medicina Generale e Pediatri di Libera Scelta (PLS);*
- 2. a realizzare l'infrastruttura informatica, organizzativa ed umana affinché il servizio di telemedicina sia operativo attraverso la tele-cooperazione sia nelle situazioni di emergenza sia nelle realtà distaccate;*
- 3. a realizzare un protocollo d'intesa per la "Telemedicina Transfrontaliera" per potenziare le sinergie con il Land Tirol.*

Abgeordneter Nicolini, Sie haben das Wort für die Erläuterung Ihres Beschlussantrages, bitte.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Buongiorno a tutti, mi dispiace che l'assessore competente non sia in ascolto.

Questa mozione era già stata da me illustrata nel settembre del 2019, quindi in un periodo pre-pandemia nonostante si tratti di una mozione di assoluta attualità sia perché come ho citato già nel titolo è uno dei programmi citati dal premier Draghi, sia perché è anche un capitolo del *Recovery Fund* che si può ascrivere nel capitolo del miglioramento del sistema sanitario, ma anche alla digitalizzazione, quindi è una mozione che era stata illustrata tanto tempo fa ed è stata addirittura presentata nel 2019, e già nel 2018 i colleghi del Movimento 5 Stelle avevano inserito la telemedicina all'interno del programma nazionale e avevano cercato anche di riservare degli stanziamenti, affinché tutti questi strumenti venissero messi a disposizione di tutti i medici di medicina generale.

Non voglio ripetere quello che avevo detto un anno e mezzo fa, si tratta di dare degli strumenti ai medici in modo da poter fare le cosiddette televisite sui pazienti, oppure anche di generare una telecooperazione. Nel primo caso la televisita non è altro che dotare i pazienti di piccoli strumenti che possono essere utilizzati autonomamente da casa, in modo da avere un monitoraggio costante dei loro parametri vitali tipo la pressione, la saturazione sanguigna e altri parametri che possono essere monitorati dal medico che sta al proprio studio medico, ma può anche essere un tipo di cooperazione e dunque il paziente arriva nello studio medico e quindi si può attaccare un elettrocardiogramma o si può fare un consulto da uno specialista.

Il grande vantaggio ovviamente, che sarebbe tra l'altro fortissimo in questo tempo di pandemia, è quello di ridurre l'afflusso all'interno degli ospedali, perché le visite possono essere fatte da casa, quindi si rinuncia a fare chilometri sulle strade per raggiungere questi centri e condensarsi lì, e poi anche di dare tempi più rapidi del consulto e questa cosa del tempo rapido nel consulto medico è di fondamentale importanza, diventa sempre più importante, perché si sa bene quanta è la mancanza del personale sanitario, qual è la carenza è quindi è necessario aumentare la produttività, quindi dotare, fare un investimento in capitale è proprio di supporto alle risorse umane che invece sono scarse, quindi si tratta di una razionalizzazione.

Dal punto di vista del paziente, a parte la strada che si risparmia per andare in ospedale che è anche difficile nell'orografia della nostra provincia, quindi si tratta di uno strumento che dovrebbe essere proprio implementato qui da noi, il paziente è più motivato ad avere dei percorsi di prevenzione, più controllo e un supporto costante di monitoraggio della propria salute.

Spesso si cita lo Stato di Israele come un esempio virtuoso di telemedicina portata avanti in modo molto innovativo, e tra l'altro è lo stato che probabilmente nel mondo occidentale uscirà per primo da questa pandemia, quindi è un esempio di buona pratica medica.

Chiaramente ci sono anche degli aspetti critici per risolvere tutti i problemi, è chiaro che il rapporto diretto medico-paziente è insostituibile, noi lo vediamo anche con questo utilizzo di sistemi digitali che abbiamo tra di noi, nulla può sostituire la presenza fisica, l'ambiente, o elementi che in digitale possono anche sfuggire.

Per tornare alla mozione che avevo presentato nel settembre 2019, devo dire che io avevo chiesto di ritirarla pur essendo condivisa da parte dell'assessore [*registrazione interrotta*] e mi era stato consigliato quindi di ripresentarla magari tra un anno, perché c'erano ancora degli elementi che non erano chiari. Principalmente il problema era quello dello stato della rete della comunicazione digitale che doveva essere potenziato e quindi io credo che in questo periodo, ma soprattutto nel periodo che verrà, verrà potenziato fortemente lo sviluppo di reti digitali e si sa anche già che questo è uno dei programmi del *Recovery Fund* e un altro problema era quello dell'incompatibilità dei sistemi informatici che esistevano nel nostro sistema sanitario, quindi Bolzano con Brunico, Brunico con Merano, si erano utilizzati degli EDV diversi e questo era un problema che però si voleva superare e si voleva soprattutto istituire un centro di competenza in modo da coordinare tutte queste attività che dovranno essere implementate per la telemedicina.

Questo è stato detto un anno e mezzo fa, io sono stato invitato a ripresentare questa mozione un po' più avanti e spero che adesso i tempi siano maturi, perché c'è la consapevolezza che è indispensabile sviluppare questo sistema digitale se vogliamo migliorare le nostre prestazioni nel campo sanitario, come progetto non è più rimandabile perché serve, è il momento adatto, visto che ci sono a disposizione dei fondi e quindi mi auguro che sia la volta buona e che si proceda velocemente con l'implementazione di tutte queste misure che possono portare a sistemi di telemedicina per i nostri medici di base e migliorare quindi la prestazione sanitaria generale complessiva. Grazie!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Ploner Franz, Sie haben das Wort, bitte.

PLONER Franz (Team K): Danke, Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gerade während einer Pandemie oder grundsätzlich am Katastrophenfall kommt dem Einsatz der Telemedizin eine besondere Bedeutung zu.

Mit der Covid-19-Pandemie ist die Nachfrage nach telemedizinischen Angeboten für Ärztinnen und Ärzte stark gestiegen, sodass gerade dieser Beschlussantrag von Kollegen Nicolini eine besondere Aktualität erfährt. Gefragt werden nicht nur Systeme zur videogestützten Konsultation – denn die Hausärzte und auch die anderen Ärzte konnten die Patienten nicht befragen und in ihre Ambulanz einladen, sie mussten mit ihnen über telemedizinische Verfahren konsultieren –, sondern auch Systeme für die Triage («forward triage») von Patientinnen und Patienten, um das Gesundheitssystem zu entlasten. In dieser Covid-19 Krise haben immer mehr Ärzte versucht, die Behandlung auf Telemedizin umzustellen – leider wegen der fehlenden Infrastruktur in sehr rudimentärer Form, um den Besuch der Patienten in einer gesundheitlichen Einrichtung zu reduzieren und um das Ansteckungsrisiko zu verhindern.

Warum brauchen wir nun diese Telemedizin? Wir brauchen die Telemedizin, um das Gesundheitssystem zukunftssicherer zu machen, um bestehende Ressourcen intelligent einzusetzen und um die vorhandenen Versorgungslücken zu schließen. Der dringende Bedarf verdeutlicht sich durch das Altern einerseits der Bevölkerung – darauf hat auch Kollege Nicolini hingewiesen – und die steigende Nachfrage nach Gesundheitsleistungen, während die finanziellen Mittel für das Gesundheitssystem schrumpfen. Auch die steigende Ungleichverteilung und ein Mangel an Ärzten gerade in den ländlichen Gegenden fordert eine telemedizinische Versorgung dieser ländlichen Regionen voraus.

Diese digitalen technologischen Innovationen tragen einen wichtigen Beitrag in der Umstrukturierung des Gesundheitssystems, der wohnortnahen Patientenversorgung – weil ich ja über Telemedizin mit ihnen kommunizieren kann, ich kann sie einstellen, vor allem bei Gerinnungsverfahren und dergleichen – und der Vernetzung der verschiedenen Berufsgruppen im Gesundheitssystem bei. Die Behandlung von Patienten

aus der Ferne, die Hilfestellung bei der Betreuung der Patienten im Notfall, die digitale Vernetzung der niedergelassenen Ärzte mit den Fachambulanzen und die Vernetzung der Krankenhäuser untereinander als auch mit den Maximalversorgern machen die Telemedizin zu einem unverzichtbaren Hilfemittel. Diese digitalen Kommunikationsmedien bieten völlig neue Möglichkeiten, die es gilt wahrzunehmen. Diese Techniken ermöglichen nicht nur eine Fernbehandlung, sondern erlauben die Durchführung von ärztlichen Konsilien (Telekonsil), die Begutachtung von Patientendokumenten (wie zum Beispiel die Teleradiologie oder die Telepathologie) und den Austausch zwischen den Gesundheitsberufen. Telemedizinische Anwendungen können die Prozesse im Versorgungsalltag (Arztpraxis, Apotheke, Pflegedienste, Notfallmedizin, Krankenhäusern) unterstützen.

Jedoch bei der Einführung und dem Gebrauch dieser Technologien muss die Sicherheit der persönlichen Daten – das heißt vor allem der Privacy der Patienten - gesetzlich garantiert und deren Infrastruktur richtig sein.

Wir werden diesem Beschlussantrag unterstützen. Danke!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie! La mozione presentata dal consigliere Nicolini per quanto attiene alla medicina è da sostenere al mille per cento, noi abbiamo preparato un documento in questo senso che adesso vengo a leggere.

Le tecnologie sono presenti, funzionanti e i costi si sono anche ridotti rispetto a una volta, è già possibile sfruttare tali tecnologie per avere consulto medici da specialisti che vivono dall'altra parte del mondo in tempo reale, dando al paziente la migliore assistenza possibile.

Sicuramente in provincia di Bolzano bisognerebbe prima risolvere un *gap* tecnologico di accesso ai dati che non può più essere tollerato e che non dipende affatto dalle poche risorse investite, tutt'altro.

Meno di un mese fa al TG3 regionale è stato intervistato un medico di base di Terlano che lamentava che per inserire i dati di un paziente impiega circa 20 minuti, questo nel 2021 è, oltre che inaccettabile, uno spreco di tempo enorme a discapito dei pazienti cittadini.

Al PD-Liste civiche pare opportuno porre attenzione su alcune questioni importanti:

1. È in ogni caso necessario evitare, rispetto al progetto Telemedicina, di fare come al solito spendendo tantissimi soldi in tecnologie che devono essere sempre all'avanguardia e pertanto non vengono mai implementate, perché c'è un'evoluzione futuribile sempre migliore, questo è spreco di denaro che si aggiungerebbe agli sprechi del passato.

2. Va detto chiaramente che parlare di telemedicina presuppone la risoluzione di gravissimi problemi del nostro sistema informatico e quindi sarebbe opportuno fare un'analisi attenta di quanto è successo negli ultimi 20 anni nel settore, quanto è stato investito e dei risultati concreti modestissimi ottenuti rispetto agli investimenti. Andrebbe fatta una disamina delle contrapposizioni tra le cordate Medarchiver di Bolzano e IKIS di Brunico che per un paio di decenni hanno paralizzato l'informazione sanitaria confinandoci all'ultimo posto in Italia per risultati, mentre saremo probabilmente tra i primi per soldi spesi. Un quesito specifico è: cos'è successo dei 100 milioni di euro che sotto la direzione di Schell sono stati stanziati per l'informatizzazione sanitaria?

3. Per quanto attiene alla telemedicina va sicuramente sviluppato un *focus* sul trattamento e l'assistenza alle persone con pluripatologie e problematiche di cronicità, andrebbero implementate la rete, la possibilità di comunicare da parte del medico e del personale sanitario del territorio con lo specialista ospedaliero e quindi integrare meglio ospedale e territorio. Bisogna insistere sull'accelerazione dell'informatizzazione dell'azienda, affinché il medico o il pediatra di base possano accedere ai referti del proprio paziente, comprese le visite specialistiche, dopo 15 anni e svariati milioni spesi è inaccettabile che non sia ancora fattibile. Vanno considerati inoltre ambiti specifici come l'anagrafe vaccinale informatizzata che ancora non esiste, a cui poter accedere per sapere lo stato vaccinale del paziente. Infine quello che serve è uno scatto nell'informatizzazione, nel 2020 sono stati compiuti miracoli con la prescrizione elettronica e ricette dematerializzate, ora bisogna rendere operativo questo ambito al 100%, dematerializzando anche le ricette bianche e informatizzando i piani terapeutici, rendendo il servizio fruibile da remoto sempre, senza costringere il paziente a recarsi negli ambulatori medici solo per prelevare le ricette. Poi noi riteniamo che si potrà implementare la telemedicina, la telecooperazione e il contatto a distanza sia con il paziente sia con l'ospedale. Grazie!

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Wir werden dieses Thema natürlich auch unterstützen und ich möchte jetzt, was den technischen bzw. inhaltlichen Teil betrifft, nicht sehr viel hinzufügen, weil Kollege Repetto und Kollege Franz Ploner bereits sehr ausführlich darüber berichtet haben. Aber ich möchte den Fokus auf einen Punkt lenken. Herr Landesrat Widmann, hört uns auch zu. Es ist so, dass wir gehört haben, dass die Infrastruktur noch nicht auf der Höhe ist. Das ist der Kernpunkt, auf den ich hinweisen möchte. Ich möchte darauf hinweisen, dass, wenn wir – wie es im Punkt 1 hier vorgesehen ist – die Hausärzte und Hausärztinnen mit ins Boot nehmen wollen, was die Telemedizin betrifft, es sozusagen selbsterklärende Systeme braucht. Die Telemedizin gibt es bereits. In der Radiologie ist sie schon vorhanden und diese Ärztinnen und Ärzte sind Fachleute, die sich tagtäglich mit solchen Systemen auseinandersetzen und mittlerweile – glaube ich – auch sehr gut beherrschen. Die Hausärzte hingegen sind in einer ganz anderen Situation. Diejenigen haben Tausend und Abertausende von Dingen zu tun und können sich nicht ohne Weiteres mit Computersystemen auseinandersetzen, die eventuell eine große Komplexität aufweisen. Deshalb braucht es einfach selbsterklärende Systeme, die wir den Hausärztinnen und Hausärzten zur Verfügung stellen. Wir – sage ich jetzt im Sinne der Verwaltung – als Verwaltung müssen das jetzt zur Verfügung stellen. Hier, Herr Landesrat Widmann, möchte ich einfach darauf hinweisen, dass Sie sich überlegen sollen, ob dieser Ansatz der zentralistischen Konzepte, die von einem Punkt ausgehen, wo eine Organisationseinheit versucht, alle IT-Probleme der Sanität zu lösen, der richtige ist. Unserer Meinung nach ist es nicht der richtige Ansatz. Hier muss man versuchen, ganz neue Wege zu beschreiten, die Wege der Dezentralisation, dezentrale Ansätze wählen, um einfache Systeme für die Hausärztinnen und Hausärzte zu entwickeln. Deshalb bitte ich Sie, hier noch einmal wirklich diese Angelegenheit zu vertiefen und zu schauen, ob wir nicht die IT der Sanität auf andere Beine stellen können, nämlich auf userfreundliche, nutzerfreundliche Beine. Herzlichen Dank!

WIDMANN (Landesrat für Gesundheit, Breitband, Genossenschaftswesen - SVP): Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie schon die Kollegen gesagt haben, Telemedizin ist die Zukunft. Kollege Staffler hat zum Schluss darauf hingewiesen, dass sie in der Radiologie in den verschiedensten Bereichen in Südtirol sehr stark am Kommen ist und auch schon eingesetzt wird. Es gibt teilweise auch den Tumorboard und verschiedenste telemedizinische Zusammenarbeiten. Ich gehe danach noch auf die Details ein. Genau wie Kollege Staffler gesagt hat, ist es nicht der richtige Weg, alles zentralistisch zu machen, sondern das Territorium zu stärken, und das geht in vielen Bereichen nur über Telemedizin. Deshalb möchte ich Ihnen einfach ein paar Daten sagen, die Sie offensichtlich noch nicht ganz präsent haben. Im April 2016 wurde das Dokument "strategischer Plan zur Entwicklung der Informationstechnologie" im Südtiroler Sanitätsbetrieb IT-Masterplan veröffentlicht, in welchem die Telemedizin als eines der Hauptziele des IT-Masterplanes angeführt wird. Wenn Sie auf das ganze nationale Territorium oder auf Europa schauen, dann ist es am Entstehen, also noch nicht das Endprodukt und nicht die vollkommene Endausführung, in keiner Region Europas. Das heißt, überall arbeitet man am Ziel, das zu erreichen. Auch wir sind dabei, sind in manchen Bereichen im Vergleich zu anderen Regionen Italiens sehr weit vorne. Und im Sanitätsbetrieb wurde eine eigene Stabstelle für Telemedizin mit der Aufgabe, der die Planung der verschiedenen Bereiche der Telemedizin und die Implementierung von Pilotprojekten zu etablieren, eingerichtet. Dies zum einen. Nicht nur die Telemedizin, sondern auch die Teleassistenz auf Landesebene ist ganz stark implementiert worden.

Zu Punkt 1: Im Bereich der Teleassistenz und der Telemedizin wurde ein spezifischer Dreijahresplan 2019-21 ausgearbeitet, welcher gerade in Umsetzung ist. Er hat die Entwicklungen und neuen Formen der sozio-sanitären Versorgung zum Ziel und basiert auf die Gruppenpfeiler der Betreuungskontinuität, des Care-Managements, der Day-Hospitalisierung - was ganz wesentlich und ein Kostenfaktor ist – sowie der uneingeschränkten Zusammenarbeit zwischen allen beteiligten Akteuren. Das ist ein Muss und deshalb ist die Antwort auf die Frage von Kollegen Staffler genau das, was Sie sagen. Der richtige Weg ist, nicht zentralistisch vorzugehen, sondern ganz massiv die Basis aufzubauen und stärker über die Telemedizin zu agieren. Wir wollen auch den kleinen Krankenhäusern, die wir unterstützt und abgesichert haben, mehr Kompetenzen geben, weil auch sie zum Territorium gehören.

Im Laufe des Jahres 2020 wurden in Südtirol Tätigkeiten betreffend Fernvisiten aktiviert, bei welchen circa 600 medizinische Fachkräfte mitwirken. Deswegen ist es mir wichtig, dass man nicht so tut, als ob noch nichts wäre, sondern es ist sehr viel am Entstehen und am Tun. Wie gesagt, es waren 600 medizinische Fachkräfte, Ärzte Psychologen, Physiotherapeuten, Logopäden usw. des Gesundheitsbetriebes beteiligt, welche circa 1.200 Personen betreut haben. Die gesamte Tätigkeit wurde durch einen eigenen Beschluss

Nr. 1052 von 2020 der Landesregierung betreffend des betrieblichen Settings der ambulanten fachärztlichen Betreuung reglementiert. Zur Umsetzung des Telemonitoring wird derzeit teilweise zum Beispiel im Hautbereich, im Derma-Bereich ein betriebliches Konzept definiert, in welchem die territoriale Gesundheitsversorgung berücksichtigt wird. Für das Teleconsulting zwischen den medizinischen Fachkräften wird zur Zeit vom Gesundheitsbetrieb der Ankauf eines eigenen Kommunikationssystems durchgeführt, mittels welchem die kollegialen Tätigkeiten in Teleanwesenheit und Teilung von medizinischen und klinischen Daten und Dokumenten ermöglicht wird. Um die Telemedizin systematischerweise zu fördern und zu verhindern, dass diese sporadische und nicht den anderen Digitalisierungsinitiative entspricht, muss die notwendige Grundlage für die Interoperabilität der Plattform mit der schon existierenden oder sich in der Phase des Ausbaus befindlichen Struktur, zum Beispiel die elektronische Gesundheitsakte und die elektronische Patientenakte, geschaffen werden. Werte Kolleginnen und Kollegen, die medizinische und elektronische Gesundheitsakte muss jeder Bürger selbst anlegen. Solange sie diese nicht anlegen, ist sie natürlich als Vehikel nicht verwendbar. Zu diesem Zweck wurden die nachfolgenden Ziele festgelegt: die Definition der therapeutischen und diagnostischen Betreuungspfade und geteilte Betreuungsphase, welche die gesamte Betreuungskette der chronisch kranken Patienten betreffend zum Beispiel Diabetes, Herzinsuffizienz, chronische obstruktive Lungenerkrankungen betrifft, um allen Patienten die gleiche Qualität und Quantität der Betreuung zu gewährleisten; Definition der Strategien zur Verbreitung der Telemedizin und Verbesserung der Zustimmung zu den telemedizinischen Diensten und der digitalen Gesundheitsdienste durch die Bürger; Einfügung der Telemedizin in die Ausbildung und den Unterricht des Gesundheitspersonals; Definition von strategischen telemedizinischen Projekten; Definition des Entwurfs des Zentrums für Telemonitoring; Definition der notwendigen Voraussetzungen für die Multiservice-Plattform, welche mit der elektronischen Gesundheitsakte und der integrierten Krankenakte interoperabel sein wird. Sie sehen, da ist sehr, sehr viel am Tun, am Entstehen, um parallel dieses Projekt zu entwickeln. Mir ist ganz wichtig, dass Sie mithelfen und nicht so tun, als ob es in Südtirol nichts gäbe, sondern wir sind hier im nationalen Umfeld relativ weit vorne.

Zu Punkt 2: Im obgenannten Masterplan sind telemedizinische Dienste für die Basisversorgung und vor allem als Alternative zur Ersten Hilfe, telematische Dienste für die Notversorgung vorgesehen und zum Teil schon realisiert worden, welche in Echtzeit, fernab der Beratung vonseiten der Fachärzte, an das auf dem Territorium tätige Pflegepersonal liefern können. Dies sind die strategischen Entwicklungsfaktoren: Definition des Entwurfs des Zentrums für Telemonitoring, Definition der notwendigen Voraussetzungen für die Multiserviceplattform, welche mit der elektronischen Gesundheitsakte und der integrierten Krankenakte interoperabel sein werden.

Zu Punkt 3: Dort haben wir sicher Aufholbedarf in dem Sinn, dass der grenzüberschreitende Austausch von klinischen Daten zwar möglich ist, vor allem was das Tumorboard betrifft. Dort gibt es wöchentliche Sitzungen mit Nordtirol und anderen Kliniken, wo man die Tumorboards austauscht und wirklich grenzüberschreitend Telekooperation, Telekonsultationsnetzwerke aufgebaut hat, aber der direkte informatische Austausch ist noch aufzubauen und am Entstehen. Deshalb möchte ich einfach sagen, es ist das Ziel, es ist der Weg, es ist richtig, was wir tun. Deswegen ist es auch richtig, diesen Antrag zu stellen. Aber im Antrag kommt irgendwie heraus, als ob das eine neue Idee wäre und in Südtirol noch nichts gemacht worden wäre. Wie ausgeführt, ist das eindeutig nicht der Fall, sondern wir sind auf einem guten Weg. Es ist noch viel zu tun, aber es ist der richtige Weg. Da stimme ich Ihnen voll zu. Deshalb möchte ich einfach sagen, dass sehr viel von dem, was hier verlangt wird, am Entstehen und am Tun ist, und zwar nicht erst seit meiner Zeit, sondern schon bevor ich zuständig war. Deshalb glaube ich, dass dieser Antrag zumindest in größten Teilen überholt ist.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Ogni tanto mi sorprendo a sentire l'assessore Widmann, perché ha una capacità di lettura di risposte preconfezionate che non si riconosce più.

Ovviamente prima di presentare questa mozione io sono andato a vedermi il filmato di quanto ha detto un anno e mezzo fa e lì è stato lui stesso che mi ha invitato a ripresentarla dopo un anno perché i tempi non erano maturi e si stava già facendo qualcosa, però era troppo presto per implementare un centro di competenza perché c'erano delle altre priorità, però ha sottolineato che la mozione era valida e mi ha invitato lui a ripresentarla.

Adesso sembra invece che abbia già fatto tutto lui, praticamente qui in Alto Adige noi abbiamo la telemedicina già completa, il pacchetto è completo, ha dimenticato solo di dire *"Wir sind die Besten!"*, però questo era sottolineato all'interno del suo discorso. Noi siamo effettivamente quelli che hanno la spesa *pro capite* in sanità più alta d'Italia, più alta di qualsiasi altra regione e quando invece ci classificano ci troviamo nelle posizioni basse, questa cosa deve spiegarmela, perché qua c'è sempre la sanità migliore e invece ogni volta che io ho a che fare con la sanità è un disastro.

Adesso parlava proprio di sistemi informatici, io vado spesso a comprare senza glutine, adesso l'Azienda sanitaria ha implementato un sistema digitale che un giorno ogni due si blocca, non funziona, la gente è disperata perché non funziona neanche una cosa elementare come questa. Quindi io rimango sempre perplesso, perché un anno e mezzo fa si dice una cosa e ora se ne dice un'altra, qui si girano le parole, ormai ci siamo un po' abituati, tra l'altro devo dire che non so perché questo comportamento, continuare a bocciare delle proposte che vengono fatte, qua c'è uno spirito collaborativo dietro a questo, non so, forse pensano di dare delle frustrazioni a non accettare delle cose, però ricordo che tra le ultime due mozioni che ho presentato, una era sui PAS all'assessore Vettorato e mi è stata rigettata dicendo che non era possibile fare i PAS, e adesso si sta mettendo d'accordo con i sindacati per fare i PAS, non so, qua c'è un cortocircuito. Per quanto riguarda l'Ecobonus 110, già ad agosto, sei mesi fa, ho detto "ci sono delle cose che mancano, deve essere fatto un centro di coordinamento per farlo funzionare", mi si è detto "è già stato fatto tutto, abbiamo già previsto tutto, siamo i migliori d'Italia, siamo già avanti", per poi sentire in conferenza stampa l'assessora Hochgruber Kuenzer che dice "finalmente può partire l'Ecobonus anche in Alto Adige, perché abbiamo risolto i problemi che c'erano". Quindi non so, non è che facciamo noi le brutte figure quando proponiamo delle cose da fare non ci vengono accettate perché sono già state fatte, e adesso mi aspetto il grande annuncio che fra poco verrà dall'assessore Widmann che ci sarà un centro di competenza per la telemedicina, perché vogliamo implementarla in modo organico, sostanziale e funzionale, una cosa seria dove tutti i medici di base periferici e i pediatri possono convergere in una piattaforma unica e fare quindi una telemedicina di un grado superiore.

A me dispiace che le cose funzionino in questo modo, sarà per la prossima volta. Grazie!

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung des Beschlussantrages Nr. 400/21: mit 15 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 402/21 vom 18.2.2021, eingebracht vom Abgeordneten Unterholzner, betreffend Lockdown – finanzielle Belastung für die Bevölkerung."**

Punto 11) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 402/21 del 18/2/2021, presentata dal consigliere Unterholzner, riguardante lockdown – onere finanziario per la popolazione."**

Lockdown – finanzielle Belastung für die Bevölkerung

Die Pandemie fordert Opfer. Menschen sterben, an Corona, mit Corona, mit Verdruss und durch Hoffnungslosigkeit. Opfer werden aber auch in der Wirtschaft gefordert. Öffentlich Bedienstete haben ihre Gehälter größtenteils weiterhin bezogen. Öffentliche Gehälter werden nicht vom Staat, sondern von den in der freien Marktwirtschaft Tätigen erwirtschaftet. Viele von diesen sind in ein großes, für gar einige sogar unüberwindbares Loch gefallen. Sehr vielen Menschen wurde die Möglichkeit genommen, ihr tägliches Einkommen zur erwirtschaften.

In erster Linie könnten und sollten die Politiker mit entsprechendem Beispiel vorgehen und damit auch ihr stark ramponiertes Image wieder ein wenig aufrichten, indem sie ein Zeichen setzen.

Dies vorausgeschickt,

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung:

- 1. Alle Landtagspolitiker für den Zeitraum eines Lockdowns, auch Teil Lockdowns auf ihr Gehalt freiwillig auf 50% des Nettogehaltes zu verzichten.*
- 2. Alle öffentlichen Angestellten für den Zeitraum eines Lockdowns, auch Teil Lockdowns, die im Homeoffice arbeiten auf 25% des Nettogehaltes freiwillig zu verzichten.*

3. *Dieses Geld der Gehaltsverminderung wird zu 100% an nachweislich bedürftigen Familien und Personen zugewiesen, die durch die Maßnahmen, die Arbeit und somit Ihr Einkommen zu 100% verloren haben.*

Lockdown – onere finanziario per la popolazione

La pandemia miete le sue vittime. La gente muore di Covid, con il Covid, arrabbiata e senza speranza. Ma anche l'economia conta le sue vittime. I dipendenti pubblici hanno per lo più continuato a percepire il loro stipendio. Gli stipendi dei pubblici dipendenti non vengono generati dallo Stato, ma da coloro che operano nella libera economia di mercato. Molte di queste persone sono ora in grande crisi, a volte le loro difficoltà sono insormontabili. A molte persone è stato impedito di guadagnarsi da vivere.

In primo luogo i politici potrebbero e dovrebbero dare il buon esempio, e lanciare un segnale anche al fine di migliorare un po' la propria immagine fortemente danneggiata.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
 impegna*

la Giunta provinciale

- 1. ad adoperarsi affinché tutti i consiglieri provinciali rinuncino volontariamente per la durata di un lockdown, anche parziale, al 50% del proprio stipendio netto;*
- 2. ad adoperarsi affinché tutti i dipendenti pubblici che lavorano in smartworking rinuncino volontariamente per la durata di un lockdown, anche parziale, al 25% del proprio stipendio netto.*
- 3. Il denaro derivante dalla riduzione di stipendio viene destinato al 100% a famiglie e persone comprovatamente bisognose che in seguito alle misure antipandemia hanno perso il lavoro e quindi il 100% del proprio reddito.*

Ich frage die Vizelandeshauptfrau, ob sie anstelle des Landeshauptmanns, der heute erst ab 12.00 Uhr anwesend sein wird, Stellung nehmen könnte.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Ich habe mit dem Büro des Landeshauptmannes gesprochen. Er hat gemeint, dass die Punkte, die ihn betreffen, zu vertagen wären. Das ist meine Information. Sollte es anders gewünscht sein, kann ich gerne dazu Stellung nehmen.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Unterholzner, möchtest du diesen Punkt trotzdem behandeln, auch wenn der Landeshauptmann fehlt?

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Natürlich wäre mir lieber, wenn der Landeshauptmann anwesend ist, aber ich möchte diesen Punkt dennoch behandeln.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Lanz, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

LANZ (SVP): Ich habe eine Frage, und zwar ob dieser in der Form korrekt ist, wenn die Landesregierung beauftragt wird, dass die Politiker freiwillig auf etwas verzichten. Ich glaube nicht, dass das in die Kompetenz der Landesregierung fällt. Ich glaube, dass diese Formulierung nicht korrekt ist.

PRÄSIDENT: Selbstverständlich wird es sehr schwierig werden, so etwas durchzuführen, das heißt eigentlich unmöglich, aber hören wir uns die Stellungnahme des Einbringers an. Dann werden wir ja sehen, ob der Einbringer bereit ist, das für das nächste Mal zu ändern oder was auch immer. Jedenfalls wird die Abstimmung, wie Sie auch wissen, sicherlich schwierig, da auch die Abgeordneten nicht vom Landtag oder von der Landesregierung, sondern von der Region abhängen. Deshalb müsste dieser Antrag beim Regionalrat eingebracht werden und nicht beim Landtag, weil der Landtag diesbezüglich sicherlich keine Zuständigkeiten hat. Sie haben diesen Beschlussantrag eingereicht, können ihn erläutern, zurückziehen, abändern oder was auch immer. Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Mir geht es vor allem – das ist für mich wichtig - darum, dass ich diesen Antrag erläutere. Ich will jetzt auch keine Gehaltsdebatte eröffnen. Mir ist es sehr, sehr wichtig, hier einige Sachen zu klären, und zwar wenn es um meinen Vorschlag geht, dass wir auf 50 Prozent und die öffentlichen Bediensteten auf 25 Prozent ihres Gehaltes verzichten sollen. "Ausgegoren", "nicht fertig gedacht" usw. waren die Reaktionen in der Presse. Wie kam das überhaupt in die Presse? Das frage ich alle Kollegen. Ich hatte das im Februar als Vorlage an euch alle geschickt bzw. weitergeleitet und von niemandem ein Feedback bzw. Antwort bekommen. Unter Zusammenarbeit und Solidarität verstehe ich etwas anderes. Ich habe 40 Jahre, nahezu 60 Jahre lang etwas anderes gelebt. "Ein Leck mich am Arsch" wäre mir lieber als keine Reaktion oder keine Antwort. Wir sitzen parteiunabhängig alle im selben Boot. Wir hätten es untereinander fertig denken können, anstatt lauthals zu poltern oder alles der Presse zuzujubeln. Mir ist klar, dass man solcherlei nicht von heute auf morgen entscheiden kann. Mir ist auch klar, dass man das nicht über alle Köpfe oder über einen Kamm scheren kann. Dass es Ausnahmen geben muss, ist mir auch klar. Aber wenn man es schafft, Zig-Tausenden über Nacht oder innerhalb eines Tages für Monate das Arbeiten zu verbieten, dann wird man es wohl auch schaffen oder es wird wohl irgendwie möglich sein, unsere Gehälter für eine bestimmte Zeit zu reduzieren! Oder ist das nicht möglich? Da werden wir keinen Weg finden, das glaube ich, weil es um uns geht.

Ich möchte mich an den Landeshauptmann wenden, weil ja sehr viel gesprochen wird. Ich darf mich wirklich beim Landeshauptmann für seine klärenden Worte anlässlich der Sendung am Runden Tisch vom 1. März bedanken. Ich zitiere: "Das eine ist das zu fordern – damit meint der Landeshauptmann einen harten Lockdown –, wenn man sein fixes Gehalt hat und sich in dieser Sicherheit wiegen kann, das andere ist, wenn man draußen ist und Angst um seine Zukunft hat, weil man schon seit Wochen nicht arbeiten darf." Der Landeshauptmann wird sich meine Wortmeldung nachher sicher anhören. Es sind mittlerweile nicht Wochen, sondern Monate, an denen den Leuten die Arbeit verboten wird. Ich mache euch jetzt nur ein ganz simples Beispiel. Die Quelle stammt aus der Handelskammer und betrifft die Schuhgeschäfte in Südtirol. Wir haben in Südtirol 200 Schuhgeschäfte mit 422 Mitarbeitern. Wenn ich 422 Mitarbeiter mal so circa 1.500 Euro Nettogehalt rechne, dann sind es im Monat 633.000 Euro. Dazu kommen pro kleinem Geschäft 200.000 Euro Miete. Das sind noch einmal 400.000 Euro, was nur den Bereich Schuhgeschäfte betrifft. Da lassen wir noch die ganzen variablen Kosten beiseite. Es sind fixe Kosten, wo eine Firma nichts bekommt und nur Kosten hat. Dasselbe gilt für die Mitarbeiter. Dies nur als Beispiel, damit man vielleicht einmal ein Gespür bzw. Gefühl dafür bekommt, was derzeit angerichtet wird. Mir ist klar, dass hier im Hohen Haus Gewählte sitzen, die aus unterschiedlichen Beweggründen hier sind. Generell gibt es viele Gründe, sich wählen zu lassen, beispielsweise weil man Geld braucht, Macht ausüben will oder sich für das Land und die Menschen einsetzen möchte. Ich will niemandem hier einen dieser Beweggründe unterstellen, gehe aber davon aus, dass wir uns bei Punkt 3, wo wir uns für die Bevölkerung einsetzen wollen, alle wiederfinden. Davon gehe ich aus. Es gibt viele unterschiedliche Realitäten und es tut am meisten weh, wenn es einem selber weh tut. Ich hoffe, dass ich mich klar ausdrücken kann. Am wehesten tuts, wenn es einem selber weh tut. Mit dieser Aktion will ich euch und den öffentlichen Bediensteten nichts nehmen, ganz im Gegenteil, ich Sorge dafür, etwas für alle zu erhalten, nämlich die Erkenntnis und das Gefühl dafür, wie es den Menschen, den Familien, den Firmen draußen ergeht, die zwar gesund sind, mittlerweile aber krank gemacht werden und nicht mehr für ihren Unterhalt, für ihr Überleben etwas tun dürfen, nämlich arbeiten. Ihnen wird das Arbeiten verboten. Die öffentlichen Bediensteten, wir alle, wie wir hier sitzen, bekommen am Ende des Monats Geld, um zu leben, um zu überleben. Wenn wir ehrlich sind, vollkommen egal, ob wir etwas geleistet haben oder nicht. Das ist so! Wir bekommen am Ende des Monats unser Geld. Was den Allermeisten aber gar nicht bewusst ist - so scheint es mir sehr oft –, ist die Tatsache, dass nicht etwa der Staat oder das Land die öffentlichen Bediensteten und uns bezahlen, sondern die Freiberufler, die Firmen, die Hotels, die Restaurants, die Schuhverkäufer usw. Sie sind es, die die Wirtschaft ausmachen. Also steht die Frage im Mittelpunkt, wo der Staat das Geld herbekommt, wenn er es nicht druckt, wie es derzeit der Fall ist, oder auch die EU, das ändert nichts. Es ist nicht so, dass es die öffentlichen Bediensteten nicht bräuchte, sie sind klarerweise wichtig, aber sie generieren kein Geld, sie verbrauchen Geld. Wir brauchen auch dringend diejenigen, die mehr Wert generieren. Genau aus diesem Grund ist es mir extrem wichtig, dass die jetzige 500 Millionen Euro Corona Wirtschaftsförderung richtig und gezielt eingesetzt wird. Lobbydenken ist da vielleicht auch nicht ganz gut angebracht. Der Sinn und Zweck dieses Beschlussantrages ist, darüber nachzudenken und endlich auch zu analysieren, dass man eine Gewissenserforschung macht, um diese wirklich teils nicht nachvollziehbaren und zerstörerischen Maßnahmen zu überdenken, um einfach einmal abzuwiegen, welchen Nut-

zen sie bringen und welcher Schaden damit angerichtet wird. Ich war gestern Abend sehr lange in einem Webinar. Kollege Lanz hat auch mitgehört. Einige Sachen hat man mir richtig aus der Seele gesprochen. Die Leute sind am Ende, die Leute liegen flach. "Wir können es uns nicht mehr länger leisten", Zitat von Dieter Steger. Das ist haargenau meine Meinung. Ich glaube einfach, wenn wir immer von Zusammenhalt und Solidarität reden, dann sollten wir hier einmal einen Schritt vorausgehen und sagen: Jetzt setzen wir ein ganz klares Zeichen! Genau darum geht es hier und genau aus diesem Grund habe ich vorab diesen Vorschlag an euch alle geschickt. Ich verstehe unter Zusammenarbeit etwas anderes. Man redet immer von gegenseitigem Respekt und gegenseitiger Wertschätzung, dann hätte ich mir zumindest eine Antwort erwartet: "Josef, lass, das kriegen wir nicht durch, wir wollen nicht!" Auf der anderen Seite ist es machbar, innerhalb einer Nacht oder eines Tages Zig-Tausenden Menschen das Arbeiten zu verbieten. Ich erwarte mir eine rege Diskussion und werde dann entscheiden, ob ich diesen Beschlussantrag zur Abstimmung bringe. Mir ist schon klar, wie der Beschlussantrag formuliert ist. Er ist eine Seite lang, während andere Beschlussanträge oft fünf oder noch mehr Seiten lang sind. Aber ich bin zum Glück kein Bürokrat und denke vielleicht ein bisschen anders. Ich kann mich vielleicht ein bisschen mehr in die Privatwirtschaft hineinfühlen, weil ich damals selber von der Krise 2008-2009 betroffen war. Damals war ich der Erste, der auf sein Gehalt verzichtet. Alle Mitarbeiter haben die Gehälter bekommen, aber ich habe darauf verzichtet. Ich habe mir auch die Rechnung gemacht. Wenn wir als ganz normaler Abgeordneter 5.000 Euro Netto im Monat bekommen, dann würde es gar nichts ändern, wenn wir am Ende des Monats 2.500 Euro bekommen. Bei der Landesregierung oder beim Landeshauptmann handelt es sich um 10.000 Euro und weit mehr, dann wäre es vielleicht ein sehr, sehr gutes Zeichen und auch die Handhabung sehr einfach. Man könnte es einfach "Südtirol hilft" überweisen, dann wird es an bedürftige Menschen zugewiesen. Hier könnten wir einmal eine Botschaft senden. Ob wir uns dieses Geld verdienen oder nicht, lassen wir einmal dahingestellt.

Ich freue mich jetzt auf eine rege Diskussion und bin gespannt, was die Kollegen dazu sagen. Danke!

PRÄSIDENT: Nun können die Kollegen zum Beschlussantrag Stellung nehmen. Aber bitte überlegen Sie sich, ob Sie diesen Beschlussantrag überarbeiten möchten, wenn es im beschließenden Teil heißt: " ... verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung: 1. Alle Landtagspolitiker für den Zeitraum eines Lockdowns, auch Teil Lockdowns auf ihr Gehalt freiwillig auf 50% des Nettogehaltes zu verzichten." Wer hat hier was zu tun? Dasselbe gilt natürlich für die öffentlichen Angestellten. Die öffentlichen Angestellten sollten freiwillig darauf verzichten. Wer sollte hier was machen? Die Landesregierung kann nichts machen, wenn jemand freiwillig auf sein Gehalt verzichten soll.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Ich höre mir jetzt sehr gerne die Äußerungen von den Kollegen an. Nachher werde ich eine Entscheidung treffen.

PRÄSIDENT: Alles klar. Abgeordneter Nicolini, Sie haben das Wort, bitte.

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Ringrazio soprattutto di cuore il consigliere Unterholzner di aver portato questo tema che altri magari vorrebbero nascondere. Unterholzner ha proprio ragione nelle sue esposizioni. Io non mi sono sentito di mettere la mia firma accanto alla sua solo per delle inesattezze che contiene questa mozione, infatti un *feedback* lo ha avuto comunque da me, perché non ero disposto a sottoscrivere il punto 2, che riguardava i dipendenti pubblici.

Io sono convinto che questo creerebbe una distinzione non accettabile, perché tanti dipendenti pubblici guadagnano un minimo vitale e quindi non troverei giusto dover diminuire il loro stipendio. e aggiungo che per questo chiedo la votazione separata dei vari punti, se si procederà a votazione.

È chiaro però che anche qui c'è una riflessione, perché spesso il problema che hanno gli autonomi o gli imprenditori che stanno portando avanti aziende è che il danno che subiscono da questo *lockdown* non viene percepito da tanti che hanno il posto fisso che sono lavoratori pubblici, per questo capisco che era una buona intenzione da parte del consigliere Unterholzner mettere questo punto, però non lo condivido comunque, perché si tratta di stipendi talvolta che sono un minimo vitale, non è giusto toglierli da questo.

Voglio aggiungere due cose, una che, come appartenente al Movimento 5 Stelle, io già mi taglio lo stipendio, per cui non sarebbe neanche una grande perdita, io sono anche contrario a questo taglio che ci facciamo, ma solo per una ragione un po' diversa rispetto a quello che si pensa. Sono contrario perché io

vedo che crea negli altri, nei colleghi, nella stampa e nella società dei sentimenti negativi verso il Movimento 5 Stelle perché ci tagliamo lo stipendio, se non addirittura odio perché facciamo quanto altri non hanno il coraggio di fare.

Detto questo, volevo aggiungere un'altra cosa, io mi considero anche adesso imprenditore, se io non fossi consigliere, non avrei uno stipendio sicuro a fine mese, sarei nella disperazione completa e penso che sarei uno di quelli che protestano più di tutti gli altri, perché per un imprenditore che deve lavorare non c'è un ristoro che possa rimpiazzare la sua attività. Io ho fatto anche già un calcolo, probabilmente riceverò 7.500 euro per questi provvedimenti che vengono fatti, ma si pagano due mesi di affitto, un costo fisso minimo, non è commisurabile alla perdita che si ha, alla disperazione che si ha. Il mercato del privato è fermo, non ci sono aspettative di investimento, mancano e manca anche proprio la visione di quello che si potrà fare nei prossimi mesi, per cui è giusto che anche chi lavora nel pubblico abbia questa condivisione del problema che hanno gli imprenditori ed è soprattutto giusto che noi politici diamo un segnale e diamo un segnale che sia concreto e non cerchiamo di nasconderci dietro una mano.

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Ich möchte jetzt zunächst eine Richtigstellung machen und bin mir sicher, dass es Kollege Unterholzner richtig stellen wird, weil er gesagt hat, dass kein einziger der Abgeordneten ihm geantwortet hat. Ich habe sogar mit dem Kollegen Unterholzner telefoniert und ihm meine Beweggründe erklärt, warum ich diesen Antrag nicht mitunterzeichne. Ich spreche auch für meine Kollegin Myriam Atz Tammerle, weil es eine Frage des Respektes ist. Egal, ob man einen Antrag teilt oder nicht, wenn diese Anfrage kommt, sollte man zumindest darauf antworten. Aber ich bin sicher, dass es Kollege Unterholzner richtigstellen wird. Das war bestimmt auch keine Böswilligkeit uns gegenüber. Ich möchte nur sagen, der Grund, warum wir diesen Antrag nicht mitunterzeichnet haben, ist nicht, dass wir nicht die Verantwortung fühlen. Natürlich ist die Situation derzeit für viele schwer, die unverschuldet – das muss man betonen – ihren Arbeitsplatz verloren haben oder derzeit kein Einkommen haben. Nur – das habe ich dem Kollegen Unterholzner bereits erklärt - wenn ich jetzt von meiner Position ausgehe, dann gebe ich bereits im Monat 2.500 Euro meines Gehaltes ab. Damit zahle ich derzeit den Lohn einer Frau und ich helfe einer Frau, die die Miete nicht zahlen kann. Ich möchte selber entscheiden können, wem ich dieses Geld gebe bzw. wem ich das zur Verfügung stelle. Wenn ich das jetzt nicht mehr tun würde, dann hätten diese beiden Fälle jetzt nicht mehr das Geld. Ich denke, man muss individuell die Entscheidung treffen, wie man helfen will. Man kann das, indem man in einen Fonds einzahlt, das ist sicherlich eine Möglichkeit. Dort wird es dann nach dem Gießkannenprinzip verteilt oder man hilft jemandem persönlich. Ich glaube, dass das gerade in unserer Position oft nicht die schlechtere Variante ist, weil man Personen und deren Schicksal oft persönlich kennt und weil sie sich an einen gewandt haben. Diese Personen fallen sehr oft durch den Rost und sind oft auf eine kurzfristige Unterstützung angewiesen. Hier möchte ich einfach das Gefühl haben, dass ich jemandem mit meinem Geld persönlich helfen kann. Ich möchte sehen, was mit diesem Geld passiert. Das ist der einzige Grund, warum ich diesen Antrag des Kollegen Unterholzner nicht mitunterzeichnet habe, wie wohl man natürlich über die Form sprechen muss. Aber da gibt es sicherlich eine Möglichkeit, das entsprechend anzupassen. Man kann das Ganze umformulieren, indem man sagt, dass man eine Sensibilisierung starten muss oder was auch immer. Da gäbe es sicherlich mehrere Möglichkeiten, wenn man den Willen dazu hat.

Aber grundsätzlich noch einmal - auch weil wir das gestern schon mit dem Antrag der Kollegin Rieder besprochen haben – denke ich, dass man sich in seinem persönlichen Umfeld umschauchen soll. Es gibt so viele Menschen in der Nachbarschaft, im Freundeskreis, die derzeit Hilfe bräuchten, sich oft auch schämen, an eine Institution heranzutreten und zu sagen, dass sie Hilfe brauchen, weil sie sich derzeit die Miete nicht mehr leisten können oder vielleicht auch, weil sie es sich nicht mehr leisten können, einkaufen zu gehen. Wenn wir diesen Menschen konkret helfen und diesem Beispiel auch andere folgen würden, dann wäre sehr vielen Menschen in unserem Land geholfen.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Es wäre jetzt ein Leichtes, diesen Antrag schon einmal zu zerpfücken. Das hat aber der Präsident schon getan, indem er gesagt hat, dass das alles keinen Sinn ergibt. Das sei dahingestellt. Es hat nichts damit zu tun, ob man ein Bürokrat ist oder nicht, wenn man einen seriösen Antrag macht, Kollege Unterholzner. Ich plädiere hier in diesem Landtag, dass wir seriös arbeiten. Dafür plädiere ich, seit ich hier bin, und werde es immer tun, denn nur dann, wenn wir uns selbst in unserer Arbeit ernst nehmen, werden wir auch ernst genommen. Das, Kollege Unter-

holzner, was du hier vorlegst, ist nicht seriös, nicht umsetzbar, aber auch nicht seriös. Ich will so wenig wie möglich urteilen, das habe ich mir vorgenommen, um diese Zeit der Pandemie zu überstehen. Deshalb finde ich das Schlimme in diesem Antrag nicht den Teil zu den Politikern. Da habe ich meine ganz klare Position und die habe ich mir in vielen Beerdigungen erarbeitet, an denen ich als Kind teilgenommen habe. Als Kind und junger Mensch habe ich es immer horrend gefunden, wie am Ende die abgegebenen Spenden mit Name und Lire aufgezählt wurden, die für das Kirchendach und für die Armen in der Welt gesammelt wurden. Ich habe das immer ganz streng gefunden und beschlossen, dass ich mein ganzes Leben lang meine Spenden geheim halten werde. Ich glaube, nur dann ist man ehrlich, wenn man auch wirklich spendet, ohne sich damit zu brüsten oder groß zu tun. Da habe ich eine klare Meinung und davon werde ich nicht abrücken. Da sind wir alle freie Menschen und haben eine Verantwortung uns selbst gegenüber. Aber was ich gar nicht akzeptiere, ist das Aufrechnen des privaten Sektors gegen den öffentlichen und dem "Bashen" der Menschen, die im öffentlichen Dienst sind. Ich weiß nicht, was du dir bei deinem Antrag gedacht hast. Es sind – glaube ich – an die 9 Ressortdirektoren, aber hast du auch an die Schulwarte, die Behindertenbetreuerinnen und Behindertenbetreuer gedacht? Hast du an das Sanitätspersonal gedacht und an alle jene Menschen, die im öffentlichen Dienst arbeiten, die während des Lockdowns ihren Urlaub aufgebraucht haben, die im Homeoffice gleichzeitig ihre Kinder und ihre älteren Angehörigen betreut haben? Denen sagst du, dass sie keinen Wohlstand in unserem Land generieren! Ein Tischler, eine Tischlerin generiert Wohlstand, aber auch jene Person, die die Schulen sauber hält, jene Personen, die einen Unterricht vorbereiten, und jene, die unsere Menschen mit Beeinträchtigung pflegen. Da bringt es überhaupt nichts, jetzt hier die einen gegen die anderen aufzuhetzen, Kollegen Unterholzner! Lassen wir das! Du kommst aus dem privaten Sektor. Ich kenne den ebenfalls sehr gut. Ich habe im öffentlichen und im privaten bzw. im selbständigen Bereich gearbeitet, aber jeder Bereich generiert Wohlstand und das alles trägt zu unserem Bruttoinlands- und unserem Brutto sozialprodukt bei. Wollen wir das bitte auch sagen oder ist das eine populistische Freude von dir, immer wieder auf einen Sektor einzudreschen und den Wohlstand nur dem anderen zuzusprechen? Ich bitte dich, damit aufzuhören. Danke schön!

VETTORI (Alto Adige Autonomia): Grazie presidente! Io rimango alquanto stupito dal qualunquismo di questa mozione, perché è evidente che quando mancano i temi si va a raschiare i vecchi *cliché* di tipo Movimento 5 Stelle, dove bisogna purgare tutti, tagliare tutto, però a vedere questa mozione sono rimasto alquanto stupito dal notare quando uno che si definisce un imprenditore diventa un comunista della peggior specie, perché andare a creare una lotta tra classi sociali andando a insultare i dipendenti pubblici, dicendo che bisogna tagliargli lo stipendio – volontariamente eh, non sia mai – però del 25%, facendo di tutta l'erba un fascio, è una schifezza inaudita che riesce soltanto a reggere il gioco di una platea che va in piazza a essere fomentata da un certo orrendo modo di fare politica, questo perché il 25% dei famosi dipendenti pubblici che non generano soldi, all'interno di questi dipendenti pubblici – perché in questa mozione c'è scritto che chi fa *smart working* deve tagliarsi lo stipendio del 25% – nello *smart working* ci sono anche i vari insegnanti che si fanno un mazzo tanto per tenere le scuole a distanza, per insegnare quello che si riesce a insegnare a distanza, magari molte sono mamme che nel frattempo del loro insegnamento a distanza con i PC, perché la DAD è *smart working*, sono anche madri che devono tenere i figli che magari sono a casa perché non possono stare a scuola.

Questa mozione, che poi bisognerà capire quante sono state le firme, perché erano apparse e scomparse e c'è anche la versione regionale, è un'accozzaglia qualunquista che secondo me è invotabile perché è scritta da cani, però bisogna pur dirle le cose, quando mancano i temi si entra in un comunismo orrendo dove diciamo "tagliamo tutto, tagliamo tutto, io sono un santo, gli altri fanno schifo". Dobbiamo ragionarci su, perché queste cose sono assolutamente pericolose per la stabilità sociale.

KÖLLENSPERGER (Team K): Ein paar Sachen sind ja schon angemerkt worden. Zum Ersten sind wir hier in der falschen Institution, denn das gehört in den Regionalrat. Das ist der erste Punkt, den ich mir aufgeschrieben hatte. Zum Zweiten hat es – ohne über den Inhalt zu reden – überhaupt keine Logik, dass wir Abgeordneten die Landesregierung verpflichten, uns Abgeordneten zu sagen, freiwillig auf das Gehalt zu verzichten. Soviel sollte man schon verstehen, dass wir Landtagsabgeordneten nicht der Landesregierung unterstehen, denn das kommt hier heraus. Wennschon dann verpflichten wir uns selber und nicht die Landesregierung. Wenn es freiwillig ist, dann braucht es aber keine Verpflichtung, denn dann ist es nicht mehr freiwillig. Es gibt hier viele, die längst schon freiwillig auf Teile des Gehaltes verzichten, die freiwillig spen-

den, die das machen, ohne es an die große Glocke zu hängen. Du hast es gestern selber gesagt, Josef, deine Worte: "Man braucht ja nur eine Überweisung zu machen." Man braucht es einfach nur tun, auch ohne darüber zu reden. So wäre es am einfachsten, ohne darüber zu reden und ohne Beschlussanträge dazu zu machen. Wie das geht, weißt du bestens. Wir haben das ja am Anfang der Legislatur gemacht, nicht großartig zu spenden, wo wir gesagt haben, dass es einen Teil des Gehaltes gibt, der steuerfrei ist. Das ist eigentlich nicht gerechtfertigt, auf den verzichten wir. Genauso gibt es heute die Möglichkeit – seit Artioli haben wir ja einen Fonds im Regionalrat, der genau für diese sozialen Zwecke da ist -, einen Teil des Gehaltes umbuchen zu lassen, wenn man ihn nicht haben will. Du hast es auch gemacht, ein Teil deines Geldes liegt auch in diesem Fonds drinnen, und ich glaube, dass du das auch weiterhin machst. Genau deshalb, weil es freiwillig sein soll, hat dieser Punkt keinen Sinn.

Als zweiten Punkt - abgesehen davon, dass du hier pauschalisiert, indem du auf die öffentlichen Bediensteten verweist, die auf einen Teil des Gehaltes verzichten sollen - würde man auch bei den Pflegedienstleistern, im Spital, bei allen pauschal ansetzen müssen. Außerdem funktioniert der Satz, so wie er geschrieben ist, nicht. Man kann auch die Landesregierung nicht dazu verpflichten. Wenn es verpflichtend ist, braucht es ein Gesetz, dann braucht es Verhandlungen mit den Sozialpartnern. Wenn es freiwillig ist, dann ist es freiwillig, dann hat die Landesregierung hier auch nichts zu tun. Deswegen kann das nicht funktionieren. Unser Antrag der Kollegin Maria Elisabeth Rieder, den wir im Zusammenhang mit der Solidarität eingebracht haben, kann natürlich freiwillig funktionieren. Solidarität ist eben freiwillig und nicht ein Zwang, sonst ist es ein Gesetz und dann sind wir wieder an der falschen Stelle. Wenn das freiwillig ist, funktioniert auch der dritte Punkt nicht mehr, denn dann gibt es keine Gehaltsminderung. Also bleibt von diesem Antrag leider nicht viel übrig. Obwohl man natürlich sagen kann – und das haben wir auch mitgetragen -, in dieser Krisenzeit können/sollen die Fixverdiener sich solidarisch zeigen, egal, ob sie im Öffentlichen arbeiten oder ob wir es als Politiker sind. Jene, die keinen Verlust gehabt haben, sollen sich solidarisch zeigen und jenen, die in Krise sind, helfen. Dieses Thema besprechen wir im Landtag schon lange, da gibt es auch wenig populistischere und konkrete Möglichkeiten dies zu tun, die wir auch beweisen. Im letzten Jahr hat die Aktion mit "Südtirol hilft" bewiesen, dass wir das hier machen können. Aber das ist der völlig falsche Weg. Ich würde dir empfehlen, diesen Antrag zurückzuziehen, noch einmal zu überdenken und vielleicht auf eine sinnvollere oder zumindest machbare Weise hier noch einmal einzubringen.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Kollege Sepp Unterholzner! Ich möchte jetzt nicht noch in die gleiche Kerbe hauen, aber den Fokus doch auf die öffentlichen Bediensteten richten, einfach darauf hinweisen – das ist etwas, was du auch immer sagst –: Lass die Leute arbeiten! Die öffentlichen Bediensteten können arbeiten, müssen arbeiten und arbeiten für das Gemeinwohl. Weil sie arbeiten, zahlen sie auch Steuern. Weil sie Steuern zahlen, können wir wieder andere Maßnahmen einleiten. Also hier einfach davon auszugehen, dass man jenen Menschen, die arbeiten können, aber auch arbeiten müssen, sozusagen einfach einen Teil ihres Gehaltes zu nehmen, ist doch absurd. Vor allem absurd aus deiner Sicht, da du ja forderst: Lass die Leute arbeiten! Weil es öffentliche Bedienstete sind, sollen sie plötzlich nicht mehr arbeiten. Es sind genau diese Menschen, lieber Kollege Unterholzner, die jetzt Tag und Nacht und vielleicht sogar am Wochenende arbeiten müssen, damit diese 500 Millionen Euro, die wir in diesen Tagen festlegen werden, auch ausbezahlt werden können. Wie stellst du dir das vor? Die öffentliche Bedienstete sind doch nicht öffentliche Bedienstete "just for fun", sondern die öffentlichen Bediensteten sind Angestellte von der Landesverwaltung, von der Gemeindeverwaltungen, von den Schulen, um das Gemeinwohl weiterzubringen. Lassen wir diese Menschen in dieser äußerst schwierigen Situation arbeiten und Steuern zahlen! Alles, was du hier vorschlägst, geht in die andere Richtung. Die Gegenüberstellung der Privatwirtschaft zum öffentlichen Dienst ist so was von althergebracht. Das sind so neoliberale Ansätze, die nicht zu Ende gedacht sind, Kollege Unterholzner. Wenn ich mich recht erinnere, warst du es auch, der irgendwann hier gesagt hatte, dass wir alle die Wirtschaft sind. Genau: Wirtschaft sind wir alle! Der öffentliche Bereich gehört zur Wirtschaft, wie das Unternehmertum zur Wirtschaft gehört usw. Also auch ich möchte Sie ersuchen, diesen Antrag zurückzuziehen. Ich würde ihn auch nicht mehr einbringen. Da bin ich nicht der Meinung des Kollegen Köllensperger. Ziehe ihn einfach zurück und lass die öffentlichen Bediensteten bitte in Ruhe!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Kollege Unterholzner, ich habe dich angerufen und habe dir sogar einen offenen Brief geschrieben. Also kannst du hier im Landtag nicht sagen, dass du kein "Leck mich am Arsch" bekommen hast. Meine Wortwahl war zwar ebenso eindeutig, wie das, was du vorher gesagt hast, aber bitte sag nicht, dass keiner auf deine verschiedenen Vorschläge reagiert hätte. Wir haben sogar relativ lange und auch lautstark gemeinsam telefoniert.

Ich möchte dich auch daran erinnern, was du gestern gesagt hast, als du begründet hast, warum du den Antrag, den ja viele vonseiten der Opposition mitunterzeichnet haben, nicht mitträgst. Es ging um den Aufbau eines Solidaritätsfonds, zu dem heute noch ein Änderungsantrag kommen wird. Du hast gesagt, dass es das alles nicht braucht, denn wer spenden will, spendet einfach. Ich möchte jetzt – Konrad Adenauer wird beleidigt sein, wenn ich dich im gleichen Satz mit ihm nenne – zitieren: "Was kümmert mich mein Geschwätz von gestern ...", aber genau das passiert hier. Du hast gestern gesagt: Jeder, der spenden will, soll einfach spenden. Deswegen kannst du beim Solidaritätsfonds nicht mitstimmen und heute möchtest du jemanden verpflichten, freiwillig zu spenden, was ja schon an sich ein Widerspruch ist, denn ich kann jemanden nicht verpflichten, freiwillig zu spenden. Entweder verpflichte ich jemanden, dann ist es nicht freiwillig, oder es ist freiwillig, dann gibt es keine Verpflichtung dazu. Es – das habe ich dir auch in diesem offenen Brief mitgeteilt und das hat auch Kollegin Foppa erwähnt – widert mich regelrecht an, wenn Menschen ihre Spenden immer wieder betonen. Wir hören hier im Landtag auch immer - und es bist vor allem du, der das fast bei jeder Landtagssitzung sagt -, wann und wo er irgendetwas gespendet hat. Ich weiß es nicht nur von mir, sondern von vielen anderen Kollegen auch, die regelmäßig spenden und Gutes tun, ohne dass man damit hausieren geht. Ich glaube, das steht uns nicht nur besser, sondern es hat auch etwas mit einer bestimmten - nicht unbedingt Bescheidenheit - Charaktersache zu tun, ob man von Herzen spendet und es deshalb tut, um jemandem zu helfen, oder ob man sich selbst damit einen schlanken Fuß machen möchte. Ich glaube, das erkennen sehr viele Leute, die sich damit auseinandersetzen.

Das andere, dass der Antrag in dieser Form gar nicht umgesetzt bzw. gar nicht angewandt werden kann, weil wir dem ja nicht unterstehen, wurde bereits genannt. Wenn du zu uns sagen würdest, dass du ein tolles Projekt hast, bei dem man etwas spenden kann, wäre das völlig eine andere Sache, als herzugehen und aufzufordern, 50 Prozent des Gehaltes zu spenden. Ich habe dir beim Telefon sogar gesagt, warum sollen es 50, warum nicht 70 oder 80 Prozent sein. Es wäre ja auch ein Unterschied je nach Position der einzelnen Person, je nach sonstigem Besitz, den man hat. Man hat ja auch Grundstücke. Muss es so ein großer Weinacker sein, man kann ja auch ein Drittel davon abgeben? Du hast mir dann gesagt, warum nicht. Du hast auch ein großes Haus. Warum kannst du nicht das halbe jemandem geben? Das wäre auch 50 Prozent von irgendetwas. Wir fangen hier Diskussionen an, die nicht sehr seriös sind, Kollege Unterholzner.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Io credo che questi siano i gravi danni del populismo dilagante che purtroppo ha contagiato anche il nostro territorio, perché a questo punto inizia la gara al rialzo su chi lancia di più e più in alto la palla e mi è piaciuta moltissimo la provocazione del collega Leiter Reber, per quale motivo fermarsi d'altronde l'indennità è tale che il collega Unterholzner potrebbe anche rinunciarci per alcuni mesi, e si accetta che qualcuno rialzi in più, in maniera tale da risultare ancora più puro degli altri.

Qui il discorso è proprio impostato nella maniera sbagliata ed è impostato nella maniera sbagliata nel momento in cui si offende tutta la categoria dei lavoratori dipendenti *in primis*, parliamo *in primis* di loro e si dice che ad essi debba essere richiesto un sacrificio ulteriore rispetto a quelli che stanno già patendo, non per scelta individuale, ma per condizioni legate purtroppo alla pandemia, alla gestione del loro lavoro spesso in una situazione di enorme difficoltà.

Questo non è accettabile, perché tutti i lavoratori devono essere posti allo stesso modo, e far passare il messaggio che i lavoratori dipendenti sono dei privilegiati, no, sono delle persone che hanno l'opportunità in questo momento e fortunatamente, lo vorremmo per tutti, hanno forse delle maggiori garanzie rispetto ad altri lavoratori, questo è indubbio, ma non c'è la ragione per cui essi debbano essere penalizzati rispetto ad altri, piuttosto bisogna venire incontro a chi ha oggettive difficoltà e Lei, collega Unterholzner, vive in una provincia che ha un bilancio talmente ampio, che avrebbe la possibilità di gestire perfettamente dal punto di vista dei sussidi economici questa emergenza.

Altro capitolo, le beneficenze, non è la prima volta che ne parliamo, quanto è fastidioso dover parlare di beneficenza in pubblico e quelli che si riempiono la bocca della propria beneficenza e, con uno strumento di legge in questo caso, vorrebbero imporre un atto volontario agli altri, quasi che tutti gli altri non facciano

beneficenza. A suo tempo mi venne proposta, per esempio, un'iniziativa di cui ha parlato anche il collega Lanz ieri e al collega Lanz risposi "sono impegnato su altri fronti provocati e promossi dal mio partito su iniziative a livello nazionale", quindi ciascuno fa e decide di fare in relazione a quello che è ovviamente nelle sue possibilità e anche in relazione agli obiettivi che si pone.

Il dover parlare in pubblico della propria bontà d'animo e della propria capacità di essere migliori degli altri, o di quanto gli altri debbano imparare dal proprio esempio, è quanto di mai spiacevole e disdicevole ci sia. Si faccia e si faccia possibilmente anche con molta discrezione, il contrario di quello che ravviso nella proposta del collega Unterholzner, ci sono validi motivi, presidente, da un punto di vista tecnico e formale, *in primis* la competenza del Consiglio regionale, ma anche dal punto di vista sostanziale riguardo ai lavoratori dipendenti pubblici, per dire no a questo documento. Grazie!

PRÄSIDENT: Wir haben keine weiteren Vormerkungen, was die Wortmeldungen anbelangt. Deshalb würden wir jetzt zur Replik kommen. Kollege Unterholzner, Sie wussten schon zu Beginn, dass der Landeshauptmann noch nicht hier ist und die Replik machen kann. Bitte, Sie haben das Wort.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Dann brauche ich nicht mehr ganz viel hinzuzufügen, weil ich verstehe, in welche Richtung das geht. Kollege Nicolini hat es ganz perfekt auf den Punkt gebracht. Kollege Nicolini hat gesagt – danke dafür -: Wenn er jetzt nicht Abgeordneter wäre und sein Gehalt bekommen würde, dann wäre es für ihn ein Desaster. Genau das will ich mit diesem Beschlussantrag ausdrücken. Wir bekommen unser Geld und diejenigen draußen in der Privatwirtschaft bekommen kein Geld.

Dann erkläre ich noch etwas, was hier anscheinend 34 Kollegen nicht so ganz verstanden haben. Wenn ich im Homeoffice arbeite, habe ich keine Fahrtkosten. Wenn ich jeden Tag von Völlan nach Bozen fahre, dann habe ich Kosten. Wenn ich im Homeoffice arbeite, dann habe ich diese Ausgaben nicht. Ich will diesen Beschlussantrag verstanden haben und bin absolut kein Populist. Entweder werde ich nicht verstanden oder drücke mich tatsächlich so ungeschickt aus. Das kann schon sein, weil ich kein Politiker bin. Aber mir geht es darum, dass man einfach ein bisschen ein Gefühl und ein Gespür dafür bekommt, wie es den Menschen draußen geht, die nicht arbeiten dürfen.

Zur Richtigstellung, Kollege Knoll und auch Kollegin Atz Tammerle! Es ist richtig: Mit Ihnen beiden habe ich telefoniert. Entschuldigung, ich habe mich vorher vielleicht schlecht ausgedrückt. Wir haben miteinander telefoniert. Da habe ich mich zu wenig transparent ausgedrückt. Genauso hat sich Kollege Leiter Reber die Zeit genommen, sogar einen Aufsatz dazu zu schreiben. Daraufhin haben wir länger miteinander telefoniert. Er hat auch einen ganz tollen Vorschlag gemacht, dem ich sofort zustimmen würde. Die Ein-Mann-Fraktionen bräuchte es nicht in diesem Landtag, aber dann mache ich einen Gegenvorschlag: Vielleicht sollten jene Fraktionen, die von der einen auf die andere Legislatur über 50 Prozent verlieren, vor ihrer eigenen Haustür kehren. Nur soviel zur Klarstellung. Ich suche hier laufend die Zusammenarbeit und einen kreativen Dialog. Vielleicht bin ich tatsächlich der Einzige hier, der nicht nur Corona auf der Stirn geschrieben hat, der nicht nur Corona, sondern die ganzen Folgen sieht. Mir tun diese Folgen mehr weh. Mir tut es einfach leid, das laufend zu sagen, die ganzen Diskussionen, die wir ständig führen. Mir tut es einfach leid und weh, wenn ich die vielen Menschen draußen sehe, die vor dem Aus stehen. Ich weiß nicht, wie ich das hier noch deutlicher erklären kann. Genau deshalb sage ich: Wenn es einem selber weh tut, tuts am meisten weh.

Ganz kurz noch zu einigen Äußerungen betreffend Spenden. Vielleicht kommt es draußen auch so an, aber auch dazu kann logischerweise jeder mit seinem Geld tun, was er will. Wir hatten 30 Jahre lang jedes Jahr ein Budget, mit dem wir gespendet haben. Keine einzige Spende haben wir auf den Kirchturm gehängt. Auf jeden Fall können Sie das alle auslegen, wie Sie wollen. Ich kann Ihnen allerdings Recht geben, wenn Sie sagen, dass der Antrag ungeschickt ausformuliert und nicht umsetzbar ist. Das kann sein. Dazu bin ich zu wenig schriftgelehrt, zu wenig fit. Ich bedanke mich auch bei der Kollegin Foppa für die Belehrung, wie man sich hier zu benehmen hat. Vielleicht können Sie sich noch daran erinnern: Am ersten Tag habe ich gelernt, dass man sich hier im Landtag untereinander mit "Sie" anspricht, aber sehr viele haben das wahrscheinlich nicht so ernst genommen. Ich weiß, umso mehr, dass ich weiß, dass ich nichts weiß, das weiß ich. Ich bin froh, wenn ich jeden Tag dazulerne, auch hier im Landtag. Ich würde trotzdem gerne die Stellungnahme von der Landesregierung hören. Ich ziehe den Antrag nicht zurück, bringe ihn zur Abstimmung, weil ich den Eindruck gewinnen durfte, dass niemand bereit ist, irgendetwas Konkretes in diese Richtung auszuarbeiten oder etwas Konkretes zu machen. Ich sage noch einmal, es geht nicht darum, den öffentli-

chen Bediensteten zu schaden, sondern einen Beitrag zu leisten, um uns zu helfen, dass wir vielleicht auch für unser Image arbeiten. Dass es ein populistischer Antrag ist, weise ich kategorisch zurück. Dieser Antrag wurde vielleicht lückenhaft bzw. nicht gut geschrieben, das lasse ich gelten. Dazu bin ich zu wenig Fachmann, aber was ich nicht gelten lasse, dass ich hier für Aufsehen oder etwas Derartiges sorgen will. Nein! Mir ist es voller Ernst, dass man bestimmte Verordnungen oder Maßnahmen mehrmals überdenkt und vielleicht hinterfragt, ob nicht mehr Schaden angerichtet wird, als sie Nutzen bringen. Das ist eigentlich der Suckus. Wenn es beispielsweise in dem Fall dem Landeshauptmann und der Landesregierung am meisten wehtun würde, dann würden sie sich so manche Verordnungen sehr wohl überlegen. Genauso sollte man sich manchmal vielleicht in die Situation der Menschen draußen hineinversetzen, welcher Schaden hier angerichtet wird.

PRÄSIDENT: Kollege Unterholzner, es gibt keine Stellungnahme der Landesregierung mehr, denn unsere Geschäftsordnung sieht vor, zuerst die Vorstellung, dann die Wortmeldungen, dann die Stellungnahme der Landesregierung und anschließend die Replik des Einbringers zu machen. Wenn Sie die Replik gemacht haben, können wir nicht wieder zur Stellungnahme der Landesregierung zurückkehren.

VETTORI (Alto Adige Autonomia): Grazie presidente! Sull'ordine dei lavori. Siccome il consigliere Unterholzner ha detto che bisogna mettersi nei panni anche degli altri, allora io vorrei mettermi nei suoi panni e chiedere la votazione nominale, così domani la lista di proscrizione sui giornali è fatta, finita e definitiva, così il puro consigliere Unterholzner è più bravo di tutti gli altri consiglieri. Grazie!

PRÄSIDENT: Somit hat der Abgeordnete Nicolini die getrennte Abstimmung und Kollege Vettori die namentliche Abstimmung zum Beschlussantrag Nr. 402/21 beantragt. Ich möchte Kollegen Unterholzner noch darauf hinweisen, dass über diesen Beschlussantrag zwar abgestimmt werden kann, aber auch wenn er angenommen würde, ist er nicht durchführbar. Sie können dann nicht nach einer bestimmten Zeit kommen und sagen, wie weit dieser Beschlussantrag ist. Er kann - so wie er geschrieben ist - niemals durchgeführt werden.

Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Eines zur Klarstellung! Ich gehöre nicht zu dieser Kategorie Menschen, um das unmissverständlich darzustellen. Ich habe es der Presse nicht mitgeteilt. Es muss einer der restlichen 34 Kollegen gewesen sein, nur damit das festgehalten wird. Nachdem der Beschlussantrag nicht durchführbar ist, ziehe ich diesen Beschlussantrag durch. Ich werde ihn aber - das kann ich auch versichern - wieder einbringen. Ich werde ihn dieses Mal von einem Rechtsanwalt ausarbeiten lassen. Das Geld ist mir nicht zu schade, wirklich nur aus Solidarität. Jeder, der glaubt, dass ich das hier aus Populismus mache, hat mich noch nicht durchschaut und kann mich nicht im geringsten einschätzen. Auch bin ich nicht derjenige, der alles der Presse steckt. Dies nur zur Klarstellung, Kollege Vettori!

PRÄSIDENT: Das heißt, Sie ziehen diesen Beschlussantrag zurück?

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Er braucht nicht zur Abstimmung gebracht werden. Wie gesagt, Sie können alle sicher sein, dass von meiner Seite nichts der Presse gesteckt wird, um morgen zu sagen: Ja, ich wäre derjenige und alle anderen nicht. Nein. Ihr habt wahrscheinlich den Sinn dieses Beschlussantrages immer noch nicht verstanden!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Urzì, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Solo per richiamare il collega se del caso anche per poter poi formulare dal punto di vista tecnico una proposta, la competenza sulle indennità è del Consiglio regionale, quindi eventualmente ne tenga conto nel parere che commissionerà al suo legale di fiducia. Grazie!

PRÄSIDENT: Ich weise darauf hin, dass der Beschlussantrag zurückgezogen wurde, weshalb keine diesbezüglichen Wortmeldungen mehr möglich sind.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 397/21 vom 17.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz, Faistnauer, Ploner Alex, Foppa, Mair, Staffler, Dello Sbarba, Leiter Reber, Nicolini und Repetto, betreffend Solidaritätsfond Südtirol."** (Fortsetzung)

Punto 8) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 397/21 del 17/2/2021, presentata dai consiglieri Rieder, Köllensperger, Ploner Franz, Faistnauer, Ploner Alex, Foppa, Mair, Staffler, Dello Sbarba, Leiter Reber, Nicolini e Repetto Fondo di solidarietà per l'Alto Adige."** (continuazione)

Es ist ein **Änderungsantrag** von den Abgeordneten Rieder, Köllensperger, Ploner Franz, Faistnauer, Ploner Alex, Lanz und Foppa eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Der beschließende Teil wird folgendermaßen ersetzt:

1. jenen Hilfsorganisationen, die bereits in diesen Bereichen aktiv sind, Unterstützung zu geben, ihre Initiativen besser zu bewerben und zu platzieren;
2. die Menschen, die freiwillig einen Solidaritätsbeitrag leisten möchten, über diese Initiativen zu informieren und aktiv dazu aufzurufen, nach ihren Möglichkeiten einen freiwilligen Beitrag zu leisten;
3. Menschen, die Unterstützung brauchen, über die Hilfsangebote der einzelnen Hilfsorganisationen zu informieren und sie zu ermutigen, Hilfe anzunehmen."

"La parte dispositiva è così sostituita:

1. a sostenere le organizzazioni di aiuto e soccorso già attive in questi settori affinché promuovano e collocino meglio le loro iniziative;
2. a informare di queste iniziative le persone che desiderano offrire volontariamente un contributo di solidarietà e a sollecitarle attivamente a dare un contributo volontario secondo le loro possibilità;
3. a informare le persone che necessitano di aiuto sull'assistenza offerta dalle varie organizzazioni di aiuto e soccorso e a incoraggiarle ad accettare tale sostegno."

Abgeordnete Rieder, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

RIEDER (Team K): Vielen Dank für die rege Diskussion, die wir gestern zu diesem Thema geführt haben. Ich glaube, gerade vorher hat sich gezeigt, wie wichtig uns allen – darüber freue ich mich - oder zumindest den meisten hier Solidarität ist. Es geht nicht um Populismus, es geht jetzt nicht darum, die einen gegen die anderen aufzuspielen, sondern es geht darum, dass wir in diesen schwierigen Zeiten versuchen, Solidarität mit jenen zu haben, die es in dieser Zeit schwer haben. Wir haben den beschließenden Teil jetzt noch einmal abgeändert. Danke den Kolleginnen und Kollegen, die schon den Beschlussantrag mitunterzeichnet und hier wieder mitunterschieden haben, nämlich die Kollegin und die Kollegen der Grünen, der Abgeordnete Nicolini, der Abgeordnete Repetto, die Kollegin und der Kollege der Freiheitlichen sowie Gert Lanz. Wir haben uns - so wie wir es gestern besprochen haben und wie es von einigen vorgeschlagen wurde - darauf geeinigt, dass wir nicht einen neuen Solidaritätsfonds gründen sollten. Es ist einleuchtend, dass die Zeiten dafür zu lang sind. Wir haben uns darauf verständigt, dass es wichtig ist, diesen Vereinen, den Hilfsorganisationen und den caritativen Vereinigungen, die bereits tätig sind, eine Unterstützung bzw. Hilfe zu geben, indem wir die Initiativen und die Angebote, die bereits vorhanden sind, unterstützen. Es ist uns wichtig – das haben wir auch gestern schon besprochen -, dass eben diese Solidaritätsbeiträge freiwillig sind, dass jeder und jede spenden kann, aber selber darüber entscheidet, wie viel, wie lange und auch an wen die Spenden gehen sollen.

Die eine Seite ist eben, dass wir jene Menschen animieren, unterstützen, aber auch informieren und aktiv dazu aufrufen, nach ihren Möglichkeiten einen freiwilligen Beitrag zu leisten, um etwas zu spenden. Auch darüber haben wir gestern in der Diskussion gesprochen, dass es in unserem Land viele Menschen gibt, die zwar Unterstützung bräuchten, aber auch Hemmungen haben, um Unterstützung zu fragen oder vielleicht gar nicht wissen, wo sie hingehen sollen. Denn es betrifft im Moment sehr viele Menschen, die vielleicht ihr ganzes Leben alles selbst bestritten und gearbeitet haben, die immer gut mit ihrem Lohn oder mit ihrem Einkommen über die Runden gekommen sind und eigentlich noch nie Hilfe gebraucht haben. Jetzt brauchen sie Hilfe. Dann ist es wichtig, diesen Menschen zu sagen, dass sie diese Hilfe einmal finden, und zwar auf verschiedenen Wegen, unter anderem eben manchmal auch auf einem unkomplizierten Weg, wenn sie aus allen anderen Hilfen herausfallen oder wenn sie zu lange dauern, eben über diese Hilfsorganisationen, die dann meist in der Auszahlung sehr schnell und sehr effektiv sind. Das heißt, der dritte Punkt in un-

serem beschließenden Teil ist, dass sie auch ein Augenmerk darauf legen, dass Menschen die Unterstützung brauchen, über die Hilfsangebote der einzelnen Hilfsorganisationen zu informieren und sie dann auch zu ermutigen, diese Hilfe anzunehmen. Ich glaube, dass - und das ist auch ein sehr großer kritischer Punkt - viele Menschen in unserem Land einfach Scheu haben, sie schämen sich, sie wollen es eigentlich selber und alleine schaffen. Aber wir sollten die Botschaft vermitteln, dass sie in dieser Zeit auch mal Hilfe annehmen können, dass es nicht jeder und jede allein schafft. Das sollten wir gemeinsam machen. Ich bedanke mich noch einmal bei jenen, die den Beschlussantrag mitunterzeichnet haben und auch mittragen werden. Ich glaube, es ist ein gutes, auch ein starkes Zeichen hier als Südtiroler Landtag, dass wir diesen Beschlussantrag gemeinsam mit großer Zustimmung verabschieden. Danke schön!

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! Armut ist keine Schande, sondern eine Schande ist, wie Armut zustande kommt. Wir hatten - da knüpfe ich wirklich an die Vorrednerin an - in unserem Land immer und schon vor Corona Fälle - vor allem sind es ganz oft ältere Menschen, ältere Südtirolerinnen und Südtiroler -, die nicht über die Runden kommen, die sich aber schämen, Hilfe anzufordern und Hilfe anzunehmen, sowohl öffentliche als auch private. Das ist eine versteckte Armut, die wir haben, weil sich die Menschen einfach dafür schämen. Es ist zum einen - das muss man dazusagen - auch eine Frage der öffentlichen Hand, dies es nicht schafft, hier gezielt jenen Personen zu helfen, ohne dass sie darauf angewiesen sind, ohne dass sie sich in solch prekären Situationen wiederfinden. Seit einem Jahr der Corona-Pandemie bzw. auch der -Maßnahmen finden sich auf einmal viele in einer Situation, die sie bis jetzt nicht gekannt haben, die sich immer durch ihre Arbeit usw. selbst ihren Lebensunterhalt finanzieren konnten und jetzt vor Situationen sind, die nicht nur beängstigend, sondern auch wirklich psychisch unendlich belastend sind.

Die Hilfen, die jetzt kommen, kommen für viele zu spät, sowohl die Landeshilfen als auch die Staatshilfen. Daher ist es wichtig, dass es verschiedene Hilfsorganisationen und -stränge gibt. Wir machen das mit diesem Beschlussantrag nicht nur auf der freiwilligen Basis, indem jeder, der gerne spenden möchte, dies tun kann - denn es gibt durchaus auch Menschen mit einem geringeren Einkommen, die sagen, dass sie einen kleinen Teil anderen zukommen lassen möchten -, sondern die Freiwilligkeit besteht auch darin, wem und welcher Organisation ich helfe. Es muss natürlich jedem selbst überlassen sein, ob er seinem eigenen Dorf, den Jugendlichen oder eher anderen Segmenten helfen möchte, sodass auch diese Freiwilligkeit da ist. Ich glaube, dieser Beschlussantrag, der bereits eine breite Zustimmung bei den Unterzeichnern gefunden hat, ist die beste und eindeutigste Antwort auf den Beschlussantrag, der zuvor behandelt worden ist.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Io annuncio il mio voto favorevole indubbiamente alla mozione anche nel testo riveduto.

Nella discussione mi permetto di inserire questa leggera valutazione un po' problematica rispetto solo al primo punto, ossia che sostanzialmente si "impegna la Giunta provinciale a sostenere le organizzazioni di aiuto e soccorso" - in tedesco *Hilfsorganisationen*, forse è più chiaro che sono le associazioni che si occupano di solidarietà più che di soccorso, mi parrebbe di intendere - "già attive in questi settori affinché promuovano e collochino meglio le loro iniziative" - che in tedesco è *bewerben* e *platzieren*. Allora *bewerben* indubbiamente, *platzieren* non saprei onestamente come tradurre, è stato tradotto "collocare meglio le iniziative", forse significa indirizzarle verso degli obiettivi, non lo so.

Pongo questo piccolo punto interrogativo sull'interpretazione che in lingua italiana forse può sembrare di eccessivo condizionamento in termini di orientamento delle iniziative, come dire "devono essere collocate qua piuttosto che là", "più su questo settore piuttosto che l'altro", e che potrebbe fare intendere un sostegno condizionato rispetto alla collocazione dell'iniziativa.

Una volta che ne abbiamo parlato credo che si possa chiarire questo dubbio e quindi anche superarlo e superandolo credo che si possa indubbiamente approvare il documento, quindi sottolineando le opportunità che la Giunta provinciale, la Provincia metta a disposizione i mezzi opportuni per sostenere questi sforzi, più che creare vincoli o limitarli nelle direzioni politicamente preferibili.

Tutto qua, è assolutamente apprezzabile l'iniziativa avviata dalla collega Rieder e sottoscritta da tanti colleghi, idealmente mi posso aggiungere. Grazie presidente!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Mit diesem abgeänderten Antrag kann man sicherlich leben; er wird jetzt auch unsere Zustimmung finden. Ich hätte nur eine Frage, was den Punkt 1 anbelangt, und zwar heißt es hier: *"jenen Hilfsorganisationen, die bereits in diesen Bereichen aktiv sind, Unterstützung zu geben, ihre Initiativen besser zu bewerben und zu platzieren"*. Wie stellt man sich das in der konkreten Umsetzung vor? Denn es gibt ja nicht nur eine Hilfsorganisation, es gibt öffentliche und private. Es gibt Organisationen, die im gesamten Landesgebiet tätig sind, es gibt aber auch Organisationen, die nur auf kommunaler Ebene tätig sind. Also wie stellt man sich das in der praktischen Umsetzung vor? Wo ich auch Wert darauf legen würde, ist, dass hier nicht eine Auswahl getroffen wird, sozusagen nach Hilfsorganisationen, die politisch bequem sind, und anderen, die dann nicht unterstützt werden. Wir erinnern uns, dass es vor Kurzem in Südtirol diese große Organisation um diese private Initiative gegeben hat, die vermehrt Augenmerk darauf gelegt hat, dass Einheimische in den Genuss dieser Hilfsmittel kommen. Da hat es dann einen großen Aufschrei von linker Seite gegeben. Man hat dieses Projekt schlecht gemacht und viele Bürger in Südtirol waren bereit, mitzuhelfen, weil sie wirklich helfen wollten. Ich glaube, wir sollten nicht den Fehler machen, dass hier Hilfsprojekte gegeneinander ausgespielt werden, sozusagen die politisch Guten gegen die politisch Schlechten. Ich glaube, jeder, der helfen will und jetzt Hilfe anbietet und Menschen auch Hilfe bereitstellen kann, sollte unterstützt werden. Deswegen würden wir Wert darauf legen, dass hier wirklich nicht nur eine Auswahl getroffen wird, sondern dass dann auch wirklich alle Hilfsorganisationen, die derzeit diese Hilfe bereitstellen, gleichermaßen berücksichtigt und beworben werden.

AMHOF (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, besonders Kollegin Rieder, danke, dass Sie diesen Beschlussantrag in dieser Form abgeändert haben! So entspricht er auch dem, was wir gestern hier an Anregungen mitgegeben haben. Sie haben es gestern auch gesagt oder es war ihr Kollege, das kann ich mich nicht mehr genau erinnern. Es geht darum, wirklich etwas zu tun, um das Geld an Bedürftige zu bringen, die Hilfe brauchen, genau in diese Richtung. Ich denke, das ist jetzt ein guter Vorschlag, den wir in diesem Plenum verabschieden, denn der entspricht genau dieser Intention. Ich möchte ein Beispiel bringen: Ein ganz guter Bekannter von mir, ein junger Mann, der wirklich ein ausgesprochen guter Koch ist, hat genau jetzt in dieser Pandemie seine Arbeit verloren. Er hatte sich vorher eine Wohnung gemietet, aus dem elterlichen Haus ist er ausgezogen und hat auch einen seinem Gehalt entsprechenden Lebensstil. Er hatte ein relativ gutes Gehalt, aber eben auch alles verplant. Das sind Menschen, die vorher nie irgendwo nachfragen mussten: Gibt es da eine Hilfe, an wen muss ich mich wenden? Er war total verzweifelt, wusste nicht, wo er sich hinwenden kann, hat dann für einen gewissen Zeitraum auch den Mietzuschuss vonseiten des Landes bekommen, um wenigstens die Miete bezahlen zu können. Er hat jetzt einfach versucht, aus gewissen Verpflichtungen finanzieller Natur herauszukommen. Das sind Menschen, die plötzlich nicht mehr weiterwissen, und solche gibt es ganz, ganz viele in diesem Land. Solchen Menschen müssen und wollen wir helfen. Mit diesem Beschlussantrag kann jeder einzelne entscheiden, welcher Organisation er Geld geben will, welcher Organisation er auch vertraut, denn ganz oft geht es auch darum, wenn ich Geld spende, dann will ich wissen, wohin das Geld geht. Aber wirklich unabhängig von Sprache, Hautfarbe oder was auch immer, es muss um die Bedürftigkeit gehen. Dort muss das Geld ankommen und ich glaube auch, dass wir das bewerben sollen. Wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Südtiroler Volkspartei haben auch schon einen ersten Schritt gesetzt. Wir haben ganz ein simples Flugblatt ausgearbeitet, das an Sammelstellen ausgeteilt wird, wo genau diese Hilfsfonds und Solidaritätsfonds, die es in diesem Land auch gibt, mitgegeben werden, damit Leute, die sich irgendwo ein Kleidungsstück oder Lebensmittel abholen, auch dieses Flugblatt bekommen, um zu wissen, wo man um finanzielle Hilfe ansuchen und an wen man sich wenden kann. Mit diesem Beschlussantrag bekräftigen wir noch einmal diesen Gedanken des Helfens und ich finde das jetzt eine ganz gute gemeinsame Entscheidung, die wir heute hier verabschieden. Vielen herzlichen Dank noch einmal!

LANZ (SVP): Herr Präsident, danke, Kollegin Rieder, dass wir aufgrund der Diskussion, die wir schon gestern hier geführt haben, einen Lösungsvorschlag haben, den wir natürlich mitunterstützen und auch im Namen der gesamten Fraktion mittragen wollen. Ich denke, es ist einfach wichtig, dass wir hier pragmatisch an die Sache herangehen, und – wie es schon bereits gesagt worden ist – bei freiwilligen Unterstützungen muss auf alle Fälle die Solidarität im Vordergrund stehen. Solidarität wird weder gemessen und kommuniziert noch jemanden aufgezogen. Ich glaube, das muss auch so sein. Vielleicht können wir gemeinsam als Südtiroler Landtag in irgendeine Richtung dann eine Initiative beispielhaft hervorheben, wo wir kommunizie-

ren, dass wir hier in diese Richtung arbeiten wollen und wir dann dementsprechend diese Initiativen auf Landesebene auch dadurch stärken. Etwas ist mir auch noch ganz wichtig. Ich glaube, man darf von außen nicht den Fehler machen zu bewerten und zu beurteilen, was jemand anderer dann machen könnte oder machen sollte. Jeder sollte eigentlich das bewerten und prüfen, was er selber dazu beitragen kann und dafür dann die Verantwortung übernehmen, das ist eigentlich gelebte Solidarität. Ich glaube schon, dass wir in Südtirol genügend Menschen haben, die heute schon Unterstützung geben, die es nicht an die große Glocke hängen und es auch weiterhin machen werden. Deswegen sollten wir uns jetzt nicht erwarten, dass, wenn wir hier einen Aufruf starten, wir dann eine Welle von Geldern bekommen. Ich gehe davon aus, dass wir bereits heute schon ein System haben, das sehr gut funktioniert. Wichtig ist, dass wir dieses System weiter verbessern, weiterentwickeln und vor allem den Menschen, die dort arbeiten, in Zusammenarbeit mit ihnen die notwendige Unterstützung geben, dass sie besser und effizienter arbeiten können.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die vorausgegangene Diskussion und mache das wirklich von Herzen, weil ich doch in dieser Diskussion sehr viel Wertschätzung für soziales Engagement und auch für die Arbeit all jener wahrgenommen habe, die zur Zeit in dieser Krise, egal, ob in öffentlichen Einrichtungen, in öffentlichen Diensten oder in privaten Organisationen, eine ganz wichtige Arbeit für die Menschen in diesem Land leisten. Ich habe anknüpfend an die Diskussion vorher wahrgenommen, dass es gerade im Landtag sehr viel Wille gibt, den Menschen nicht nur mit der politischen Arbeit, sondern auch konkret mit persönlichem Engagement und Einsatz zu helfen, und auch dafür danke ich sehr herzlich. Wir sind uns alle bewusst, dass es in dieser Krise sehr viele Menschen gebrochen hat, und ich darf Ihnen sagen, dass es mich auch als Soziallandesrätin sehr beeindruckt, wie viele Menschen derzeit zum ersten Mal sagen: Ich muss mich um Hilfe bemühen. Ich bin in einer schwierigen Situation. Dann ist es gut und richtig, dass es Anlaufstellen gibt, dass wir diese Menschen begleiten, dass wir sie auch gerade in dieser schwierigen Situation unterstützen. Aber noch wichtiger ist es, dass wir ihnen auch Zuversicht und Mut geben können dafür, dass wir auch daran arbeiten, dass wir aus dieser schwierigen Situation geschlossen und vielleicht in einigen Punkten gestärkt aus dieser Krise herauskommen. Deshalb danke vorab für die Diskussion, die ich persönlich sehr wertvoll empfinde, und dann ein Dankeschön, dass es auch möglich ist, diesen Beschlussantrag jetzt so aufzustellen, dass er im Grunde eine starke Botschaft – wie schon gesagt – des Südtiroler Landtages in dieser Hinsicht ist.

Grundsätzlich ist es so – und ich darf noch einmal daran erinnern -, dass das Rückgrat einer Staatsordnung, die sich Sozialstaat nennt, eben ein funktionierendes öffentliches Sozialwesen ist. Wir haben auch im letzten Jahr – wie gesagt – 380 Millionen Euro und 100.000 bearbeitete Gesuche abgearbeitet und diese 380 Millionen Euro über die öffentliche Schiene ausbezahlt. Das Südtiroler Sozialwesen hat ein breites Netz an öffentlichen und privaten Organisationen und das ist auch gut so. Sie, Kollegin Rieder und auch Kollege Gert Lanz, haben das schon öfter gesagt. Sie zeigen hier natürlich auch die Probleme auf und die Probleme bestehen darin, dass es natürlich innerhalb der öffentlichen Verwaltung klare Regeln gibt, an die man sich halten muss. Damit verbunden gibt es natürlich längere Bearbeitungszeiten, um schnelle Hilfen auf den Weg zu bringen. Manchmal gibt es lange Vorlaufzeiten und die Menschen in dieser Zeit haben oft genau diese Zeit nicht. Deshalb gibt es schon heute in vielen Organisationen – es sind ihrer viele – diese Hilfsfonds, mit denen wir auch sehr gut zusammenarbeiten, wo dann eben auch vonseiten Privater Spendenaktionen durchgeführt und wir – denke ich – alle außerhalb von öffentlichen Statements regelmäßig Zahlungen machen. Da bin ich mir ganz sicher, dass die dann unbürokratisch und schneller helfen können, damit die Menschen dann auch über die öffentliche Schiene die ihnen zustehende oder richtige Unterstützung erhalten.

In diesem Sinne - denke ich - ist es ein starkes Zeichen. Ich darf noch einmal darauf verweisen, dass wir schon im Sommer 2020 in der Task Force Armut die größten Hilfsorganisationen in einer Arbeitsgruppe vereint haben, um gemeinsam darauf hinzuschauen und dann auch die Weichen so aufzustellen, wo die Menschen derzeit Hilfe suchen. Ich darf Ihnen kurz sagen, wer da drinnen ist. Das ist der KVW, der Vinzenzverein, die Caritas, Volontarius, die Verbraucherzentrale, die die Handelskammer mithineingenommen haben, der katholische Familienverband und der bäuerlichen Notstandsfonds. Natürlich stehen die Abteilung Soziales und die zuständigen Ämter, die Bezirksgemeinschaften, die Gewerkschaften und der Dachverband für Soziales – wie schon Kollegin Amhof gesagt hat – im ständigen Austausch und es war der Dachverband für Soziales, der selber auch gerade diese Vernetzung der privaten Hilfsfonds angeregt hat. Damit komme ich zur Beantwortung der Frage des Kollegen Sven Knoll, wie diese Unterstützung, die auch im Beschluss-

antrag angesprochen ist, erfolgen kann. Ja, sie kann dadurch erfolgen, dass man sich – wie gesagt – vernetzt, dass man sich zwischen öffentlich und privat, aber auch privat gegenseitig unterstützt. Und ich glaube, dass da der Dachverband für Soziales dann auch mit dem Zertifikat spendet. Sie kennen das sicher auch. Da sind 36 Organisationen unter diesem Zertifikat zusammengeschlossen, die auch garantieren, dass die Spenden sicher gesammelt, aber dann vor allem auch korrekt und sicher verwaltet werden. Diese Spenden kommen dann mit gegebener Transparenz und Verantwortung im Umgang mit privaten Spendengeldern auch an der richtigen Stelle an. In diesem Sinne danke schön und wir werden diesem Beschlussantrag natürlich zustimmen.

RIEDER (Team K): Ich glaube, sehr lange brauche ich nicht mehr darüber reden. Wichtig - noch einmal zusammenfassend - ist es, dass wir in dieser schwierigen Zeit nicht alle Not über öffentliche Gelder lindern können. Wir haben Möglichkeiten, auch schneller, unbürokratischer und auf anderem Wege zu helfen. Dafür gibt es – die Landesrätin hat es gerade aufgezählt – viele Organisationen, die in diesem Bereich tätig sind und Hilfsfonds haben. Ich glaube, es ist wirklich ein schönes, auch ein wichtiges Zeichen des Südtiroler Landtages, dass so viele diesen Beschlussantrag mittragen und mit breiter Mehrheit genehmigen. Ich glaube, gerade diese Diskussion, die wir zu diesem Thema geführt haben, auf diese Art und Weise zeigt uns, dass eine Diskussion hier im Landtag sehr wohl möglich ist, dass ein Aufeinanderzugehen sehr wohl möglich ist. Und was es sicherlich zeigt, ist, dass wir gemeinsam stärker sind, für dieses Land zu arbeiten. Danke schön!

PRÄSIDENT: Wir stimmen über den so geänderten Beschlussantrag Nr. 397/21 ab: einstimmig genehmigt.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 398/21 vom 17.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Dello Sbarba und Staffler, betreffend junge Frauen als Schlüsselfaktor für die gesellschaftliche Entwicklung."**

Punto 9) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 398/21 del 17/2/2021, presentata dai consiglieri Foppa, Dello Sbarba e Staffler, riguardante: Le giovani donne sono essenziali per lo sviluppo della società."**

Junge Frauen als Schlüsselfaktor für die gesellschaftliche Entwicklung

Die Diskussionen über "Brain Drain" und die Sorge um die Abwanderung aus dem ländlichen Raum haben längst auch Südtirol erreicht.

*Die Abwanderung der "klugen Köpfe" ist inzwischen ein aktiv bearbeitetes Forschungsfeld geworden, Maßnahmen werden erarbeitet. Die WIFO-Studie von 2019 zeigt auf, dass die Abwanderung, insbesondere von akademisch gebildeten Menschen, von 1.100 im Jahr 2012 kontinuierlich gestiegen ist, bis auf 1.500 im Jahr 2017. Die Rückkehrer*innen bewegten sich im Zahlenraum 26-81 Personen pro Jahr.*

Die Hälfte der abgewanderten Köpfe sitzt auf einem weiblichen Körper.

Das hat demografisch schwerwiegende Folgen.

Wo die jungen Frauen gehen, stirbt eine Gesellschaft aus.

Dies ist einerseits Realität, zugleich aber zielt die aktive Rückkehrerpolitik oft vorwiegend auf Männer. Das gilt noch einmal verstärkt für den ländlichen Raum. Wenn man etwa daran denkt, was die jungen Menschen im Dorf hält, oder aber sie zur Rückkehr ins Dorf bewegen könnte, werden oft folgende Faktoren ins Feld geführt:

- Arbeitsplatzqualität
- Vereinsleben
- Wohnraum
- Anbindung an den urbanen Raum.

*Die Eurac-Studie zu den Motiven von Südtiroler*innen im ländlichen Raum zu leben, in den ländlichen Raum zuzuwandern oder aus dem ländlichen Raum abzuwandern (Philipp Corradini, Institut für Regionalentwicklung, Eurac Research, vorgestellt bei der Tagung von Plattform LAND am 26.1.2021) bestätigt in aller Eindeutigkeit, dass Faktoren wie die genannten für die*

Entscheidung dazubleiben, abzuwandern oder rückzukehren sehr wichtig sind. Für die jungen Männer, sehr viel weniger für die jungen Frauen.

Die interessante Studie reißt die Geschlechterunterschiede nur an. Trotzdem ist anzunehmen, dass für junge Frauen andere Faktoren prioritär sind. Die Studie nennt zum Beispiel:

- Partnerschaft und eigene Familie
- Lebensqualität
- Natur und Freizeitmöglichkeiten
- Ausbildung und Betreuung der Kinder.

Die Unterschiede sind auf den ersten Blick erkennbar. Sie wurden in den Interviews mit abgewanderten Frauen bei der Tagung noch einmal bestätigt: Insbesondere die flexiblen Arbeitszeiten und die Möglichkeit der Kinderbetreuung, aber auch die Weltoffenheit und die Multikulturalität ("Willkommenskultur und Willbleibenskultur") wurden als wichtige Entscheidungsfaktoren für das Verbleiben im Ausland oder das Rückkehren in die Heimat genannt.

Die Unterschiede zwischen den Wünschen und Bedürfnissen von Frauen und Männern in dieser Frage sind also von größter strategischer Bedeutung für sämtliche Anstrengungen, die zum "Rückholen" der jungen Südtiroler*innen unternommen werden.

Es geht aber auch grundsätzlich darum, den ländlichen Raum für junge Frauen attraktiv zu halten oder zu machen, wenn man die Abwanderung der jungen Frauen vom ländlichen in den urbanen Raum begrenzen will.

Wo man dazu bereits Daten hat, ist das Phänomen deutlich bezifferbar und von beeindruckender Stärke.

In der Steiermark haben in 3 Jahren (2017-20) 1.800 gut ausgebildete junge Frauen im Alter zwischen 19 und 20 Jahren den ländlichen Raum verlassen und sind in die Landeshauptstadt Graz gezogen. In den Großraum Wien wandern jährlich bis zu 3.000 junge Frauen aus dem gesamten Bundesgebiet ab (Adeg-Dorfleben-Report 2020).

Im Rahmen des Projekts SEMIGRA – Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio Structures in Rural Regions wurden fünf Fallstudienregionen untersucht, die von einer selektiven Abwanderung junger Frauen betroffen sind (Sachsen-Anhalt, die Region Kainuu in Ostfinland, die Region Västernorrland in Mittelschweden sowie Észak-Alföld und Észak-Magyarország in Nordostungarn). Die Studie ging davon aus, dass es "in Deutschland und vielen anderen europäischen Staaten (...) im jungen Erwachsenenalter regional zum Teil erhebliche Frauen- bzw. Männer-"Überschüsse" gibt. Diese Ungleichgewichte zeigen sich vor allem zwischen ländlichen Gebieten und den städtischen Zentren sowie zwischen prosperierenden und schrumpfenden Wirtschaftsräumen. Während die Großstädte eine große Anziehungskraft auf junge Frauen ausüben, ist in dünn besiedelten, peripheren ländlichen Räumen ein Überschuss an jungen Männern erkennbar. (...) Es ist zu befürchten, dass sich in peripheren Regionen der neuen Länder sozioökonomisch sehr einseitige Bevölkerungsstrukturen herausbilden könnten, die sich negativ auf die Regionalentwicklung auswirken. Die Abwanderung junger Frauen droht die ökonomischen, demografischen und sozialen Probleme strukturschwacher Regionen weiter zu verschärfen und eine negative Entwicklungsspirale auszulösen", wie die Studie einleitend erläutert. Hauptziel des Forschungsprojekts SEMIGRA war es entsprechend, "die Möglichkeiten einer genderorientierten Regionalentwicklungsstrategie zu prüfen und politikrelevante Handlungsempfehlungen zu erarbeiten." ("Abwanderung junger Frauen und unausgewogene Geschlechterproportionen in ländlichen Regionen Europas" – Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) Leipzig, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV) Sachsen-Anhalt).

Auch die Studie der Steiermark bietet Erklärungen und Strategieableitungen, um die "Hoffnungsträgerinnen für die Zukunft", wie sie von den Spitzenfunktionär*innen der Landwirtschafts- und Wirtschaftskammer bezeichnet werden, nicht zu verlieren.

Wo man sich dieses Themas angenommen hat, ist man also zum Schluss gekommen, dass es darum geht:

- erstens das Phänomen zu erfassen,
- zweitens gemeinsam mit den Frauen die Rahmenbedingungen zu identifizieren, die an die Lebenswelten von Frauen angepasst sind

• und drittens an die Umsetzung und Einrichtung dieser Rahmenbedingungen zu schreiten. Aus den Studien geht hervor, dass junge Frauen die Lebensqualität des ländlichen Raums sehr schätzen, allerdings werden die Rahmenbedingungen einer weltoffenen und ambitionierten Lebensplanung oft nicht gerecht – und so ziehen es Frauen vor, zu gehen.

Daher

beauftragt
der Südtiroler Landtag

die Landesregierung,

1. eine Studie in Auftrag zu geben, die die geschlechtsspezifischen Aspekte der Ab-, Zu- und Rückwanderung im Hinblick auf Südtirol im Allgemeinen und auf den ländlichen Raum im Spezifischen untersucht;
2. begleitend und eventuell als Folgemaßnahme einen Prozess zu starten, auch in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vertretungen der Frauen, der Jugend und des ländlichen Raums, in dem die nötigen und möglichen Rahmenbedingungen identifiziert werden;
3. die Handlungsableitungen, die aus 1 und 2 hervorgehen, in die Strategieziele der Politik der Landesregierung aufzunehmen und entsprechend umzusetzen.

Le giovani donne sono essenziali per lo sviluppo della società

Le discussioni sul tema del "brain drain" e le preoccupazioni per l'abbandono delle aree rurali sono da tempo arrivate anche nella nostra provincia.

La fuga dei cervelli è nel frattempo diventata un vero e proprio ambito di ricerca e si stanno elaborando misure per reagire al fenomeno. Lo studio dell'IRE del 2019 mostra che partendo da 1.100 persone nel 2012, in particolare laureate, l'emigrazione è negli anni aumentata costantemente, per arrivare a 1.500 persone nel 2017. I ritorni sono invece stati tra i 26 e gli 81 all'anno. La metà dei cervelli emigrati è femminile.

Questo fatto ha pesanti conseguenze dal punto di vista demografico.

Lì dove giovani donne se ne vanno, la società è destinata a morire.

Se questa è la realtà, nel contempo le misure per favorire il ritorno in patria sono prevalentemente rivolte a uomini. E ciò succede in modo particolare per quanto riguarda le zone rurali. Se pensiamo ai motivi che portano le giovani generazioni a restare in paese oppure a cosa potrebbero indurle a tornare a vivere in paese si citano spesso i seguenti fattori:

- la qualità del posto di lavoro
- la vita associativa
- lo spazio abitativo
- il collegamento con i centri urbani.

Una ricerca dell'Eurac a cura di Philipp Corradini dell'Istituto per lo sviluppo regionale, presentata in occasione del convegno online organizzato dalla Piattaforma per il rurale il 26/1/2021 e in cui si analizzano i motivi che portano le altoatesine e gli altoatesini a vivere nelle aree rurali, a trasferirsi nelle aree rurali oppure a lasciare le aree rurali, conferma in modo evidente che i fattori succitati sono molto importanti quando si tratta di decidere se restare, andarsene o tornare, anche se molto di più per i giovani uomini e molto meno per le giovani donne.

Nell'interessante ricerca si parla solo brevemente delle differenze di genere. Bisogna comunque partire dal presupposto che le giovani donne danno la priorità ad altri fattori. La ricerca cita per esempio:

- il rapporto di coppia e la propria famiglia
- la qualità della vita
- la natura e l'offerta per il tempo libero
- la formazione e chi si prende cura dei figli.

Le differenze sono evidenti e trovano conferma nelle interviste effettuate durante il convegno con donne che hanno deciso di emigrare. In particolare l'orario di lavoro flessibile e la possibilità di affidare i figli a qualcuno, ma anche l'apertura e il multiculturalismo ("cultura dell'accoglienza e volontà di restare") sono stati citati come fattori importanti quando si tratta di decidere se restare all'estero oppure ritornare in patria.

Le differenze tra i desideri e le esigenze degli uomini e delle donne nel prendere decisioni di questo tipo hanno quindi una grandissima importanza strategica ai fini degli sforzi intrapresi per "riportare in patria" le giovani altoatesine e i giovani altoatesini.

Se vogliamo limitare l'emigrazione delle giovani donne dalle aree rurali verso i centri urbani, si tratta essenzialmente anche di mantenere o rendere attrattive le zone rurali.

Dove disponiamo di dati, il fenomeno è chiaramente quantificabile e ci sorprende per le sue dimensioni.

In Stiria in tre anni (dal 2017 al 2020) 1.800 giovani donne di 19-20 anni e con una buona formazione hanno lasciato le zone rurali per trasferirsi nel capoluogo Graz. Secondo il rapporto Adeg-Dorfleben del 2020 ogni anno fino a 3.000 giovani donne provenienti da tutto il territorio austriaco si trasferiscono nell'area metropolitana di Vienna.

Nel quadro del progetto SEMIGRA – Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio Structures in Rural Regions sono state studiate cinque regioni interessate dall'emigrazione selettiva di giovani donne (la Sassonia-Anhalt, la regione di Kainuu nella Finlandia orientale, la contea di Västernorrland nella Svezia centrale nonché le regioni Észak-Alföld e Észak-Magyarország nella parte nord-est dell'Ungheria). Lo studio partiva dal fatto che in Germania e in molti altri Stati europei tra i giovani adulti in alcune regioni la percentuale delle donne o degli uomini è decisamente superiore. Questi squilibri si registrano soprattutto tra le aree rurali e i centri urbani, e tra le aree economiche fiorenti e quelle in declino. Mentre le giovani donne sono molto attratte dalle grandi città, nelle aree rurali periferiche poco abitate si registra un numero superiore di giovani uomini. Nell'introduzione lo studio mette in guardia dal pericolo che nelle regioni periferiche dei nuovi Paesi si arrivi a una composizione diseguale della popolazione dal punto di vista socio-economico che avrebbe degli effetti negativi sullo sviluppo regionale. La migrazione di giovani donne rischia di acuire ulteriormente i problemi economici, demografici e sociali delle regioni strutturalmente deboli e di innescare una spirale negativa. Per questo motivo lo scopo principale del progetto di ricerca SEMIGRA era quello di verificare possibili strategie di genere per lo sviluppo regionale e di elaborare indicazioni operative di rilevanza politica. (Vedi "Abwanderung junger Frauen und unausgewogene Geschlechterproportionen in ländlichen Regionen Europas" dell'Istituto Leibniz per la geografia regionale (IfL) di Lipsia, in collaborazione con il ministero per lo sviluppo regionale e il traffico (MLV) della Sassonia-Anhalt).

Anche lo studio della Stiria offre spiegazioni e propone strategie per non perdere le "portatrici di speranza per il futuro" come le chiamano i direttori e le direttrici della Camera dell'agricoltura e del commercio.

Lì dove ci si è occupati di questo tema si è giunti alla conclusione che è necessario

- anzitutto effettuare una rilevazione del fenomeno,*
- poi stabilire assieme alle donne le condizioni quadro adeguate alle loro specificità esistenziali*
- e infine passare alla messa in atto e alla realizzazione di queste condizioni generali.*

Dai vari studi emerge che le giovani donne, pur apprezzando molto la qualità di vita esistente nelle aree rurali, spesso vi trovano condizioni generali difficilmente conciliabili con un progetto di vita ambizioso e aperto al mondo, e di conseguenza scelgono di andarsene.

Per questi motivi

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- 1. di commissionare uno studio che analizzi gli aspetti di genere di emigrazione, immigrazione e rientro con riferimento all'Alto Adige e nello specifico alle sue zone rurali;*
- 2. di avviare, come accompagnamento ed eventualmente misura conseguente, un processo, anche in collaborazione con varie rappresentanze delle donne, dei giovani e del mondo rurale, per individuare le necessarie e possibili condizioni quadro;*
- 3. di introdurre le indicazioni derivanti dai punti 1 e 2 negli obiettivi strategici della Giunta provinciale e di agire ai fini di una loro attuazione.*

Es ist ein **Änderungsantrag** von den Abgeordneten Ladurner, Foppa und Amhof eingebracht worden, er wie folgt lautet: "Der beschließende Teil erhält folgende Fassung: Daher beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung,

1. einen Prozess zu starten, auch in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vertretungen der Frauen, der Jugend und des ländlichen Raums, in dem nötige und mögliche Rahmenbedingungen identifiziert werden, um der Abwanderung im Hinblick auf Südtirol im Allgemeinen und auf den ländlichen Raum im Spezifischen entgegenzuwirken;
2. die Handlungsableitungen, die aus Punkt 1 hervorgehen, in die Erarbeitung der Strategieziele der Politik der Landesregierung einzubeziehen."

"La parte dispositiva è così sostituita: Pertanto il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incarica la Giunta provinciale

1. di avviare un processo, anche in collaborazione con varie rappresentanze delle donne, dei giovani e del mondo rurale, per individuare le necessarie e possibili condizioni quadro, al fine di contrastare l'emigrazione dall'Alto Adige in generale e più specificamente dalle sue zone rurali;
2. di recepire le azioni conseguenti al punto 1 nell'elaborazione degli obiettivi politici strategici della Giunta provinciale."

Abgeordnete Foppa, Sie haben das Wort für die Erläuterung des Antrages, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Es freut mich auch, wenn die Landeshauptmannstellvertreterin antwortet.

"*Die jungen Frauen als Schlüsselfaktor für die gesellschaftliche Entwicklung*", wir haben diesen Titel für den Beschlussantrag gewählt, den wir in dieser März-Woche vorgebracht haben, um das Augenmerk auf einen etwas unterbelichteten Teil der Gesellschaft zu legen, zumindest im Zusammenhang mit dem ländlichen Raum. Ich beziehe mich da auf die Diskussionen zur Abwanderung aus dem ländlichen Raum, insbesondere zum "Brain Drain", also zur Abwanderung der gut ausgebildeten jungen Menschen, der Fachkräfte der akademisch Gebildeten usw. Ich möchte mit einem Schlüsselergebnis beginnen, das ich zu diesem Thema gehabt habe. Ich war vor einigen Jahren bei einer Tagung zum ländlichen Raum in Tirol und es ging eigentlich um Raumordnung und Raumentwicklung. Dort wurde das Thema der Abwanderung von jungen Frauen aufgeworfen. Es hat sich mir eine ganz neue Perspektive aufgetan. Ich habe zwar immer den Genderblick - das wissen die Kollegen und Sven Knoll würde mich sicher zu den selbsternannten Feministinnen der Gegenwart zählen -, aber ich muss doch sagen, dass auch ich, wenn ich an Abwanderung aus dem ländlichen Raum gedacht habe, mich auf die Schiene begeben habe, die so üblich ist. Wenn wir daran denken, dass Leute bzw. junge Menschen aus den Dörfern weggehen, dann denken wir, dass die Arbeitsplätze fehlen. Deshalb sind die jungen Leute weg. Das Thema ist aber sehr, sehr viel komplexer und die Genderperspektive gibt hier noch einmal einen ganz anderen Blick auf dieses Thema. Ich glaube, es ist für Südtirol ein sehr, sehr wichtiges Thema. Vor einigen Jahren war sehr häufig das Thema der Bergbauernhöfe in Diskussion, was sicher damals noch mit den geschlossenen Höfen und der männlichen Erbfolge sozusagen zusammenhing, aber nicht nur. Wenn wir damals von den Bergbauernhöfen und von den jungen Männern, die auf diesen Bergbauernhöfen saßen und keine Bäuerin fanden, gesprochen haben – ihr erinnert euch sich noch an diese Diskussion, da sie noch gar nicht so lange her ist -, dann haben wir immer an die jungen Männer auf den Bergbauernhöfen gedacht. Wir haben viel weniger an die jungen Frauen gedacht, die weggegangen sind. Es ist eben zu wissen, dass junge Frauen - und das beweisen mittlerweile Studien, die den ländlichen Raum international beleuchten - die mobilsten Anteile der Gesellschaft sind. Und vielleicht lohnt es sich, uns auch in unserem eigenen Umfeld mal umzuschauen, dann werden wir sehen - ich sehe es in der eigenen Verwandtschaft und in meinem Freundinnenkreis -, dass die jungen Frauen als Erste im Ausland bzw. in einer Großstadt bleiben, die also weggehen. Das hat sicher auch damit zu tun, dass junge Frauen sehr innovativ, sehr dynamisch und sehr mobil sind. Das ist sowohl für die jungen Frauen als auch für die Gesellschaft gut, nicht jedoch für den ländlichen Raum. Zum einen muss ganz banal gesagt werden, dass ein Dorf ohne Frauen körperlich ausstirbt, da es ja keinen Nachwuchs mehr gibt, aber auch weil die Mentalität eingeschränkt bleibt, wenn die jungen Frauen gehen. Ich sage das, weil junge Frauen wirklich die Hoffnungs- und Zukunftsträgerinnen sind, auch was unsere kulturelle Entwicklung und unseren Weitblick angeht. Das sagen übrigens auch die Landwirtschaftsvertreter. Deswegen – glaube ich – bin ich hier in guter Gesellschaft mit dieser Aussage. Wenn wir die Zahlen zum "Brain Drain" anschauen, dann sehen wir, dass er in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Es waren 2017 schon 1.500 junge Menschen, die abge-

wandert sind, und die Rückkehrer und Rückkehrerinnen bewegen sich im Dutzend-Bereich, also ein ganz kleiner Anteil. Die Hälfte – das muss man auch wissen – der abgewanderten Köpfe sitzen auf einem weiblichen Körper. Wenn man jetzt diese Studien - es gibt kleine zaghafte Ansätze, dieses Thema in unserem Land zu beleuchten - anschaut, dann kann man nachfragen, warum die jungen Männer und die jungen Frauen gehen. Sie sagen nicht das gleiche. Das ist wichtig. Das ist wichtig zu wissen, um jetzt mit Maßnahmen gegensteuern zu können. Wenn wir jetzt die letzte Eurak-Studie anschauen, die übrigens bei der "Plattform Land" - da waren auch einige Kolleginnen und Kollegen anwesend - vorgestellt wurde, dann sehen wir, was die jungen Männer sagen, was sie im Dorf hält oder sie zur Rückkehr ins Dorf bewegen könnte. Die jungen Männer sprechen von den Arbeitsplätzen, vom Vereinsleben, von der Wohnmöglichkeit, von der Mobilität und von der Anbindung an die urbanen Räume. Wenn wir aber schauen, was die jungen Frauen sagen, dann ist die Situation eine andere. Das Argument, dass es attraktive Arbeitsplätze im ländlichen Raum braucht, ist wirklich eine Binsenweisheit. Das sagt jede Person, wir auch immer, denn wenn es heißt, was die jungen Leute im Dorf hält, sehen wir, dass das für die Frauen eben nicht ganz das Wichtigste ist. Da sind andere Faktoren, die Priorität haben, und zwar einmal die Familie, die Lebensqualität, die im ländlichen Raum sehr geschätzt wird, die Natur- und die Freizeitmöglichkeiten und vor allem aber die Ausbildungs- und Betreuungsmöglichkeiten der Kinder. Das heißt, junge Frauen denken voraus und überlegen sich, dass, wenn sie dort bleiben und ins Dorf zurückziehen, vielleicht nach einem Studium, es da mit der Vereinbarkeit eben gar nicht so gut aussieht. Ich weiß um alle Bemühungen, die gesetzt werden, aber es ist immer noch nicht vergleichbar mit dem Vereinbarkeitsangebot und dem Betreuungsangebot in größeren Städten.

Interessant bei der Tagung der "Plattform Land" waren aber auch die Interviews, die einzelne Abgewanderte und Rückgewanderte gegeben haben. Es ist übrigens interessant, dass die gleiche Wortwahl bei den Abgewanderten und Rückgewanderten getroffen wurde, nämlich dabei, was sie dazu sagen, was dieses in Südtirol sein oder nicht in Südtirol sein ausmacht. Und einige haben darauf hingewiesen, dass auch die Mentalität eine große Rolle spielte. Sie sagen, es braucht eine Weltoffenheit: "Wir wollen für unsere Kinder eine Multikulturalität, die wir in einer Großstadt finden, die wir in aber Südtirol vermisst haben." Ich glaube, da können wir auch einen Fortschritt weiterführen, den es braucht, wenn wir nicht nur von einer Willkommenskultur im Hinblick auf die jungen Menschen sprechen, sondern auch eine "Willbleibenskultur" etablieren. Dieser Begriff "Willbleibenskultur", der bei der Tagung der "Plattform Land" verwendet wurde, hat mich sehr fasziniert.

Wir sehen auch anderswo, wie es läuft. In der Steiermark sind in drei Jahren 1.800 gut ausgebildete Frauen aus dem ländlichen Raum abgewandert und nach Graz gezogen. Wien ist ein Anziehungspunkt für junge Frauen. Jährlich ziehen bis zu 3.000 junge Frauen vom ländlichen Raum nach Österreich – das muss man sich einmal vorstellen! Eine der Studien, die ich mir ein bisschen näher angeschaut habe, betrifft verschiedene Regionen in Europa, wo es eben ein großes Ungleichgewicht zwischen männlicher und weiblicher Bevölkerung gibt. Das ist in Skandinavien, in Ungarn, in Sachsen, aber auch in Österreich so. Dort wird bestätigt, dass die Großstädte eine ganz große Anziehungskraft für junge Frauen haben, dass es aber ganz wichtig ist, einen Ausgleich zwischen den Geschlechtern, gerade in der jungen Population, in der jungen Bevölkerung eines Raum zu haben, einfach auch um eine Bevölkerung stabil halten zu können und um den ländlichen Raum weiterhin zu bearbeiten und beleben zu können. Klammer auf Klammer zu! Ich bin ja für die politische Minderheit im Garantenkomitee des regionalen Fonds für Soziales und Familie, wo die Gelder aus den zurückgegebenen Leibrenten verwaltet werden. Im Trentino hat man einige ganz interessante Projekte gemacht, um aussterbende Dörfer wieder neu zu beleben. Wir wissen, dass das Problem im Trentino nochmal größer ist als hier. Da gibt es wirklich ganz große Incentives, um diese Dörfer zu beleben, die ansonsten ihre Schulen nicht mehr halten können, die ihre Geschäfte nicht mehr halten können usw. Das ist natürlich auch hier bei unseren Nachbarn ein großes Thema. Aus der Studie, von der ich gesprochen habe, geht hervor, dass man ganz klar genderspezifische und genderberücksichtigende Strategien braucht, um diese Dimension der Raumentwicklung gestalten zu können. So sagen auch gerade die Schützenfunktionäre der Landwirtschaft in der Steiermark, dass die jungen Frauen tatsächlich die Hoffnungsträgerinnen für die Zukunft sind, gerade auch was die Landwirtschaft angeht. Deshalb hoffe ich hier auch auf einen Schulterchluss mit den Vertretungen der Landwirtschaft, die hier im Landtag ja tatsächlich stark vertreten ist.

Dort, wo man sich des Themas angenommen hat, hat man mehrere Schritte unternommen. Einmal hat man sich bemüht, das Phänomen zu erfassen. Dazu gibt es in Südtirol Ansätze, die man auch ausbauen sollte, was übrigens auch bereits mehrmals in der genannten Tagung "Plattform Land" angeregt wurde, denn die Studien bisher waren sehr zaghafte und beschränkten sich auf ganz kleine Samples. Deshalb sollte man

hier das Phänomen noch einmal genauer anschauen. Wir werden dann auch den Informationsstand vielleicht ein bisschen zusammentragen. Dann versucht man zu identifizieren, was die Rahmenbedingungen sind, die junge Frauen brauchen, um im ländlichen Raum zu sein. Das geht hier von der Glasfaser bis zu den Betreuungsstätten, aber vielleicht kommen da auch sehr viel mehr Vorschläge und dann auch die politischen Entscheidungen, diese Erkenntnisse anzupassen.

Ich möchte eines noch dazusagen, dass es nicht nur eine demographische oder nicht nur eine abstrakte Überlegung ist, die mit Raumplanung, Bevölkerungspolitik oder womit auch immer zu tun hat, sondern es geht auch wirklich darum, die Lebensentwürfe für junge Frauen zu vervollständigen und ihnen alle Chancen zu bieten, die sie möchten. Das Interessante ist ja, dass viele junge Frauen den ländlichen Raum eigentlich mögen, aus dem sie stammen. Sie würden gerne darin verweilen und ihr Leben dort verbringen. Das ist nicht nur etwas, das wir steuern möchten, damit sozusagen die Bevölkerung stimmt, sondern es liegt im Wunschenken von jungen Frauen, im ländlichen Raum zu verbleiben, aber sie haben gleichzeitig auch Bedürfnisse, die nicht immer erfüllt werden. Deswegen ist die Attraktivität von einem urbanen Raum ungleich größer. Deshalb glaube ich, dass da auch Zukunftsträume verloren gehen, die wir indessen aufrechterhalten sollten.

Ich bedanke mich vorab und bringe jetzt nicht den ursprünglichen, sondern den gemeinsam mit den Kolleginnen der Südtiroler Volkspartei ausgearbeiteten beschließenden Teil vor. Es geht darum, dass der Teil der Analyse in diesem jetzt vorgelegten beschließen Teil etwas eingegrenzt wurde. Man geht davon aus, dass man sich auf das Bestehende stützen kann, was für mich in Ordnung ist. Man will hingegen direkt an die Umsetzung gehen und einen Prozess starten, auch in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vertretungen der Frauen, der Jugend und des ländlichen Raums, in dem nötige und mögliche Rahmenbedingungen identifiziert werden, um der Abwanderung im Hinblick auf Südtirol im Allgemeinen und auf den ländlichen Raum im Spezifischen entgegenzuwirken und – zweitens - die Handlungsableitungen, die aus Punkt 1 hervorgehen, in die Erarbeitung der Strategieziele der Politik der Landesregierung einbeziehen. Ich belasse es dabei, damit wir diesen Beschlussantrag heute noch zu Ende bringen können. Danke schön!

PRÄSIDENT: Ich weiß nicht, was mit der Redezeit passiert ist, ob Sie überzogen haben oder die falsch eingestellt war. Oder war es so interessant, dass die Zeit so schnell verging, irgendetwas war jedenfalls nicht rechtens.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(unterbricht)*

PRÄSIDENT: Es ist sehr interessant, wenn sich die Frau Foppa auch für die Bäuerinnen einsetzt, dass die Frauen im ländlichen Raum verweilen und bleiben. Dann können die Jungbauern wieder Familien gründen. Das ist sehr gut.

Landesrätin Hochgruber Kuenzer, Sie haben das Wort, bitte.

HOCHGRUBER KUENZER (Landesrätin für Raumordnung und Landschaftsschutz, Denkmalschutz - SVP): Werter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Hier reizt es mich schon, mich zu Wort zu melden. Als ehemalige Landesbäuerin habe ich 8 Jahre lang in ganz Südtirol jeden Winkel und jede kleine Fraktion draußen im ländlichen Raum kennengelernt. Junge Menschen, neue Wege war unser Projekt, das heißt, dass es nicht nur um die Bäuerin ging, sondern grundsätzlich darum, wie die Menschen draußen ihre Heimat erleben können, dort bleiben, Zukunft aufbauen. Die Rahmenbedingungen, die Sie, werte Kollegin Brigitte Foppa, genannt haben, sind natürlich die Mobilität – jene steht an erster Stelle -, attraktive Arbeitsplätze sowie die Möglichkeit der Kinderbetreuung. Kollegin Landesrätin Deeg hat in der letzten Legislatur die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass jede Gemeinde eine Kinderbetreuung anbieten muss, also verpflichtend oder zumindest eine Zusammenarbeit mit der Nachbargemeinde nachweisen kann. All das sind im Grunde Voraussetzungen, die die Frauen draußen brauchen, um ihren Lebensmittelpunkt zu schaffen.

Ja, Studien gibt es viele! Ich kenne ganz aktuell eine Studie vom Apennin, mit der wir damals gearbeitet haben, wo im Grunde ganz klar gesagt wurde, dass die Frauen entscheiden, ob der ländliche Raum lebendig bleibt oder nicht. Wenn sie wegziehen, dann wissen wir alle, wie sich der ländliche Raum entwickelt. Wir können eigentlich stolz darauf verweisen, dass Südtirol einen attraktiven ländlichen Raum hat. Diese Abwanderung ist zwar da, das sollten wir nicht schön reden, aber im Verhältnis zu umliegenden Regionen sowohl im Norden als auch im Süden stehen wir noch sehr gut da, weil wir die Rahmenbedingungen schon

sehr früh erkannt haben. Einer der ersten Schritte war die Mobilität. Für die neuen Möglichkeiten des Smart Working und Homeoffice ist natürlich eine schnelle Internetverbindung Voraussetzung. Das braucht heute aber schon jede Studentin, die auf der Uni ist und zuhause arbeitet. Schon bevor Corona gekommen ist, war es obligatorisch, vieles Online zu machen. Ich bin auch pragmatisch und denke, dass wir Verbesserungen anstreben sollten, und zwar mit bestehenden Organisationen, Vereinen und Verbänden, die draußen agieren. Hier beginnen wir wirklich ganz unten beim Familienverband oder bei den Jugendtreffs, die sagen, was die Menschen draußen brauchen, damit es ihnen gut geht. Ich finde auch, dass das sehr zielführend ist.

Wir brauchen im ländlichen Raum – und das möchte ich ganz klar sagen – nicht nur – obwohl ich die Bäuerin damit nicht abwerte – die Bäuerin, sondern auch die Rechtsanwältin, die Ärztin und die Krankenschwester. Eine gute Mischung macht den ländlichen Raum im Grunde attraktiv. Deshalb sollten wir ihn auch in Zukunft erhalten wie bisher. Die Maßnahmen ändern sich immer wieder und sind stets neu zu überdenken, ganz klar. Ich denke, dass wir mit diesem Beschlussantrag auch wieder einen Schritt in die richtige Richtung machen. Danke schön von meiner Seite!

RIEDER (Team K): Ich möchte jetzt nicht noch einmal wiederholen, worüber schon gesprochen wurde. Ich möchte aber auf zwei Aspekte eingehen und mit persönlichen Erfahrungen beginnen. Im Südtiroler Sanitätsbetrieb war ich in den letzten Jahren auch für die Kinderbetreuung im Gesundheitsbezirk Bruneck zuständig und auch in der Unterstützung von Mitarbeiterinnen, die aus dem Ausland – manchmal waren es auch solche - zurückgekommen sind, bei der Suche nach Wohnungen. Das waren eigentlich die zwei größten Themen. Wir haben öfters Ärzte, sogar auch Privatärzte gehabt, die ins Krankenhaus Bruneck gekommen sind, Verhandlungen geführt und gesagt haben: "Ich komme aber nur, wenn mein Kind einen Kinderbetreuungsplatz bekommt, wenn das alles klappt." Dann haben wir natürlich – zumindest in Bruneck – immer versucht das möglich zu machen. Es ist so – da war auch die Erfahrung, die ich da gemacht habe -, dass viele junge Frauen oft zurückgekommen sind, wenn sie Familie gegründet haben. Sie, waren im Ausland, haben dort studiert und ein paar Jahre gearbeitet, sind dann aber nach Südtirol zurückgekommen. Manche hatten schon Kinder und/oder waren verheiratet und möchten wieder in Südtirol leben, weil es in Südtirol eine hohe Lebensqualität gibt bzw. weil sie einfach gerne wieder zurück nach Hause gekommen sind. Sie haben sich dann gerne im Pustertal in Bruneck eine Wohnung gesucht, manche sind aber auch zurück in die Dörfer und in die Täler, wo ihre Eltern eine Wohnung oder einen Besitz hatten. Welches sind die Probleme? Die Probleme sind die Kinderbetreuung. Die Kleinkindbetreuung ist von den Zeiten her noch sehr breitgefächert. Aber ein Problem ist, dass die Zeiten in der Kindergartenbetreuung zurückgehen. Wir haben vielfach schon am Freitagnachmittag keine Betreuung mehr. Das ist für manche, die in Vollzeit arbeiten und sich vielleicht auch noch mit dem Auto oder mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zur Arbeitsstelle bewegen müssen, eine Schwierigkeit. Ich glaube, diese Angebote in der Kinderbetreuung, diese breiten Angebote oder auch das Andenken von Ganztageschulen sind Dinge, die sehr wichtig sind. Es bleibt mir nicht die Zeit, auf alles einzugehen, aber ich möchte noch auf etwas in diesem Antrag der Kolleginnen verweisen. Kollegin Foppa wollte in Ihrem ursprünglichen Beschlussantrag eher auf eine Studie hin. Ich habe mich an unseren Dreier-Landtag erinnert, wo wir diesen Antrag Nr. 19 hatten, in dem es um eine Studie betreffend das Rollenbild der Frau in der Euregio geht. Ich denke, vielleicht in diesem Zusammenhang wäre es hilfreich, da noch einmal nachzuhaken und nachzufragen, ob hier in der Zwischenzeit schon etwas passiert ist – dieser Antrag wurde ja genehmigt -, denn genau darauf wurde hingewiesen. Da steht eben drinnen, dass die Regionen Tirol, Südtirol und Trentino gemeinsam eine Studie zum Rollenbild der Frau in Auftrag geben, und zwar insbesondere sollen die Frauen im ländlichen Raum im Fokus stehen. Darauf möchte ich hinweisen, dann hätten wir vielleicht beides ermöglicht. Danke schön!

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Herr Präsident! Kollegin Rieder hat bereits auf den Antrag im Dreier- hingewiesen Landtag. Auch mir ist wieder eingefallen, dass wir in der vorigen Legislatur dahingehend eine Studie in Auftrag gegeben haben. Dort wurde besonders die Rolle der Frauen im ländlichen Raum miteinbezogen, weil es da ja große Unterschied gibt, auch in Bezug auf die Strecke zwischen dort, wo man wohnt, zur Arbeit, oder zwischen Arbeit und Kinderbetreuung, je nachdem, wo man arbeitet. Vielleicht hat man seine eigene Arbeitsstelle auch auf dem eigenen Hof, ist aber gezwungen, die Kinder zur Kinderbetreuung erstmals ins Dorf oder zur Schule runterzubringen. Oder wenn man neben der eigenen Arbeit auf dem Hof noch einer zusätzlichen Arbeit nachgeht, muss man möglicherweise ins Dorf, um überhaupt zur

Arbeit hinzukommen. Dadurch verliert man sehr viel Zeit und all diese Aspekte sollten natürlich auch miteinfließen.

Ich möchte hier aber auch einen weiteren Aspekt miteinbringen und bleibe bei meinem Steckenpferd der Anerkennung der Pflege- und Erziehungsjahre für die Rente, und zwar aus dem Grund, weil es für sehr viele Frauen, die auf dem Hof tätig sind oder nicht einen eigenen Hof haben, aber dennoch einen weiten Weg in ein Gebiet, wo mehr Arbeitsmöglichkeiten oder Betreuungsstätten angeboten werden, und für die Kinder hilfreicher wäre, wenn sie zuhause bei den Kindern bleiben könnten und diese Zeit für die Rente anerkannt wird. Wenn Wohnungen oder Bauernhöfe beispielsweise sehr entlegen sind und sich diese Familien dafür entscheiden, pflegebedürftige Familienangehörige selbst auf dem Hof oder in ihrer Wohnung zu betreuen, sofern es dort die Möglichkeit gibt, jemanden unterzubringen und medizinisch soweit wie möglich zu pflegen, und diese Personen dadurch eine größere Leistung, eine größere Hilfe an der Familie leisten, wäre es notwendig, dass all dies auch für die Rente anerkannt wird. Auch dieser Aspekt muss unbedingt dahingehend miteinbezogen werden, dies endlich zu realisieren. Wie man auch aus den Prämissen des Beschlussantrages der Kollegin Foppa heraushört, leiden die Partnerschaft und die eigene Familie bzw. deren Lebensqualität darunter, dass zu viel Zeit durch lange Strecken, die man zurücklegen muss, verloren geht, genauso die Ausbildung und die Betreuung der Kinder. Deshalb sollte man nicht nur die externe Betreuung von Kindern in Betracht ziehen, sondern auch dass man die Kinder selbst betreut. Diesen Aspekt bitte ich doch sehr, sehr miteinfließen zu lassen. Unsere Zustimmung zu diesem Beschlussantrag!

LADURNER (SVP): Herr Präsident! Südtirol ist ländlich geprägt und - ich denke - Südtirol kann generell sehr, sehr stolz auf das sein, was im ländlichen Raum alles angeboten wird. Denken wir daran, in wie vielen kleinen Gemeinden Südtirols es die Nahversorgung und eine gute Mobilitätsversorgung gibt, die ständig auch in Zusammenarbeit mit dem Landesrat Alfreider ausgebaut wird, die Kinderbetreuung, die ständig mit der Landesrätin Deeg ausgebaut wird. Also, es wird bereits sehr, sehr vieles gemacht. Aber – da kommt das große Aber – wenn wir uns die letzten Jahre anschauen, dann stellen wir leider Gottes diese Abwanderungstendenzen fest. Die "Plattform Land" beschäftigt sich ja sehr stark damit und auch mit dem Leerstandsmanagement. Es ist auch mir ein großes Anliegen seit Beginn der Legislatur gewesen zu schauen, wie wir hier aktiv entgegenwirken können. Ich möchte in diesem Zusammenhang und auch im Zusammenhang mit den attraktiven Arbeitsplätzen im ländlichen Raum auf die Coworking-Spaces verweisen. Wir hatten das Thema ja bereits zwei- oder dreimal zur Diskussion im Landtag. Ich denke, dass auch das wichtige Einrichtungen sein können und sind. Es gibt ja bereits welche, die den ländlichen Raum hier aktiv unterstützen, die Möglichkeiten schaffen, damit gerade auch junge Menschen, junge Frauen, aber auch gleichermaßen selbstverständlich junge Männer im ländlichen Raum bleiben können, wo sie attraktive Arbeitsplätze vorfinden, selbstverständlich immer in Kombination mit der Arbeit, vielleicht auch in der Stadt, wo immer der physische Arbeitsplatz ist. Diese Gemeinschaftsbüros, wie sie auch genannt werden, bieten die Möglichkeit, dass auch im ländlichen Raum gewohnt werden kann, dass man nicht ständig pendeln muss, dass es auch eine gewisse Flexibilität ermöglicht, die wiederum zu einer besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf führt und eben auch negative Aspekte, die das Homeoffice mit sich bringt, ausgeblendet werden können, indem dieser Vereinsamung, die teilweise auch stattfinden kann, entgegengewirkt wird. Deshalb bin ich der Überzeugung, dass das wirklich eine sehr innovative und auch attraktive Arbeitsform immer in Kombination zu anderen Arbeitsformen ist, die auch aktiv den ländlichen Raum unterstützen. Mir ist es nochmals wichtig zu sagen, dass wir selbstverständlich immer unterstützend zur Seite stehen werden, wenn es darum geht, junge Menschen zu unterstützen, den ländlichen Raum attraktiv zu gestalten und deshalb natürlich auch Unterstützung zu diesem Beschlussantrag, den wir gemeinsam noch einmal mit einem Änderungsantrag im beschließenden Teil etwas abgeändert haben. Ich wünsche mir, dass die bestehenden Einrichtungen weiterhin ausgebaut werden, dass mehr junge Menschen in Südtirol bleiben bzw. jene, die weg sind und wertvolle Erfahrungen auch im Ausland suchen, wieder gerne und noch lieber zurückkommen können. Vielen Dank!

AMHOF (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zuallererst möchte ich mich bei Kollegin Brigitte Foppa für die Bereitschaft bedanken, den Beschlussantrag mit diesen Änderungen, die wir als SVP-Frauen noch miteingebracht haben, mitzutragen. Vielen herzlichen Dank dafür! Uns war es nämlich wichtig, nach all den Studien, die es bereits gegen Abwanderung aus dem ländlichen Raum gibt - wobei ehrlicherweise dazugesagt werden muss, dass die geschlechterspezifische Thematik meistens nur am Ran-

de beleuchtet wurde -, Handlungsempfehlungen abzuleiten. Das ist uns wichtig. Wir möchten vom weiteren Analysieren hin zum Handeln kommen. Brigitte Foppa hat hier vorgeschlagen, das in einem Prozess zu machen. Das tragen wir voll und ganz mit, das ist uns auch wichtig. Es gibt nämlich viele Gründe und Brigitte Foppa hat gar einige davon aufgezeigt, warum Frauen aus dem ländlichen Raum abwandern. Ich denke, wir haben – und ich möchte da wirklich ein großes Kompliment an unsere Landesrätin richten – in den letzten sieben, acht Jahren doch sehr viel getan, was die Kleinkindbetreuung insgesamt in Südtirol, aber speziell im ländlichen Raum anbelangt, getan. Das war ein Kraftakt, der gelungen ist und das ist ein ganz wichtiger Aspekt, um Familien den ländlichen Raum als attraktiven Wohnort zu erschließen. Natürlich nicht nur, das stimmt durchaus, aber es ist ein sehr wichtiger. Dazu habe ich gestern ganz ein interessantes Video einer jungen Frau gesehen, die früher bei der UNO gearbeitet und dann ein Kind bekommen. Eigentlich war sie der Auffassung, drei Monate zuhause zu bleiben und dann wieder zu 100 Prozent in den Job zurückzukehren. Als das Kind aber dann da war, hat sie sich sehr schwergetan, sich von diesem Kind zu trennen und wieder zu 100 Prozent in ihren Job zurückzugehen. Schließlich hat es dazu geführt, dass diese Frau gekündigt hat, mit ihrer Familie aber aufs Land gezogen ist und sich dort eingerichtet hat. Sie hat ein Crowdfunding-Projekt gestartet und eine größere Wohnung gemietet, welche sie zu einem Büro mit Kleinkindbetreuung umfunktioniert hat. Sie hat dort eine Küche eingerichtet und arbeitet dort jetzt mit mehreren Frauen, alle in verschiedenen Bereichen, aber gemeinsam mit einer Kleinkindbetreuerin. Also hat sie Familie und Beruf unter einen Hut gebracht. Da entstehen sehr viele tolle Projekte, will ich damit sagen, die das Arbeiten am Land oder im nicht urbanen Raum ermöglichen und attraktiv machen. Es braucht aber auch eine digitale Infrastruktur und da hinken wir leider Gottes etwas nach. Wir haben das auch jetzt bemerkt, wenn es vom Präsenzunterricht ins Homeschooling ging, dass wir nicht überall eine ausreichende Infrastruktur in diesem Sinne haben. Das brauchen wir aber, um nicht nur diesen Frauen, sondern insgesamt attraktive Arbeitsplätze am Land zu erhalten. Die Mobilität wurde bereits angesprochen. In diesem Sinne unterstützen wir diesen Antrag sehr, sehr gerne. Ich bedanke mich auch noch einmal bei Kollegin Jasmin Ladurner, die hier ganz stark mitgearbeitet hat. Wir hoffen auf eine große Zustimmung zu diesem gemeinsamen Beschlussantrag! Vielen herzlich Dank!

PRÄSIDENT: Für die SVP-Männer spricht jetzt der Kollege Locher, bitte.

LOCHER (SVP): Danke, Herr Präsident! Das möchte ich jetzt nicht behaupten, da der Kollege Lanz sich schon gemeldet hat, dass er als Letzter reden wird. Somit werde ich innerhalb unserer Partei sehr behutsam umgehen, aber zumindest möchte ich mich hier auch zu Wort melden. Ich sehe das ganz positiv, Kollegin Foppa, dass man sich sehr dieser Thematik und vor allem nicht nur junger Frauen, sondern auch junger Männer annimmt. Das ist manchmal nicht so einfach, wenn wir vom ländlichen Raum reden. Natürlich ist es ein Unterschied, ob ich jetzt in Riffian neben der Ortschaft, in Prettau, in Hinterpasseier, in Tall oder in Gegenden wohne, wo jetzt noch eisige Straßen sind und die Frauen manchmal auch fünf Monate über ziemlich schlechte Straßen sehr viel mit Schneeketten befahren müssen. Es ist manchmal auch nicht so einfach und ich glaube, dass wir – ich sage es jetzt ganz einfach – das Problem nur mit dem Breitbandanschluss und mit dem Kindergarten im Dorf oder den Kitas nicht lösen werden, überhaupt nicht zu denken. Also, da geht es schon um viel mehr. Ich möchte vorausschicken, dass eine Studie des ESF in verschiedenen Tälern über die Attraktivität der Arbeitsplätze vor Ort ergeben hat, dass junge Menschen, die zwischen 18 und 25 sind, junge Mädchen zu 80 Prozent das Bedürfnis haben, einen Arbeitsplatz außerhalb des Tales bzw. außerhalb des Gebietes anzustreben. Bei den Burschen war es weniger, dort waren es an die 60 Prozent. Welches Phänomen sehen wir heute meistens, wenn Burschen oder Mädchen auf die Uni in den Städten gehen? Die Folge ist, dass sie in diesem urbanen Bereich einen attraktiven Arbeitsplatz anstreben und nicht mehr zurückkommen. Dieses Phänomen wird uns in Südtirol in den nächsten Jahren sehr stark verfolgen. Ich bin der Meinung, dass in den Gemeinden draußen sehr vieles unternommen wurde. Wir wissen ja, dass, wenn wir eine Handwerkerzone ausweisen, es dann eher in Richtung männerorientierte Arbeitsplatzmöglichkeit geht. Wenn ich zum Beispiel im touristischen Bereich eine Zone ausweise, das heißt als Rezeptionistin, Masseurin oder andere, dies dann eher den Frauen die Möglichkeit gibt, vor Ort einen Arbeitsplatz zu finden. Es geht nicht immer nur darum, Familie, Küche und Arbeitsplatz in der Nähe zu haben, das ist nicht immer das Beste. Es ist gut und eine super Sache, aber es ist nicht immer das Beste, alles vor Ort zu haben. Ich sehe einige Beispiele auf den Höfen, die sehr gut gehen, wovon die Frauen auch begeistert sind, ganz gleich, ob es um die Nachmittags- oder Sommerbetreuung der Kinder oder verschiedene Pilotprojekte geht.

Wo ich auch eine sehr, sehr gute Zukunft sehe und unsere Frauen sehr, sehr gut machen, ist der Bereich der Lebensmittel, wenn Marmeladen oder verschiedene andere Sachen auf den Höfen hergestellt werden. Es sind Initiativen, die uns wirklich sehr, sehr viel bringen. Ich möchte sagen, dass dieser Antrag zu unterstützen ist. Mich als Idealist freut es ganz besonders, wenn wir etwas für den ländlichen Raum unternehmen. Es ist ein Plus für Südtirol. Es geht nicht immer nur ums Geld, es geht auch um die Betreuung der älteren Menschen, die auf den Höfen einen sehr, sehr netten attraktiven Lebensraum haben. Mit dem möchte ich auch abschließen. Man könnte sehr vieles sagen. Frau Kollegin Foppa, wenn wir in diese Richtung arbeiten, ist das sicherlich sehr positiv für unser Land.

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie! Intanto vedo che con questa delibera si parla molto del mondo rurale ed è molto giusto e molto importante, mi piacerebbe che in futuro si parlasse anche delle zone urbane e questo io l'ho sempre nel cuore, perché è vero che la nostra provincia è formata da tanti piccoli paesi, da tante piccole zone rurali che devono mantenere il loro indirizzo e perciò la loro vita e mi sembra che in Alto Adige sia stato fatto un eccellente lavoro in questa direzione, ma nello stesso tempo le zone urbane stanno soffrendo e parlo soprattutto del capoluogo, di Bolzano.

Ciò detto, vorrei fare una mia dichiarazione di voto e dire che come Partito Democratico noi abbiamo sempre detto che abbiamo posto l'accento sulla necessità di passare da una politica dei sussidi a una politica dei servizi, perciò se le donne prese in considerazione da questo studio SEMIGRA non evidenziano nelle zone rurali le condizioni quadro necessarie a un progetto di vita cosmopolita è perché manca tante volte la possibilità di scegliere tra servizi e sussidi e perciò quindi le donne non hanno la reale possibilità di scegliere e di avere un progetto di vita che vada al di là della famiglia, perché i sussidi in assenza di servizi – penso a nidi d'infanzia o strutture per anziani – le portano a farsi carico culturalmente della cura e del *welfare*.

Per questo motivo ritengo che ci siano dei problemi che lo studio appunto ha evidenziato e su cui ritengo perciò opportuno intervenire in questa direzione. Naturalmente voterò la mozione della collega Foppa.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Dieses Thema haben wir schon mehrmals im Hohen Haus behandelt und wir beobachten und wissen mittlerweile aufgrund von Studien, dass es in der Tat so ist, dass junge Menschen aus Südtirol gerne im Ausland bleiben. Wenn Kollegin Foppa von der Hälfte spricht - also die Hälfte dieser jungen Menschen sind Frauen -, dann zweifle ich sogar ein bisschen an dieser Zahl. Meiner Einschätzung nach sind mehr als die Hälfte der jungen Menschen, die im Ausland bleiben, Frauen. Dieser Sache müsste man vielleicht noch ein bisschen nachgehen. Aber ich denke, es gibt mittlerweile - und das ist schon gut - einen Konsens, dass wir dieses Phänomen nicht nur innerhalb des Landes, wo es natürlich auch einen Trend gibt, von den ganz peripheren Tälern hin zu den Städten, sondern ein noch größeres Problem haben, dass junge Menschen ins Ausland gehen und nicht mehr zurückkommen. Hierzu gibt es Studien, wie wir gehört haben, und darüber besteht Gott sei Dank Konsens. Es gibt aber auch – wir haben das heute gehört – eine ganze Palette von Maßnahmen, die gesetzt werden. Kollegin Maria Hochgruber Kuenzer hat es genannt, Sie hat als Landesbäuerin Initiativen gesetzt, und wir haben vom Kollegen Locher gehört, wie die Gemeinden darauf reagieren, indem sie versuchen, verschiedene wirtschaftliche Bereiche zu unterstützen und weiterzubringen. Aber es wird uns alles nichts helfen, wenn wir nicht imstande sind, ein Monitoring-System zu installieren. Wir brauchen ein Monitoring-System, um zu erkennen, ob unsere Maßnahmen, die hier sozusagen wie Petersilie darübergestreut werden, ohne oftmals untereinander verlinkt zu sein, auch wirksam sind. Wir brauchen einen Nachweis der Wirksamkeit. Wenn es so ist, dass das Coworking beispielsweise eine wirklich wirksame Maßnahme sein kann, dann werden wir vermehrt auf dieses Thema setzen. Wenn wir herausfinden, dass die Tourismuszonen das Thema sind oder die Attraktivität der Arbeitsplätze für Frauen anheben, dann werden wir dort mehr investieren müssen. Ich möchte einfach nur sagen, wir müssen ein bisschen mehr wissen, wir müssen es monitorieren. Das ist nicht einfach, das ist mir schon klar. Das ist nicht etwas, was man einfach so machen kann, sondern wahrscheinlich wird man hier doch eine gesamtheitliche wissenschaftliche Begleitung dieser Thematik anstreben müssen, um nicht in ein paar Jahren wieder hier zu sitzen und das gleiche Thema zu besprechen, indem wir wieder sagen, wie viel wir getan haben, aber unterm Strich sind die jungen Leute ausgewandert. Das gilt es zu verhindern. Verhindern können wir es nicht, aber wir müssen versuchen, mit all unserem Wissen, mit all unserer Kompetenz dagegen zu steuern. Danke, Herr Präsident!

TAUBER (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, wir sollten auch ein bisschen zurückblicken. Südtirol – glaube ich – hat sich in diesen vielen, vielen Jahrzehnten sehr gut entwickelt. Die Strategie insgesamt war meiner Meinung nach eigentlich sehr positiv. Denken wir beispielsweise an die Vergleiche Südtirol und Trentino, was jetzt das Handwerk betrifft. Im Trentino hat man alles in die Talschaften verlegt und bei uns hat man doch entschieden, in den Dörfern verschiedene Handwerkerzonen aufzustellen und dadurch die Attraktivität des Ortes aufgewertet. Natürlich ist auch rundherum sehr viel entstanden. Als zweites Beispiel denke ich an mein Heimathaus in den 70er Jahren, da waren die Berufsausbildungen, die Schulen noch nicht so stark vorhanden. Die Kurse wurden in die Dörfer verlegt. Wir hatten über 15 Jahre junge Damen aus dem ganzen Land, so an die 50/60 Leute, die in das Dorf gekommen sind, sich als Köchinnen und Köche, als Servicemitarbeiter ausgebildet haben und viele sind auch im eigenen Ort geblieben. Natürlich ist die Attraktivität des Ortes sehr, sehr wichtig. Nehmen wir das Breitband, wo wir natürlich noch nicht zufrieden sind, wo wir aber im Verhältnis zu vielen anderen Zonen eigentlich trotzdem gut unterwegs sind. Im ländlichen Raum sind wir um einiges besser aufgestellt und wir hoffen jetzt mit Recovery, dass wir das ganze Land gut aufstellen. Das Beispiel unserer Kollegin Jasmin Ladurner mit den Coworking-Spaces ist ein weiterer Aspekt, der sicher in der heutigen Zeit absolut an Attraktivität gewinnen wird, in Allianz mit den Kitas, mit den vielen Services, die die Gemeinden anbieten, denke ich, sind das viele Dinge, die uns aufzeigen, dass wir als Land Südtirol auf dem richtigen Weg sind, dass wir weiterhin Gas geben müssen und dass wir natürlich solche Voraussetzungen schaffen sollen. All diese Erfahrungen, alle Studien sollen wir jetzt hernehmen, um auch diese Diskussion noch zu vertiefen, um speziell die unterschiedlichsten Situationen anzuschauen: Was brauchen unsere Frauen, was braucht unser Territorium, um das entsprechend aufzustellen? In diesem Sinne unterstütze ich auch diesen Antrag. Danke von meiner Seite!

LANZ (SVP): Herr Präsident! Ich denke, wenn wir vom ländlichen Raum sprechen, dann haben wir derzeit eine Situation, die diesen Trend umkehren könnte, denn gerade jetzt in der Zeit der Pandemie sind plötzlich wieder Begriffe wie Regionalität, lokale Kreisläufe wie zurück zur Natur Schlagworte und genau das kann man ja im ländlichen Raum finden. Deswegen könnten wir eigentlich von diesem Trend profitieren und den ländlichen Raum vermehrt stärken. Wenn wir dann genauer hinsehen und vor allem die Jugendlichen beobachten, dann denke ich schon, dass es eine Notwendigkeit ist, die geschlechterspezifischen Bedürfnisse differenziert zu betrachten. Auf der anderen Seite verfallen wir aber sehr oft in ein Rollenbild. Wenn wir von Kinderbetreuung reden, sagen wir immer, dass es ein Frauenthema ist, obwohl wir eigentlich möchten, dass es ein Familienthema ist, das heißt, dass es die Männer genauso betrifft. Ich glaube, hier sollten wir auch in der Kommunikation vorsichtig sein, dass es nicht nur eine Gruppe betrifft. Und das war auch mein Bauchweh bei diesem Beschlussantrag, dass wir sagen, wir schauen jetzt nur hin, was Frau und was Mann hat, und besetzen es dann wieder mit alten Rollen, die wir ja wegkriegen möchten. Ich denke, Südtirol – so wie es sich heute darstellt und mit den vielen Gemeinden und den vielen Fraktionen dasteht - hat hier Potential. Ich glaube, wir brauchen hier auch ein neues Maß an Ehrlichkeit. Wir müssen den jungen Leuten sagen, dass sie vor Ort in den verschiedenen Gemeinden sehr viele Perspektiven haben, aber nicht alles haben können. Wenn wir das mit großen Zentren und großen Städten vergleichen, wo dann auch unterschiedliche Arbeitsmöglichkeiten und unterschiedliche Ausbildungsmöglichkeiten gegeben sind, dann ist klar, dass wir, wenn wir es nur auf dieser Ebene betrachten, verlieren werden. Wir haben doch sehr viele positive Seiten in den einzelnen Gemeinden, in den Bezirken, in den Talschaften, aber auch in den Städten. Ich glaube, in Südtirol können wir auch davon reden, dass wir das ganze Land sehr gut darstellen können. Wir haben jetzt nicht diese Großstädte, wo wir dann weiß Gott welche anderen Probleme oder Themen hätten, sondern ich glaube, dass es hier überschaubar ist. Insofern ist es wichtig – und auch ich durfte in meiner Zeit im Verband der Handwerker sehr viele Initiativen in diese Richtung mittragen, vor allem was den ländlichen Raum, die Arbeitsplätze und die Ausbildungsmöglichkeiten betrifft – und ein wesentlicher Faktor, Ausbildungsmöglichkeiten und Perspektiven zu geben. Es geht nicht darum, die richtige Ausbildung im richtigen Moment, sondern eine gute Ausbildung zu machen und dann mit dieser Ausbildung auch flexibel zu sein. Wir wissen, dass auch heute der Wechsel des Arbeitsplatzes nicht mehr etwas Außergewöhnliches ist, sondern eigentlich zu einer beruflichen Qualifikation und Entwicklung dazugehört. Das sind alles Faktoren, die wir neu lernen müssen. Deswegen unterstützen wir natürlich diesen Antrag, der in diese Richtung geht. Ich hoffe, dass er dann auch so interpretiert wird, dass wir natürlich die jungen Menschen als Schlüsselfaktoren in der gesellschaftlichen Entwicklung sehen, mit der notwendigen Sensibilität auf die geschlechterspezifischen Bedürfnisse einzugehen.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Herr Präsident! In den verschiedenen Wortmeldungen, die jetzt zu diesem neuen bzw. abgeänderten Antrag gekommen sind, ist mir eines aufgefallen, dass man zwar immer noch über die geschlechterspezifische Rolle spricht, wobei der abgeänderte Antrag eigentlich nicht mehr zu den Prämissen des ursprünglichen Antrages passt, der ganz konkret die Studie gefordert, Beispiele aufgezeigt und vor allem das Problem bzw. jene Seite betrachtet hat, die die Frauen betrifft. Jetzt im abschließenden Teil ist es die allgemeine Abwanderung bzw. die allgemeine Stärkung und hat demzufolge nichts mehr damit zu tun. Ich gehe davon aus, dass das das Aktuelle ist, wo nur mehr die zwei Punkte enthalten sind, wenn es darum geht, auch in Zusammenarbeit mit unterschiedlichen Vertretungen der Frauen, der Jugend und des ländlichen Raums, in dem nötige und mögliche Rahmenbedingungen identifiziert werden, um der Abwanderung im Hinblick auf Südtirol im Allgemeinen und auf den ländlichen Raum im Spezifischen entgegenzuwirken. Das hat konkret nichts mehr mit den Studien und mit der spezifischen Rolle zu tun, die im ursprünglichen Antrag drinnen sind. Ich glaube, das ist ja ein typischer Faktor, der eigentlich für Südtirol auch einen autonomiepolitisch starken Hintergrund hat, denn es hat auch Magnago immer gesagt, dass eine Kultur in dem wurzelt, was wir Heimat nennen. Deswegen hat Südtirol ja immer versucht, gerade den ländlichen Raum zu stärken, um auch Kultur und zum Schluss auch Minderheitenschutz zu stärken, denn den Vätern der Autonomie war es immer bewusst, dass es vor allem darum geht, den ländlichen Raum zu stärken, um auch die Minderheit stark zu halten.

Mich freut es, dass die Kollegin Foppa - und deswegen auch pure Zustimmung - hier die "Plattform Land" so gelobt hat. Ich glaube, es tut gut, dass man einfach die Webinare der Plattform Land besucht und hier die Attraktivität des ländlichen Raumes schätzt und dann im Landtag vorbringt. Es ist dann auch die "Plattform Land", die sich stark für die Regulierung des Großraubwildes einsetzt. Ich glaube, da fällt auch immer wieder Positives ab, was neue Geister erschließt und neue Unterstützer findet wie in diesem Fall. Deswegen natürlich die volle Zustimmung einerseits für die Attraktivität des ländlichen Raumes, damit dieser gestärkt wird und andererseits umso mehr natürlich aus autonomiepolitischen Gründen. Danke, Kollegin Foppa!

PRÄSIDENT: Somit sind die Wortmeldungen zum abgeänderten Beschlussantrag Nr. 398/21 abgeschlossen. Nachdem die Zeit der Opposition abgelaufen ist, werden wir nächstes Mal mit der Stellungnahme der Landesregierung und der Replik der Einbringerin zu diesem Thema sowie der Abstimmung fortfahren. Am Nachmittag, gleich nach Wiederaufnahme der Sitzung, wird das Fraktionssprecherkollegium auf Antrag des Abgeordneten Lanz einberufen. Wie lange soll die Landtagssitzung unterbrochen werden? Eine halbe Stunde, das heißt, dass die Sitzung um 14.30 Uhr beginnt und dann gleich bis 15.00 Uhr unterbrochen wird, nur zur Orientierung für die Abgeordneten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 13.01 UHR

ORE 14.35 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wie bereits angekündigt, berufe ich das Fraktionssprecherkollegium ein und unterbreche die Sitzung.

ORE 14.36 UHR

ORE 15.30 UHR

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Die Sitzung der Fraktionsvorsitzenden hat nun doch etwas länger gedauert. Es wurde vereinbart, dass die drei zusätzlichen Tagesordnungspunkte, die beantragt wurden, vonseiten der Landesregierung mit auf die Tagesordnung gesetzt bzw. mit im Gesetzentwurf aufgenommen werden.

Bevor wir zur Zeit der Mehrheit kommen, Abgeordnete Foppa, haben Sie das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident! Ich möchte zum Fortgang der Arbeiten sprechen, und zwar waren wir heute Vormittag ja mit den Wortmeldungen zu unserem Beschlussantrag durch und ich wollte nur daran erinnern, dass es früher einmal Praxis war, dass man Beschlussanträge, die auf den letzten Zentimetern sind, abschließt. Ich habe gelernt, nie beleidigt zu sein. Ich bin es auch diesmal nicht, aber ich möchte doch, dass wir ein bisschen Menschlichkeit walten lassen, auch hier in diesem Landtag. Ich habe das dem Fraktionssprecherkollegium vorgebracht. Ein Kollege war nicht einverstanden, diese Abstimmung jetzt noch zu machen, was ich annehme, aber ich möchte es doch auch gesagt haben. Ich kenne dich auch als sehr pragmatischen Chef dieser Aula. Wenn ein paar Minuten zum Abschluss eines Beschlussantrages fehlen, könnten wir uns doch noch die Zeit nehmen, darüber abzustimmen. Durch die neue Praxis der Covid-Debatte haben sich die Zeiten so verkürzt, dass wir nicht mehr alle Beschlussanträge der Minderheit durchkriegen. Auch deshalb wäre es nicht schlecht, ein bisschen "manica larga" beim Übergang von der Minderheiten- zur Mehrheitszeit walten zu lassen. Das war mein Appell zur Großzügigkeit und dann wird schon irgendwann im Laufe des Lebens dieser Beschlussantrag noch abgestimmt werden.

PRÄSIDENT: Er wird sicherlich abgestimmt werden, aber natürlich gibt es jetzt kein Zurück mehr, weil wir es im Fraktionssprecherkollegium zur Abstimmung gebracht haben. Ein Kollege hat gesagt, dass er nicht dafür ist, so vorzugehen. Unsere Geschäftsordnung sieht es so vor. Ich möchte auch dazusagen, dass der Minderheit bereits einige Minuten gutgeschrieben wurden. Ich glaube – wenn ich mich recht erinnere –, dass die Zeit der Minderheit um 12.53 Uhr zu Ende gewesen wäre. Dann haben wir bereits bis 13.00 Uhr verlängert. Wir müssen uns an die Geschäftsordnung halten.

Abgeordneter Urzi, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Due questioni.

La prima, quella sollevata dalla collega Foppa, io credo che fosse anche una richiesta di mettere magari anche in Consiglio provinciale al voto la richiesta, perché laddove magari il collega si fosse ricreduto sulla sua posizione e ci fosse l'unanimità del Consiglio provinciale, si potrebbe senz'altro procedere e io annuncio il mio voto disponibile e favorevole in questo senso, solo per procedere al voto senza discussione. Quindi Le chiedo se è possibile fare consegnare al Consiglio questa decisione.

Secondo punto, presidente, noi abbiamo avuto una riunione dei capigruppo in questo momento, come è consuetudine fare bisogna dare riscontro al Consiglio sull'esito della riunione dei capigruppo, è stato detto che è stata approvata la procedura per l'inserimento di tre emendamenti della Giunta, diciamo, che sono arrivati tardi, oltre i tempi massimi, come spesso accade, e la minoranza ha nonostante questo ancora una volta con molto *fair play* permesso alla Giunta di portare i suoi emendamenti in aula, ricordiamolo tutto ciò a quelli che attendono poi le misure approvate dal Consiglio.

Ma c'è un altro aspetto, presidente, su cui La invito a porre immediatamente una questione e la questione è quella per cui abbiamo in previsione la discussione su un assestamento che prevede l'inserimento di ammessa iscrizione a bilancio di 500 milioni di euro, io sono fra coloro, presidente, che ritiene che questi 500 milioni di euro siano fantasma, cioè non esistano, va bene? Non esistano e sia quindi un'operazione di pura facciata e ovviamente fumo negli occhi. Ho provato a porre l'argomento in collegio dei capigruppo e mi è stato risposto che non era e non poteva essere oggetto della discussione in collegio dei capigruppo. A me sembra, presidente, assolutamente inaccettabile un metodo di questo tipo, abbiamo avuto l'emendamento quest'oggi, oggi l'emendamento ci è arrivato e prevede lo spostamento di 500 milioni di euro, oggi, e oggi si dovrebbe votare e a domanda su dove siano effettivamente rintracciabili questi 500 milioni di euro non ci è stata fornita risposta.

Io, presidente, come consigliere provinciale esigo assolutamente che si ponga questa questione pregiudizialmente l'avvio del dibattito in aula, quindi con una chiara possibilità di confronto con la maggioranza sulle questioni di merito e sull'effettiva disponibilità di queste risorse da ascrivere al bilancio, altrimenti andremo in discussione alla cieca e io, presidente, credo che tutta questa operazione sia una macroscopica presa in giro – si dice anche per i fondelli, che non è una parolaccia, si può andare a controllare – dell'opinione pubblica e dei cittadini che stanno attendendo interventi gravi e importanti da parte della maggioranza.

Chiedo quindi, presidente, una riunione dei capigruppo esclusivamente dedicata a questo, dopo la quale sia possibile riferire in aula dell'esito di questa riunione, ma siccome ritengo che non esistano, siano fantasma questi 500 milioni di euro, io presidente, pretendo chiarezza, perché la pretende la nostra comunità. Mi sento preso in giro. Grazie!

PRÄSIDENT: Ich gehe davon aus, dass wir diese Diskussion heute nicht mehr schaffen werden, da zuerst noch eine Reihe von Beschlüssen behandelt werden. Somit wird es morgen in der Früh oder morgen Vormittag soweit sein. Der Landeshauptmann wird uns sicherlich darüber informieren, woher die 500 Millionen Euro kommen, bevor diskutiert wird oder während der Diskussion usw. Dann können wir eine diesbezügliche Unterbrechung machen. Ich schlage vor, dass wir zuerst zu den Beschlüssen kommen und dann, bevor es soweit ist, werde ich der Unterbrechung stattgeben. Dann können die Fraktionssprecher mit dem Landeshauptmann darüber beraten oder auch hier in der Aula dazu sprechen. Sind Sie damit einverstanden, Kollege Urzi? Jawohl.

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): *(unterbricht)*

PRÄSIDENT: Die Aula kann natürlich abstimmen, sofern das unsere Geschäftsordnung vorsieht. Die Geschäftsordnung sieht vor, dass das die Fraktionssprecher machen, und somit ist das in erster Linie Zuständigkeit der Fraktionssprecher. Die Geschäftsordnung schließt es aus. Wir haben das immer so gehandhabt, dass in der Geschäftsordnung drinnen ist, wenn Einstimmigkeit ist, kann man natürlich alles machen. Das ist – glaube ich - der Artikel 21. Wir gehen hier nicht mit der Zeit, die eigentlich von vorne herein klar geregelt ist, her und sagen, dass wir jetzt verlängern werden. Eine Überarbeitung der Geschäftsordnung ist ja im Gange. Wenn man diesen Passus in der Geschäftsordnung so drinnen haben will, habe ich natürlich nichts dagegen, dann besteht auch die Möglichkeit, dass die Mehrheit darüber befindet, ob das mitaufgenommen wird oder nicht.

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sull'ordine dei lavori, presidente. Mi scusi, non vorrei far polemica, però purtroppo a me non risulta quello che Lei ha detto, cioè a me risulta che il collegio dei capigruppo all'unanimità può modificare l'andamento dei lavori d'aula come vuole e a me risulta che, se non c'è l'unanimità, si pronuncia il Consiglio. Questo mi risulta e non c'è problema maggioranza, minoranza, eccetera, un punto all'ordine del giorno può essere anticipato o prolungato, il Consiglio è sovrano, presidente, questo lo avete detto Voi della maggioranza sempre quando abbiamo dovuto inserire delle cose della maggioranza, è sempre stato fatto così. Per carità, mi rimetto a Lei, perché Lei ha l'ultima parola, non ho problemi.

PRÄSIDENT: Das hätte ich gerne öfter, aber es ist nicht so. Sie waren selbst Präsident des Südtiroler Landtages und wissen genau, was die Geschäftsordnung sagt. Die Geschäftsordnung besagt, dass in erster Linie einmal die Aufteilung der Minderheitenzeit und der Mehrheitszeit vorgegeben ist. Es geht hier nicht um die Aufnahme eines zusätzlichen Punktes oder eines zusätzlichen Artikels. Es heißt entweder Einstimmigkeit bei den Fraktionssprechern oder – sofern es der Präsident für wichtig erachtet – der Präsident kann das hier nochmal zur Abstimmung bringen. Da geht es aber um die Abstimmung zur Tagesordnung. Hier geht es um die Aufteilung der Zeiten, die eigentlich klar sind. Wir können sicherlich in unserer Geschäftsordnungskommission darüber sprechen, ob wir diesen Passus reingeben wollen, dass – wenn es um wenige Minuten oder eine bestimmte Zeit geht – auch die Zeit der Minderheit verlängert werden kann. Somit wäre ich Ordnung. Sie sagen immer, dass die Geschäftsordnung eingehalten werden muss. Ich halte sie ein und deshalb ist es so, und zwar nicht, weil ich es sage, sondern weil es die Geschäftsordnung so sagt.

Punkt 154 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 383/21 vom 3.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Renzler und Amhof, betreffend Sozialhilfeleistungen: Kindersparbücher nicht berücksichtigen."**

Punto 154) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 383/21 del 3/2/2021, presentata dai consiglieri Renzler e Amhof, riguardante: I libretti di risparmio per bambini non devono contare ai fini dell'accesso alle prestazioni nell'ambito dell'assistenza economica sociale."**

Sozialhilfeleistungen: Kindersparbücher nicht berücksichtigen

Südtirolerinnen und Südtiroler, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, können beim zuständigen Sozialsprengel um eine Unterstützung ansuchen. Es gibt eine gute Auswahl an finanziellen Sozialhilfeleistungen. Bevor ein Antragsteller bzw. eine Familie eine Unterstützung erhalten, muss die finanzielle Situation offengelegt werden.

Es ist wichtig, die finanzielle Situation bestmöglich zu erheben, bevor eine Leistung gewährt wird, um einen Missbrauch von öffentlichen Geldern weitestgehend zu vermeiden.

Zur Erhebung der finanziellen Situation wird das gesamte Vermögen der Familie genau geprüft. Allerdings müssen Familien mit minderjährigen Kindern auch deren Sparbücher vorlegen, da diese zu einem bestimmten Prozentsatz mitberücksichtigt werden.

Das Sparbuch eines Kindes kann jedoch nicht zum Familieneinkommen dazugerechnet werden. Vielmehr dient das angelegte Geld dem Kind für seine Zukunft. Deshalb soll der vorliegende Beschlussantrag erreichen, dass die Sparbücher der Kinder beim Familieneinkommen zukünftig nicht mehr berücksichtigt werden.

Die minderjährigen Kinder dürfen mit ihren Spareinlagen nicht die Mitverantwortung für die finanzielle Notlage der Eltern übernehmen. Die Kinder haben das Recht auf einen eigenen Start ins Leben. Wenn wir sie für die soziale Notsituation der Eltern mitverantwortlich machen, werden sie selbst eher zu Sozialhilfeempfänger werden.

Dies vorausgeschickt

*verpflichtet
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung,

bei der Erhebung des Familieneinkommens zur Inanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen bei den Sparbüchern der minderjährigen Kinder einen Freibetrag auf eine Spareinlage von 15.000 € pro Kind vorzusehen.

I libretti di risparmio dei figli minorenni non devono contare ai fini dell'accesso alle prestazioni nell'ambito dell'assistenza economica sociale

Le e gli abitanti della nostra provincia che hanno gravi problemi finanziari possono chiedere un aiuto al distretto sociale competente, che eroga diverse prestazioni economiche. Prima di ottenere un aiuto il/la richiedente ovvero la famiglia deve dichiarare la propria situazione finanziaria. Onde evitare il più possibile gli abusi, è importante rilevare, per quanto fattibile, in modo preciso la situazione finanziaria prima di concedere un aiuto.

Ai fini del rilevamento della situazione economica si verifica attentamente l'intero patrimonio della famiglia. In questo contesto le famiglie con figli minorenni devono anche presentare i libretti di risparmio dei minori che poi rientrano nel conto per una percentuale stabilita.

Il libretto di risparmio di un bambino o bambina non può però essere calcolato come facente parte del reddito familiare. I soldi messi da parte servono piuttosto per costruire il futuro di questi minori. Scopo della presente mozione è quindi ottenere per il futuro che i libretti di risparmio dei bambini non vengano più inclusi nel reddito familiare.

I minorenni non devono essere considerati corresponsabili della situazione finanziaria precaria dei genitori e pagare con i loro risparmi. Hanno il diritto di costruire la loro vita. Se li rendiamo corresponsabili della situazione di emergenza sociale in cui si ritrovano i genitori, questi giovani rischiano di diventare loro stessi futuri beneficiari di tali prestazioni economiche.

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
impegna

la Giunta provinciale

a prevedere, con riferimento ai libretti di risparmio dei figli minorenni, un importo esente di 15.000 euro per figlio nel calcolo del reddito familiare ai fini della concessione di prestazioni dell'assistenza economica sociale.

Es ist **Ersetzungsantrag** von den Abgeordneten Renzler und Amhof eingebracht, der folgendermaßen lautet: "Der beschließende Teil erhält folgende Fassung: Dies vorausgeschickt verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung

bei der Erhebung des Familieneinkommens zur Inanspruchnahme von ordentlichen Sozialhilfeleistungen bei den Sparbüchern der minderjährigen Kinder einen Freibetrag von 15.000€ pro Kind vorzusehen."

"La parte dispositiva è così sostituita: Ciò premesso, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale

a prevedere, con riferimento ai libretti di risparmio dei figli minorenni, un importo esente di 15.000 euro per figlio nel calcolo del reddito familiare ai fini della concessione delle ordinarie prestazioni dell'assistenza economica sociale."

Abgeordneter Renzler, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

RENZLER (SVP): Danke, Herr Präsident! *"Sozialhilfeleistungen: Kindersparbücher nicht berücksichtigen*

Südtirolerinnen und Südtiroler, die sich in einer finanziellen Notlage befinden, können beim zuständigen Sozialsprengel um eine Unterstützung ansuchen. Es gibt eine gute Auswahl an finanziellen Sozialhilfeleistungen. Bevor ein Antragsteller bzw. eine Familie eine Unterstützung erhalten, muss die finanzielle Situation offengelegt werden.

Es ist wichtig, die finanzielle Situation bestmöglich zu erheben, bevor eine Leistung gewährt wird, um einen Missbrauch von öffentlichen Geldern weitestgehend zu vermeiden.

Zur Erhebung der finanziellen Situation wird das gesamte Vermögen der Familie genau geprüft. Allerdings müssen Familien mit minderjährigen Kindern auch deren Sparbücher vorlegen, da diese zu einem bestimmten Prozentsatz mitberücksichtigt werden.

Das Sparbuch eines Kindes kann jedoch nicht zum Familieneinkommen dazugerechnet werden. Vielmehr dient das angelegte Geld dem Kind für seine Zukunft. Deshalb soll der vorliegende Beschlussantrag erreichen, dass die Sparbücher der Kinder beim Familieneinkommen zukünftig nicht mehr berücksichtigt werden.

Die minderjährigen Kinder dürfen mit ihren Spareinlagen nicht die Mitverantwortung für die finanzielle Notlage der Eltern übernehmen. Die Kinder haben das Recht auf einen eigenen Start ins Leben. Wenn wir sie für die soziale Notsituation der Eltern mitverantwortlich machen, werden sie selbst eher zu Sozialhilfeempfänger werden.

Dies vorausgeschickt verpflichtet der Südtiroler Landtag die Landesregierung, bei der Erhebung des Familieneinkommens zur Inanspruchnahme von ordentlichen Sozialhilfeleistungen bei den Sparbüchern der minderjährigen Kinder einen Freibetrag von 15.000€ pro Kind vorzusehen."

Für Beträge, die diese 15.000 Euro übersteigen, gilt dann der normale heute geltende Berechnungssatz von 60 Prozent des Betrages, der die 15.000 Euro übersteigt. Ich möchte nochmals betonen, dass dieser Beschlussantrag darauf hinzielt, diese 15.000 Euro pro minderjährigem Kind für die ordentlichen Sozialhilfeleistungen, also nicht die Covid-Sozialhilfeleistungen - weil es mittel- und längerfristig gedacht ist - nicht zu berücksichtigen. Ich ersuche, die Kolleginnen und Kollegen im Landtag, diesem Beschlussantrag zuzustimmen, weil ich einfach der Ansicht bin, dass das Geld den Kindern gehört und die Kinder sich dafür eine Startbasis für ihre eigene Zukunft absichern können. Danke!

AMHOF (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe diesen Beschlussantrag von Kollegen Helmuth Renzler mitunterzeichnet, weil ich auch der Auffassung bin, dass Kinder nicht für die Not-situationen, die in der Familie entstehen, mitverantwortlich gemacht werden können. Es ist ganz oft so – wir kennen es aus den eigenen Situationen zuhause -, dass Großeltern oder Patenonkel Sparbücher einrichten,

um Kindern damit einfach immer wieder zum Geburtstag, zu Weihnachten oder bei sonstigen Festen Geld zu überweisen, damit sie sich dann irgendwann, wenn sie entscheiden, eine weiterführende Schule zu machen oder einen Beruf einzuschlagen, auch ein Startkapital haben. Wir möchten, dass dieses Startkapital den Kindern zur Verfügung bleibt und dementsprechend nicht, wenn es um die Berechnung des Familieneinkommens und Vermögens geht, miteinbezogen wird. Wir haben hier einen Freibetrag von 15.000 Euro definiert, um auch eventuellen Missachtungen oder Verschiebungen von Geldern nicht Tür und Tor zu öffnen. Wir glauben, dass 15.000 Euro eh ein relativ hoher Betrag sind und viele Kinder das selbstverständlich noch nicht auf ihrem Konto haben, wenn es de facto ein Sparguthaben im klassischen Sinne ist. Ausgeschlossen haben wir – das haben Sie dann vielleicht auch im letzten Änderungsantrag gesehen – die ordentlichen Sozialleistungen, die das Land Südtirol auszahlt; nur dort soll es diese Regelung geben. Wir beziehen uns hier nicht auf Sonderleistungen, die sich jetzt zum Beispiel auf die Covid-Hilfen beziehen. Dort haben wir es ganz anders geregelt. Dort gibt es diesen Vermögensfreibetrag von 60.000 Euro. Das ist jetzt nicht kumulierbar. Das ist wirklich de facto für die ordentlichen Sozialleistungen, die das Land auszahlt, nicht explizit für Sonderleistungen gedacht. Dies noch einmal zur Erläuterung. Danke schön!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Grundsätzlich ist diese Initiative sicherlich richtig, weil die Berechnung des Familieneinkommens für den Zugang zu Sozialleistungen in Südtirol ohne diesen vielen Fällen zu Problemen geführt hat. Ich habe hier im Landtag schon einmal den Fall eines jungen Mannes gebracht, dessen Vater gestorben ist. Er hat ihm testamentarisch das kleine Häuschen vermacht, in dem aber die Mutter lebt. Er hat testamentarisch festgehalten, dass die Mutter zeitlebens in diesem Häuschen wohnen bleiben darf. Das wäre an sich nicht weiter schlimm gewesen, nur war dieser junge Mann mit seiner Familie in einer Wohnung, wo er eine Mietbeihilfe bekommen hat. Aufgrund der Grundbucheintragung dieses Häuschens durch die Erbschaft wurde ihm jetzt plötzlich ein höheres Vermögen attestiert, wodurch er kein Anrecht mehr auf diese Mietbeihilfe hatte. Das ist natürlich für diese individuelle Situation dramatisch gewesen, denn er stand vor der Wahl, entweder seine Mutter gegen den letzten Willen seines Vaters vor die Tür zu setzen oder von ihr monatlich einen Beitrag zu verlangen oder selbst seine Wohnung zu verlassen, weil er sich die Wohnung nicht mehr leisten konnte. Dieses Beispiel zeigt, dass es hier Abänderungen bräuchte. Die Kollegen der Volkspartei haben jetzt das Beispiel der Kindersparbücher gebracht. Natürlich braucht es hier eine Obergrenze. Theoretisch – sage ich jetzt mal – wenn man ein Kind hat, dann ist diese Obergrenze 15.000 Euro. Wenn ich jetzt aber zwei, drei oder vier Kinder habe - sage ich jetzt einmal böse gerechnet -, könnte ich einfach mein Familienguthaben auf die Sparguthaben der Kinder aufteilen und auf dem Papier würde gar nichts aufscheinen. Man wird hier auch kontrollieren müssen, wann Einlagen gemacht werden, dass man nicht ein Monat, bevor das Ansuchen gestellt wird, jetzt praktisch das ganze Guthaben auf die Konten der Kinder verteilt. Ich weiß nicht, wie man sich das praktisch vorstellt. Das ist jetzt eine Frage, wo vielleicht die Einbringer des Antrages etwas dazu sagen können. Aber grundsätzlich glaube ich schon, dass es wichtig ist, dass man hier diese Kriterien für den Zugang zu Sozialleistungen, was das Familieneinkommen anbelangt, noch einmal überdenkt und vielleicht nicht nur im Bereich der Sparguthaben, sondern auch in Fällen, die ich vorher geschildert habe, also ob man einen momentanen Mehrwert durch Eigentum oder durch Besitz hat oder nicht. Ich glaube, das wäre ausschlaggebend zu berücksichtigen.

URZÌ (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Io sono sempre molto favorevolmente sorpreso quando i colleghi della maggioranza politica sono costretti a venire da noi della minoranza politica a farsi approvare le loro proposte, anche perché nella maggioranza in linea teorica la maggioranza avrebbe la possibilità di semplicemente, immagino, presentare soluzioni e farsele approvare dall'interno, quindi senza bisogno di null'altro.

Se c'è un passaggio in Consiglio provinciale è perché c'è bisogno di una spinta in un certo qual modo, quindi vuol dire che la maggioranza non è così persuasa e convinta e c'è bisogno di un voto del Consiglio, e la forza di questo voto del Consiglio è data dalle opposizioni politiche.

Quindi sono i momenti importanti in cui le opposizioni politiche si sentono fortemente valorizzate da quei componenti della maggioranza che non riescono ad avere voce all'interno del partito di riferimento, evidentemente, quindi le leggo così queste mozioni che talvolta propongono soluzioni che appaiono estremamente logiche e ovvie, che riguardano aspetti fondamentali della nostra vita quotidiana e anche delle difficoltà quotidiane.

Si è detto che questo è un intervento che dovrebbe essere garantito a regime, quindi al di fuori della pandemia come misura di supporto, ha una sua fondatezza e ragionevolezza, ci sentiamo di sostenerlo, così ci sentiamo anche in un certo qual modo soddisfatti di aver potuto permettere a una componente della Volkspartei di poter avere voce in capitolo all'interno del suo proprio partito attraverso il voto del Consiglio, perché altrimenti non lo avrebbe avuto. Grazie!

FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Herr Präsident! Ich finde das vom Ansatz her eine sehr interessante Idee. Kindersparbücher sind etwas, worauf wir als Eltern oder ehemalige Kinder vielleicht mit einer gewissen Zärtlichkeit schauen. Viele von uns werden mit Geld gelernt haben umzugehen, gerade über die Sparbücher und über die Verwaltung des eigenen Taschengeldes. Deswegen bin ich eine ganz große Unterstützerin von Kindersparbüchern. Aber wo wir schon stutzig werden, ist dieser Betrag, denn der scheint mir einfach unheimlich hoch. Wenn ich mir vorstelle, wie lange man als Kind mit dem Taschengeld oder auch mit den Patengeschenken kumuliert, dann kommt man als Kind nicht auf 15.000 Euro. Das ist quasi nicht möglich, außer in sehr begüterten Familien, und für die gibt es ja nicht das Problem. Deswegen werde ich noch einmal nachfragen, warum man so einen hohen Betrag vorsieht, denn wir könnten mit der Idee sehr gut leben, aber nur wenn es wirklich um einen kinderverträglichen Betrag geht. 15.000 Euro gehen wirklich weit über das hinaus, was in einem Kinder- oder Jugendlichenbudget drinnen ist. Deshalb ist das ein Betrag, der sehr einladend ist. Da sollten wir ein bisschen vorsichtig sein. Vielleicht könnt ihr uns in der Replik noch einmal genauer erklären, wie ihr zu so einem aus unserer Sicht sehr hohen Betrag gekommen seid. Dann werden wir sehen, wie wir dazu abstimmen. Danke schön!

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Herr Präsident! Ich glaube, es kommt darauf an, wie man Kinder bzw. minderjährige Kinder definiert. Aus meinem Verständnis sind es Kinder bis zu 18 Jahren. Ich muss sagen, dass der Beschlussantrag generell in Ordnung ist, bis auf den beschließenden Teil, dass man jetzt die Kinder mitbeinbezieht. Wie vorher die Kollegin Amhof beschrieben hat, kann es ohne Weiteres sein, dass Kinder vom Paten, von den Großeltern oder von wem auch immer Geld bekommen und dieses zum Ersparten kommt. Ich sehe einfach nicht ein, dass den Eltern, die vielfach auch Schwierigkeiten haben, dieses Geld von den Kindern angerechnet wird. Deshalb gehören die Kinder aus meiner Sicht generell davon ausgeschlossen. Bei allem Respekt, es kann nicht angehen, dass man jetzt auch noch das Geld von den Kindern angeben muss, welches sie sich bis zum 15. Lebensjahr sicher nicht selber erarbeitet haben. Ab dem 15. Lebensjahr kann es ohne Weiteres sein, dass sie sich vielleicht monatlich - wenn sie in einer guten Lehre sind - ein paar Hundert Euro auf die Seite legen. Dann ist dieser Jugendliche meinerwegen 17 oder 17,5 Jahre alt und hat sich vielleicht 16.000 oder 17.000 Euro erspart. Dann wäre das ein Kriterium, bei dem diese Förderungen ausgeschlossen sind. Meines Erachtens gehören die Kinder hier nicht miteinbezogen. Infolgedessen stimme ich diesem Antrag nicht zu.

DEEG (Landesrätin für Soziales, Wohnbau, Familie und Senioren - SVP): Schönen guten Nachmittag, danke schön, sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Zur Erklärung! Die Leistungen, die im Bereich der finanziellen Sozialhilfe inklusive Mietbeitrag und Nebenkosten fallen, sind Leistungen, die immer die Anwendung der EEEV der sogenannten dritten Ebene voraussetzt. Da wird immer auf das Vermögen der Familiengemeinschaft Bezug genommen. Normalerweise ist es ja so, dass minderjährige Kinder ein Teil dieser Familiengemeinschaft sind. Es erfolgt dann eine Bewertung des Einkommens und des Vermögens zu einem gewissen Prozent unterschiedlich gewichtet. Es ist grundsätzlich richtig so, dass Sozialleistungen und vor allem diese Grundleistungen immer darauf ausgerichtet sind, jene zu unterstützen, die effektiv eine sehr schwierige Situation haben. Jetzt gebe ich allen Recht, die sagen, dass es im Grunde ganz wenige Familien betreffen wird, die effektiv auch Kinder im minderjährigen Alter haben, die in einer solchen Notlage sind, diese Leistung in Normalzeiten zu beanspruchen. Ich rede jetzt nicht von Krisenzeiten, jetzt haben wir eine besondere Situation. In nicht Krisenzeiten wird es wenige Familien mit minderjährigen Kindern geben, die solche Beträge auf den Sparbüchern aufreißen. Ich gehe einmal davon aus, dass das nicht die große Anzahl der Familien ist. Es sind – damit Sie eine Idee haben, wie viele Menschen um das soziale Mindesteinkommen pro Jahr ansuchen - im Jahr 2019 2400 Menschen in ganz Südtirol gewesen. Im Verhältnis, wenn Sie das auf den Prozentsatz herunterrechnen wollen, ist das Sozialsystem in einer Situation, wo wir Vollbeschäftigung haben und auch die wirtschaftliche Situation eine gute ist, denke ich, so gut aufgesetzt. Es unterstützt nämlich dann immer nur jene, die – wie gesagt – auch in diesen Krisenzeiten be-

sondere Probleme haben und daneben auch – wie gesagt – nicht Kinder mit so einem Vermögen. Ich gebe aber auch den Kolleginnen und Kollegen Recht, die sagen, dass, wenn dann Eltern in eine schwierige Situation kommen, dass dann im Grunde das Sparvermögen der Kinder, das – wie Kollege Unterholzner sagt – auch von Großeltern, Tanten, Onkeln und Paten übermittelt wird, meistens eine kleine Reserve ist. Wenn Eltern schon Schwierigkeiten im eigenen Gestalten des Alltages haben, die Miete zu zahlen und um ein Mindesteinkommen ansuchen, dann tun sie sich auch schwer, das Studium für diese Kinder zu finanzieren. Es gibt dann die Leistungen des Landes, das kennen Sie ja, wo das dann auch unterstützt wird. Aber ich glaube doch, dass vor allem die minderjährigen Kinder ein Recht darauf haben, ... Es ist in den meisten Fällen nicht oft der Fall, weil auch das Jugendgericht oder ein Vormundschaftsrichter in diese Dinge involviert ist und es dann auch die Genehmigung des Gerichtes braucht, um Zugriff auf diese Gelder zu haben. Grundsätzlich sollte nicht das Vermögen der Kinder herangezogen werden, damit Lebenshaltungskosten der Eltern finanziert werden können.

In diesem Sinne werden wir den Beschlussantrag annehmen, werden es dann auch bewerten. Ich denke auch, dass wir die Diskussion grundsätzlich noch bei der Erstellung des Landesozialplanes führen werden, ob wir noch andere Vereinfachungen und Verbesserungen einführen wollen. Wenn ich Kollegin Foppa ansprechen darf, weil es immer wieder Medienthema ist, das Thema des bedingungslosen Grundeinkommens. Da gehen Sie ja von jeder Art von Vermögensbewertung oder Einkommensbewertung ab. Deshalb verstehe ich nicht ganz, wieso das jetzt ein Thema ist, wobei ich ganz klar sagen darf, dass ich persönlich schon sehe, dass es immer eine bedarfsgerechte Lösung und insbesondere eine zeitlich limitierte Intervention von Sozialleistungen geben soll, weil Sozialleistungen grundsätzlich Menschen begleiten und auch schwierigen Situationen helfen sollen. Das Ziel muss es sein, dass die Menschen dann auch wieder auf den Arbeitsmarkt zurückfinden, dass sie eine Arbeitsstelle finden und dass man sie dann nur zeitweilig im System der Sozialleistungen hat. Danke schön!

RENZLER (SVP): Danke, Frau Landesrätin für die wohlwollende Unterstützung! Kollegin Foppa, im Zusammenhang mit dem Betrag von 15.000 Euro, ist zu sagen, dass ursprünglich der Vorschlag war, keine Grenze vorzusehen. Dann haben wir uns überlegt, dass jemand im letzten Moment höhere Summen auf die Kinder verteilen könnte. Deswegen sind diese 15.000 Euro als Kompromissvorschlag herausgekommen. Den Betrag von 15.000 Euro finde ich insofern gerechtfertigt, als dass einige Betroffene - wie der Kollege Sven Knoll vorhin auch gesagt hat - als Minderjährige oder Kleinkinder das Pech hatten, einen Elternteil per Unfall zu verlieren und dann auf eine kleine Erbschaft aus Bargeld oder anderen geringfügigen Besitz Anspruch hatten. Sie konnten dies ja nicht bis zum 18. Lebensjahr beanspruchen. Ich nehme ein persönliches Beispiel her, was altes Familienrecht war. Mein Vater ist, eine Woche bevor ich 16 Jahre alt geworden bin, gestorben. Dann habe ich damals einen Anteil von 2,5 Millionen Lire aus seiner Abfertigung und einen alten 750er geerbt. Beides habe ich damals erst mit 21 Jahren beanspruchen können. Wenn man jetzt aber die damaligen 2,5 Millionen Lire auf Euro umrechnet, dann sind das schon über 5.000 Euro plus das Geld vom Großvater zum Geburtstag, zu Weihnachten und allen möglichen Anlässen als Unterstützung für das Studium, für die Oberschule und für das Studium. Somit glaube ich, dass 15.000 Euro eine angemessene Obergrenze sind. Wie gesagt, es werden nicht alle erreichen. Es werden ein paar Ausnahmefälle sein, die das erreichen, aber ich glaube durchaus, dass es gerechtfertigt ist.

Ich bedanke mich für die interessante Diskussion, die einige Punkte beinhalten, die man sicherlich auch für andere Zwecke aufnehmen und verwenden kann, und hoffe auf eine Zustimmung zu diesem Beschlussantrag. Danke!

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über den abgeänderten Beschlussantrag Nr. 383/21: mit 31 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme genehmigt.

Abgeordneter Dello Sbarba, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Mi scusi presidente, ma sul punto della *Geschäftsordnung* io ho controllato e non mi risulta quello che Lei ha detto, per cui adesso metto a verbale la nostra opinione e La prego di non rispondere adesso, ma di risponderci per iscritto. Io ho controllato anche l'articolo ...

PRÄSIDENT: Wenn Sie mir das schriftlich geben würden, ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Sì sì, glieLo do, però adesso lo metto a verbale di questa seduta.

PRÄSIDENT: ... wäre das einfacher. Dann würde ich Ihnen die Antwort morgen in der Früh mitteilen.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Allora, articolo 21 - Collegio dei/delle capigruppo consiliari – comma 3. [...] "Le decisioni assunte all'unanimità dal collegio dei/delle capigruppo in ordine agli argomenti di cui al comma 4" – adesso ci arrivo – "sono vincolanti per il Consiglio; in difetto di unanimità decide il Consiglio."

Comma 4, quali sono le materie su cui il collegio dei capigruppo può cambiare la cosa e su cui se non c'è unanimità decide il Consiglio? 'Decide il Consiglio' non 'si discute se il Consiglio decide o non decide' e i temi sono – 4. "Il/La Presidente convoca il collegio dei capigruppo/delle capigruppo per concordare il programma dei lavori del Consiglio e per chiarire tutte le questioni concernenti l'andamento delle sedute del Consiglio e delle commissioni legislative."

Quindi il Consiglio, se non c'è unanimità, può decidere sul programma dei lavori del Consiglio e chiarire tutte le questioni concernenti l'andamento delle sedute.

Lei ha detto che per la divisione tra maggioranza e minoranza il tempo è prescritto. Non è vero.

Articolo 52-bis - Programmazione e svolgimento dei lavori - comma 3. [...] "Se il collegio dei capigruppo non si accorda al riguardo," – quindi il collegio dei capigruppo può accordarsi a riguardo in maniera diversa da quello che sto per leggere e quindi si torna all'articolo 21 – "il tempo di una sessione consiliare a disposizione [...] viene ripartito tra maggioranza e opposizione in base alla rispettiva consistenza numerica."

Però c'è scritto che il collegio dei capigruppo può accordarsi diversamente a riguardo e se il collegio dei capigruppo non si accorda diversamente a riguardo anche sulla ripartizione del tempo tra maggioranza e opposizione, decide il Consiglio.

Cioè su tutto quello che Voi votate in collegio dei capigruppo, e Voi avete votato in collegio dei capigruppo e il consigliere Unterholzner ha detto di no, c'è scritto "decide il Consiglio".

Guardi, non mi interessa la risposta adesso ...

PRÄSIDENT: Es ist ganz einfach: Wenn dem so wäre, dann könnte die Mehrheit die Zeit der Minderheit radikal reduzieren, denn die Mehrheit hat nun mal die Mehrheit. Dann könnte sie sagen, dass die Minderheit mit drei Beschlussanträgen zufrieden sein muss, während die Mehrheit die restliche Zeit beansprucht. Das wurde ganz sicherlich so festgelegt und daran haben wir uns immer gehalten. Ich werde auf Ihre schriftlichen Fragen antworten. Aber das bezieht sich in erster Linie auf die Programmierung, auf die Beschlussanträge usw., bei denen wir gesagt haben, zurückziehen, vorziehen ...

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Certo, però guardi Voi avete discusso in collegio e votato sulla possibilità di aumentare di 10 minuti il tempo, tutto quello che Voi discutete nel collegio dei capigruppo e votate nel collegio dei capigruppo secondo la nostra interpretazione può essere votato in Consiglio.

PRÄSIDENT: Sobald ich es schriftlich erhalte, werde ich Ihnen die Antwort geben, die Sie dann überprüfen können.

DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Grazie!

PRÄSIDENT: Wir kommen nun zu Punkt 155 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 384/21 vom 4.2.2021, eingebracht von Abgeordneten Lanz, Tauber, Ladurner, Renzler und Mattei Kriterien für zielgerichtete Covid-Unterstützungsmaßnahmen für Südtirols Wirtschaft.**"

Punto 155 dell'ordine del giorno: "**Mozione n. 384/21 del 4/2/2021, presentata dai consiglieri Lanz, Tauber, Ladurner, Renzler e Mattei, riguardante emergenza Covid-19: criteri per stabilire misure mirate a sostegno dell'economia locale.**"

Kriterien für zielgerichtete Covid-Unterstützungsmaßnahmen für Südtirols Wirtschaft

Die in Folge der Pandemie getroffenen notwendigen Maßnahmen wie Lockdowns, Betriebs-schließungen, Reiseeinschränkung usw. sowie zusätzliche Kosten betreffend den Schutz der Gesundheit und vieles mehr haben zu einer weltweiten Wirtschaftskrise geführt. Um die Betriebe bei der Bewältigung dieser Folgen zu unterstützen, sind massive Wirtschaftshilfen notwendig. Diese können von Kapitalerträgen bis hin zu Investitionshilfen reichen.

Es soll nicht ein Konzept des "jeder darf einmal" sein, vielmehr muss es um zielgerichtete Maßnahmen gehen.

Die Corona-Hilfen werden kontinuierlich erweitert und nachjustiert, sei dies auf europäischer, nationaler und vor allem auch lokaler Ebene. Viel Geld wurde und wird in die Hand genommen, um Land und Menschen halbwegs gut durch diese Zeit zu bringen. Gelder aus der EU werden nach Italien fließen und ein Teil davon auch nach Südtirol. Mit diesen zu erwartenden Finanzhilfen soll unter anderem unsere stark betroffene Wirtschaft stabilisiert werden. Durch Corona besonders gezeichnete Betriebe sollen durch Unterstützungsmaßnahmen wiederbelebt und aufgerüstet werden. Beschäftigte, Selbständige, Unternehmen bzw. Wirtschaftstätigkeiten wie z. B. Handelsvertreter und Gesellschaften aus Handwerk, Industrie, Handel und Dienstleistungssektor sollen Hilfgelder erhalten – dabei muss das Geld dort ankommen, wo es wirklich gebraucht wird. Dazu gehören Betriebe, die es nicht aus eigener Kraft geschafft haben, die Verluste und Ausfälle der vergangenen zwölf Monate zu kompensieren. Unterstützungsmaßnahmen sollten daher weniger einzelnen Sektoren, vielmehr jedoch jenen Betrieben zugedacht werden, die in ihrer prekären Lage mit zugeteilten Mitteln ihre Existenz, die Existenz ihrer Mitarbeiter und deren Familien sichern könnten. Unterstützungsgelder müssen gezielt eingesetzt werden.

Von Milliarden ist die Rede, von "Recovery Fund" von "Ristori"... Wie viel dieser Mittel letztendlich Südtirol erreichen werden, wissen wir noch nicht. Doch schon heute sollten sich die politischen Verantwortlichen über Notwendigkeiten und Verteilungsschlüssel dieser zu erwartenden Unterstützungsgelder konkrete Gedanken machen. Dies vorausgeschickt und in der Erwartung notwendiger Hilfgelder, welche die heimische Wirtschaft wieder ankurbeln sollen,

beauftragt

der Südtiroler Landtag

die Südtiroler Landesregierung,

bei der Festlegung der wirtschaftlichen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen zu beachten, dass

- die Unterstützungsgelder, ausschließlich jenen Unternehmen zufließen, die ihren Steuersitz in Südtirol aufweisen können;
- die Unterstützungsmaßnahmen zuerst für Unternehmen im Haupterwerb angedacht werden, bevor Unternehmen im Nebenerwerb berücksichtigt werden;
- die Unterstützungsmaßnahmen nicht nach Sektoren oder ATECO-Codes, sondern nach effektiver wirtschaftlicher Notwendigkeit eingesetzt werden;
- beim Vergleich mit dem Jahresumsatz des Vorjahres berücksichtigt wird, ob besondere Ereignisse bereits im Jahr 2019 einen geringen Jahresumsatz zur Folge hatten (z. B. Betriebsumbau, Schwangerschaft der Betriebsinhaberin oder Ähnliches);
- die zur Verfügung gestellten finanziellen Hilfsmittel an bestimmte Ausgaben gebunden werden müssen;
- möglicherweise im Jahr 2020 neben den Folgen durch die Lockdowns etc. andere schwerwiegende Ereignisse wie z. B. Unwetterschäden, Brand oder Ähnliches zu einem negativen Geschäftsverlauf beigetragen haben und deshalb die Unterstützungsmaßnahmen verstärkt werden müssen;
- sofern die Unterstützungsmaßnahmen nicht ausschließlich als Betriebsausfall für das Jahr 2020 anzusehen sind, auch die Eigenkapitalsituation mit in die Bewertung einfließen soll.

*Emergenza Covid-19: criteri per stabilire misure mirate a sostegno
dell'economia locale*

Le misure che è stato necessario adottare a seguito della pandemia, come i lockdown, la chiusura delle attività lavorative, le restrizioni di viaggio ecc. assieme ai maggiori costi per la tutela della salute, e molte altre circostanze, hanno provocato una crisi economica mondiale. Per sostenere le imprese nell'affrontare queste conseguenze sono necessari consistenti aiuti economici che possono andare dai contributi in conto capitale fino agli aiuti per investimenti.

Non deve essere un modo di procedere per cui "ognuno a turno riceve qualcosa", piuttosto ci vogliono misure mirate.

I vari aiuti economici per fronteggiare l'emergenza sono continuamente estesi, rivisti e corretti, a li-vello europeo, nazionale, ma soprattutto locale. Si è trattato e si tratta di somme importanti per aiutare la Provincia e le persone a superare senza danni eccessivi questo periodo. In Italia arriveranno fondi dall'UE e una parte di questi è destinata alla nostra provincia. Gli aiuti finanziari che stiamo aspettando serviranno tra l'altro a stabilizzare l'economia in grave crisi. Le misure di sostegno dovrebbero favorire la ripresa e rafforzare strutturalmente le imprese particolarmente colpite dalla pandemia. Lavoratori dipendenti e autonomi, imprese ovvero attività economiche come, per esempio, i rappresentanti di commercio e le società che lavorano nell'artigianato, nell'industria, nel commercio e nel terziario devono ricevere aiuti economici – e dobbiamo fare in modo che i soldi arrivino lì dove servono veramente. Si tratta delle aziende che non sono riuscite a compensare con i propri mezzi gli ammanchi e le perdite degli ultimi dodici mesi. Le misure di sostegno non dovrebbero quindi andare a favore di singoli settori, ma piuttosto delle imprese in situazione precaria che con le risorse assegnate potrebbero garantirsi l'esistenza, quella dei collaboratori/delle collaboratrici e delle rispettive famiglie. Gli aiuti vanno impiegati in modo mirato.

Si parla di miliardi, di Recovery Fund, di ristori ecc. A quanto ammonteranno i fondi che arriveranno in provincia di Bolzano non è ancora dato sapere. Ma i responsabili politici dovrebbero quanto prima iniziare a riflettere concretamente sulle necessità e sui criteri di distribuzione di questi aiuti che stiamo aspettando. Ciò premesso e nell'attesa degli aiuti necessari per far ripartire l'economia locale,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

di tenere conto di quanto segue nella definizione degli interventi economici di sostegno alle imprese:

- gli aiuti devono andare unicamente alle imprese che dimostrano di avere la loro sede legale in provincia di Bolzano;*
- delle misure di sostegno devono beneficiare prima le imprese che svolgono la loro attività a titolo principale, mentre le attività secondarie vanno prese in considerazione in un secondo momento;*
- le misure di sostegno non vanno applicate seguendo i settori di attività o i codici ATECO, ma basandosi sul criterio dell'effettiva necessità economica;*
- facendo il confronto con il fatturato dell'anno precedente bisogna tenere conto di circostanze particolari che hanno portato a una contrazione del fatturato già nel 2019, come per esempio una ristrutturazione, la gravidanza della proprietaria dell'azienda o altri eventi simili;*
- gli aiuti finanziari messi a disposizione vanno utilizzati per spese ben determinate;*
- nel 2020 accanto alle conseguenze dei vari lockdown ecc. si sono verificati altri eventi particolarmente gravi, come per esempio danni dovuti al maltempo, a un incendio o a cause simili, che hanno comportato un andamento negativo degli affari, per cui vanno rafforzati gli interventi a sostegno di queste imprese;*
- se gli interventi a sostegno non sono riconducibili solo alle perdite di attività nel 2020 bisogna considerare anche la situazione patrimoniale dell'azienda.*

Es ist ein **Änderungsantrag** vom Abgeordneten Lanz eingebracht worden, der wie folgt lautet: "Kriterien für zielgerichtete Covid-Unterstützungsmaßnahmen für Südtirols Wirtschaft

Im beschließenden Teil werden die Wörter "Steuersitz in Südtirol" durch die Wörter "operativen Sitz in Südtirol" ersetzt."

"Nella parte dispositiva le parole "sede legale in provincia di Bolzano" sono sostituite dalle parole "sede operativa in provincia di Bolzano"."

Abgeordneter Lanz, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

LANZ (SVP): Danke, Herr Präsident! Wir haben jetzt schon seit mehreren Monaten die Diskussion, dass wir in Form eines Unterstützungsmaßnahmenpaketes oder Hilfspaketes - je nachdem, wie man es dann definieren möchte - Maßnahmen für die Familien, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für die Menschen ohne Arbeit, vor allem auch für die Betriebe und für die Wirtschaft ergreifen müssen, um zumindest einen Teil der Probleme, die entstanden sind, abzufedern. Es ist klar, dass diese Maßnahmen das Ausmaß dieser Unterstützungen niemals wettmachen werden, was in dieser Zeit aufgrund der Pandemie verloren gegangen ist. Es ist aber auch klar, dass wir in einem Sozialstaat die Möglichkeit haben, durch Umverteilung dort einzugreifen, wo Probleme entstanden sind. Der Beschlussantrag, der jetzt zur Diskussion aufliegt und wo ich dann gerne auch Ihre Meinungen dazu höre, befasst sich mit einigen Rahmenrichtlinien, die bei der Definition der Kriterien mit in die Überlegungen einfließen sollten und die ich - wie gesagt - auch gerne mit Ihnen diskutiere. Ich glaube, die grundlegende Überlegung - und da stimmen Sie mir alle zu, gehe ich davon aus - ist jene, dass wir dafür sorgen müssen, dass wir existenzsichernd sind, das heißt nicht dieses Paket, bei dem wir durch Maßnahmen Förderungen, neue Initiativen oder dergleichen starten wollen, sondern hier geht es effektiv darum, existenzsichernd in die Situation einzugreifen, existenzsichernd für die Betriebe in diesem Moment. Wir kennen die Situation in Südtirol: circa 60.000 Betriebe, ungefähr 40.000 davon sind gewerbliche, circa 18.000 landwirtschaftliche Betriebe, ein sehr diversifiziertes Feld an Unternehmungen und Unternehmen von Ein-Mann- und Ein-Frau-Betrieben bis zu größeren Strukturen. Wir wissen auch, dass wir in der Vergangenheit und vor allem auch jetzt - und ich hoffe auch in Zukunft - davon profitiert haben, dass wir durchwegs gute Betriebe haben, dass wir durchwegs Strukturen haben, die auch nach vorne schauen, die auch dementsprechend Möglichkeiten und Lösungen suchen, sich am Markt zu behaupten und dementsprechend auch arbeiten. Einer der größten Vorteile, den wir hier in Südtirol haben, um den uns sehr viele Regionen, aber sogar andere Staaten beneiden, ist, dass wir sehr breit aufgestellt sind. Das heißt, die verschiedenen Bereiche der Wirtschaft sowohl im Handel, als auch im Handwerk, als auch im Tourismus, als auch in der Landwirtschaft, als auch in der Industrie leisten doch einen wesentlichen Beitrag dazu, dass wir hier - wie gesagt - ein sehr gutes System haben.

Ein zweiter Punkt, der hier vorkommt, ist natürlich, dass dementsprechend die Gelder auch eine Zukunftsperspektive haben. Es soll nicht so gedacht sein, dass hier eine Unterstützung kommt, die nach hinten gerichtet ist, sondern diese Basis, diese Existenzsicherung gibt die Voraussetzungen, dass die Betriebe weiter am Markt bleiben und sich auch nach vorne bewegen können.

Jetzt komme ich zum beschließenden Teil, bei dem ich vor allem auch die Kollegen aus meiner Fraktion ersuche, hier sehr aufmerksam mitzuhören. Es geht mir in keinem der Punkte darum, etwas auszuschließen, sondern es geht mir in allen Punkten darum, dass wir den Südtiroler Betrieben in sämtlichen Sektoren die notwendige Unterstützung zugutekommen lassen, in jenem Ausmaß, das möglich ist, das wir finanzieren können und vor allem auch in jenem Ausmaß, wie es notwendig ist, um eben die Existenzsicherung zu garantieren. Deswegen ist der erste Punkt dann auf Hinweis von Landesrat Philipp Achammer mit einem Abänderungsantrag umformuliert worden, weil es sonst einen Widerspruch zu sonst geltendem EU-Recht gäbe, dass der operative Sitz in Südtirol sein muss. Natürlich kann man jetzt über den Steuersitz oder über den operativen Sitz diskutieren, aber der operative Sitz hat einen Vorteil, weil das dann jener Sitz bzw. jene Niederlassung ist, wo auch dementsprechend die Mitarbeiter sind. Ich glaube, das ist ein wesentlicher Faktor, damit die Beschäftigung bzw. die Wertschöpfung auch hier stattfindet. Natürlich ist es wünschenswert, dass operativer Sitz und Steuersitz im Idealfall zusammenfallen. Wie gesagt, die Maßnahmen sind so gedacht, dass effektiv dann die Betriebe sind, die hier vor Ort arbeiten und dementsprechend auch tätig sind. Der zweite Punkt ist so formuliert - und ich lese ihn vor, damit keine Zweifel aufkommen -: *"die Unterstützungsmaßnahmen zuerst für Unternehmen im Haupterwerb angedacht werden, bevor Unternehmen im Nebenerwerb berücksichtigt werden;"* Auch hier wird ganz klar nichts ausgeschlossen, es wird aber darauf hingewiesen, dass doch sehr viele Betriebe einen Haupterwerb und ihre Existenz auf ein Bein gestellt ha-

ben. Dementsprechend muss man hier dann auch in der Bewertung zuerst diese Mengen, diese Betreibe, diese Analysen machen, bevor man sagt: "Ok, wir haben auch Strukturen in einem Nebenerwerb und es kann durchaus sein, dass dieser Nebenerwerb auch das Haupteinkommen darstellt. Aber vor allem in der Feststellung der Kriterien ist zu bewerten, inwieweit diese Beeinflussung da ist, und dementsprechend sind die Regeln aufzustellen. Es soll nicht von vorne herein so sein, dass jede Mehrwertsteuerposition oder jede gewerbliche Position von Haus aus gleich viel bekommt, sondern es soll effektiv darum gehen, dass diese Existenzsicherung die Grundlage der Überlegungen ist und dementsprechend dann auch die Maßnahmen daran ausgerichtet werden. Den dritten Punkt kennen wir von den Hilfsmaßnahmen des Frühjahrs, was zwar technisch und zeitlich die einfachste Lösung wäre, dass man nach irgendwelchen Kodexen bzw. nach irgendwelchen Eintragungen geht. Ich glaube aber nicht, dass es zielführend ist, wenn man sagt, dass die Betriebe die Unterstützung nach einem bestimmten ATECO-Codex bekommen, sondern es geht effektiv um die effektive wirtschaftliche Notwendigkeit. Auch da gilt wieder der Grundsatz, dass man hinschaut, wo das Geld fehlt, dass man dort hinschaut, wo die Probleme entstanden sind oder wo eben die Situation jetzt dramatisch ist, dass man auch in jenen Bereichen unterstützt. Ich mache Ihnen ein Beispiel: Es kann sein, dass zum Beispiel ein Betrieb, der vor 30, 40 Jahren gegründet worden ist, mit einem ATECO-Codex gestartet ist, jetzt aber in seiner Arbeit doch einen anderen Schwerpunkt verfolgt. Dieser Bereich würde dann herausfallen, weil vielleicht der ehemalige ATECO-Codex nicht berücksichtigt werden würde. Deswegen weg von dem ATECO-Codex und hin zur effektiven wirtschaftlichen Notwendigkeit!

Im nächsten Punkt geht es darum, dass wir immer einen Vergleichszeitraum brauchen. Wir müssen ja bewerten, welche Auswirkung diese Maßnahme für den Betrieb hat. Hier haben wir jetzt auch die ersten Vorschläge bekommen, dass die Vergleichszeiträume da sind. Es kann durchaus sein, dass genau in diesem Vergleichszeitraum ein anderes Ereignis da war, das dann zum Beispiel auch geschlossen war, dass dieser Betrieb die Tätigkeit ausgesetzt hatte. Ich habe hier einige Beispiele angeführt, wie zum Beispiel Betriebsumbau. Wir kennen das aus dem Bereich des Tourismus, wo vielleicht ein Hotel genau im Jahr 2019 umgebaut worden ist, natürlich dann dementsprechend einen Umsatz von nahezu Null hatte. Es wäre dann im Jahr 2020 wieder gestartet und plötzlich wieder auf Null gewesen. Wenn man das dann einfach nur zusammenzählt oder vergleicht, würde man sagen, dass man in diesem Jahr ja nichts verloren hat, de facto ist es aber ganz anders. Also hier sollte man die Möglichkeit haben, vorstellbar wäre ein Fonds, bei dem man sagt, dass man damit effektiv auf diese Situationen eingehen kann, dass man das auch bewertet. Ich denke, dass das sehr wichtig ist. Ein zweites Beispiel, das angeführt worden ist, nämlich die Schwangerschaft der Betriebsinhaberin. Es könnte auch eine Krankheit sein. Wir haben sehr viele – wie gesagt – Ein-Mann-, Ein-Frau-Betriebe, das heißt hier müssen wir genau hinschauen, damit wir dann solche Situationen abfedern können.

Die nächste Überlegung war, dass die zur Verfügung gestellten finanziellen Hilfsmittel an bestimmte Ausgaben gebunden werden. Hier gibt es die Diskussion, dass es vor allem in Richtung Arbeitsplatzerhaltung sein muss. Es kann nicht einfach so sein, dass es Gelder sind, die dann am nächsten Tag abgehoben werden. Ich gehe auch davon aus, dass das nicht die Situation sein wird, denn die Betriebe leiden. Es leiden ja vor allem jene Betriebe, die jetzt auch um die Hilfgelder ansuchen werden müssen und dementsprechend glaube ich auch, dass das hier Hand in Hand mit den Überlegungen geht, die wir hier öfters diskutiert haben, die Sie sicherlich auch teilen.

Der nächste Punkt geht darauf ein - es kann durchaus sein -, dass im Jahr 2020 – im Jahr, wo wir die größten Probleme mit dem Lockdown hatten – bzw. bis ins Frühjahr 2021 andere schwerwiegende Ereignisse wie zum Beispiel Unwetterschäden, Brand oder Ähnliches aufgetreten sind und dementsprechend auch diese Bewertung miteinfließen kann.

Der letzte Punkt, der hier angeführt worden ist, schließt ein bisschen an das an, was wir vorhin bei den Familien besprochen haben, was auch gestern bereits im Plenum diskutiert worden ist. Wie will man schauen, dass eventuell eine mögliche Eigenkapitalsituation für den Betrieb schon die Voraussetzung schaffen würde, dass er sich eigentlich aus eigener Kraft hilft. Hier ist es so formuliert, wenn die Unterstützungsmaßnahmen nicht explizit als Betriebsausfall oder als Unterstützung für den Betriebsausfall gedacht sind, dann müsste man diese Eigenkapitalsituation – wie man es dann formuliert – mitberücksichtigen. Derzeit sieht es so aus, dass die Maßnahmen effektiv für den Zeitraum des Betriebsausfalls bewertet werden. Insofern ist dann diese Situation nicht mehr so zu bewerten. Allerdings würde ich sie doch gerne auch hier in der Diskussion so belassen und beim Beschlussantrag einfügen.

Wie gesagt, es sind einige Rahmen, von denen wir überzeugt sind, dass sie notwendig sind, auch einige Rahmen, die in dieser Form auch in den Überlegungen, die wir jetzt von der Landesregierung gehört haben, miteinfließen. Es handelt sich nicht um etwas, was uns allen unbekannt ist, sondern auch bei anderen Unterstützungsmaßnahmen sehr häufig als Zielsetzung vorkommt. Dementsprechend bin ich jetzt gespannt auf die Diskussion und vor allem auch auf die Anregungen hier aus dem Plenum. Danke!

TAUBER (SVP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke auch, dass die vielen Unterschriften hier vom Beschlussantrag ein Zeichen der regen Diskussion sind, einerseits innerhalb unserer Fraktion, aber auch innerhalb unserer Partei. Es hat viele, viele Diskussionen mit den ganzen Sozialpartnern gegeben, die wir seit Monaten fast wöchentlich massiv darüber geführt haben, wie wir zielgerecht helfen können. Und ich denke, der Kollege Lanz hat eigentlich die Kriterien, die Schwerpunkte schon ganz, ganz klar definiert. Was ich jetzt noch anregen möchte, ist, dass uns allen bewusst ist, dass das eine Arbeitsplatzsicherung und eine Unternehmenssicherung für gefährdete Betriebe sein muss. Dass natürlich der Spielraum insgesamt nicht unendlich ist, ist uns allen bewusst. Klar ist – es ist mir erst gestern in einer Diskussion bewusst geworden – mit über 450 Leuten in Aussprache mit drei Banken in der Videokonferenz ist jetzt natürlich die Geschwindigkeit eine ganz, ganz wesentliche. Ich habe hier zwei, drei Aussagen, was jetzt den Sektor des Tourismus betrifft. Wir wissen, dass wir dort gewaltige Einbrüche haben, sprich wir reden von über 2,5 Milliarden Euro Umsatzeinbrüche. Wir reden von wahnsinnig vielen Existenzen, die da dahinter hängen, die ganzen Mitarbeiter und alles andere mehr, natürlich die ganzen Zulieferer, Dienstleister usw. Aus einer Umfrage ist hervorgegangen, dass wir im Jahr 2019 33,7 Milliarden Nächtigungen hatten. Im Jahr 2020 waren es 21,8 Milliarden und für das Jahr 2021 schätzen wir – wenn es gut geht – 18,9 Milliarden Nächtigungen. Das heißt, wir kommen auf einen Zeitpunkt von 1980 zurück, damit wir uns ein bisschen im Klaren darüber sind, wie gewaltig dieser Impakt für uns alle ist. Auch klar ist, wie stark es die Betriebe selbst trifft. Sie sagen, dass sie eine sehr, sehr schlechte Liquidität haben. Wir reden hier von knapp 60 Prozent dieser Befragten, die dabei waren. Und umso mehr ist es jetzt wesentlich, dass die Hilfen schnell ankommen.

Meine Anregung zum Schluss, die ich der Landesregierung mitgebe: Wenn dieses Paket verabschiedet wird, ist es wichtig, dass die Kriterien klar sind, dass wir eine Art Dekret, einen Vorschlag definieren, der dann von den Menschen verwendet werden kann. Sobald ich weiß, was der Ausfall und was die Hilfe ist, kann ich zu meinem Bankinstitut hingehen und kriege für diese zugesicherte Summe eine Vorfinanzierung. Alle drei Institute, die ich vorher genannt habe, sind der Auffassung, dass, wenn wir eine klare Richtlinie haben, wenn wir ein offizielles Dokument vom Land haben, sie in die Vorfinanzierung gehen können. Hier würden wir uns jetzt wirklich zwei, drei Monate sparen und diese zwei, drei Monate sind schlussendlich für alle 100prozentig existentiell, um wieder Liquidität in ihre Betriebe reinzukriegen oder nicht. Danke von meiner Seite!

URZI (L'Alto Adige nel cuore - Fratelli d'Italia): Grazie presidente! Devo ringraziare anche il collega Tauber per il limpido quadro che ha tracciato rispetto alla situazione drammatica in cui ci troviamo e anche alle necessità imminenti delle aziende.

Cosa che ho apprezzato è anche la chiarezza rispetto al dibattito che è in corso all'interno della maggioranza su come procedere, se si è dovuto ricorrere a un documento presentato in Consiglio provinciale, perché questa sarebbe materia sulla quale la Giunta provinciale, ossia la medesima maggioranza, avrebbe già l'autonomia per poter decidere gli indirizzi, ma evidentemente il dibattito è acceso all'interno della maggioranza e quindi si ricorre al Consiglio dove c'è – ripeto il concetto – anche la minoranza politica, quasi che si chiedesse un sostegno alla minoranza per dare compattezza alla maggioranza, considerato che la maggioranza in questo momento si trova in difficoltà oggettiva di fronte al problema. Raccogliamo sicuramente l'appello a fare la nostra parte, che comprende anche evidentemente qualche tipo di osservazione.

Una delle osservazioni che muovo – anche se il collega Lanz nel ripercorrere i passaggi è stato estremamente limpido su questo, si è detto che nessuno deve essere escluso, però qualcuno si esclude – è quella relativa alla sede giuridica dell'azienda come requisito fondamentale, ma noi sappiamo che molte aziende in Alto Adige operano, svolgono la loro attività talvolta anche principale pur non avendo la sede giuridica in provincia di Bolzano, questo contrasta con il diritto agli aiuti pubblici e sicuramente pone un problema perché elimina dalla possibile platea dei destinatari di questi aiuti un certo numero di realtà che stanno notevolmente soffrendo e che in Alto Adige di fatto hanno il loro cuore.

Io credo, presidente, che questo dibattito aveva ragione di esistere principalmente all'interno della discussione sulla legge che affronteremo dopo, questo appare quasi un ordine del giorno alla manovra di assestamento di bilancio, però più che gli impegni contano i passaggi concreti, quindi le misure concrete. Il tema è che noi ci troveremo ad approvare, e concludo, un assestamento di bilancio, presidente, nel quale non ci sono le misure di dettaglio, ma c'è una delega in bianco alla Giunta provinciale sulla base di una disponibilità economica della quale stiamo parlando che non è nemmeno verificata e io credo che la maggioranza farebbe molto meglio a interrogarsi su questo, prima che su come spendere, perché se i soldi non li avremo, poi sarà difficile andare a spiegare a coloro che si attendono interventi che non abbiamo potuto fare quello che era stato promesso, fare quello che avevate promesso in conferenza stampa e poi, mi creda collega Tauber, gli imprenditori ne uscirebbero molto più delusi di quanto non lo siano adesso. Grazie!

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Herr Präsident! Ich finde diesen Beschlussantrag recht gut, aber trotzdem habe ich zwei, drei Fragen, und zwar einmal ist gut, dass der Steuersitz in Südtirol auf operativen Sitz umgeändert wird. Ich hätte aber eine Grundsatzfrage: Wäre es überhaupt möglich, dass eine Firma ansucht, die nicht den Steuersitz in Südtirol hat, sondern nur den operativen Sitz? Derjenige könnte rein aus meinem Verständnis ja gar nicht ansuchen. Dann müsste es richtigerweise heißen: "Steuersitz und operativer Sitz", weil ohne Steuersitz habe ich keine Eintragung in die Handelskammer und bin eine nicht ansässige Firma in Südtirol. Rein aus meinem Verständnis müsste es so sein. Jedenfalls besser und sinnvoller ist der operative Sitz in Südtirol. Trotzdem würde ich vorschlagen, beides, sowohl den Steuersitz als auch den operativen Sitz, anzugeben, weil ohne Steuersitz – glaube ich - kann man gar nicht ansuchen.

Dann hätte ich noch zwei, drei weitere Fragen speziell zu den Kriterien. Inwieweit ist man ein KMU, ein klein- und mittelständisches Unternehmen? Gibt es hier auch zu den Ansuchen eine Umsatzobergrenze? Die typischen Südtiroler Kleinfirmen bewegen sich größtenteils bei einem Umsatz unter einer Million Euro. Das ist absolut ok. Was für mich aber schon relevant wäre, ist, ob es zum Beispiel auch große Firmen gibt, die Zig-Millionen umsetzen. Können diese auch ansuchen? Oder gibt es hier eine Obergrenze, was ich absolut befürworten würde? Speziell bei diesen Firmen und speziell bei den größeren Firmen sollte man auch die Vermögenslage, die Rücklagen und das Eigenkapital bewerten. Ein mittelständisches oder ein gut funktionierendes Unternehmen hat wahrscheinlich so viele Rücklagen, dass es auch 30 Prozent Umsatzeinbußen stemmt. Ich sage, diese Hilfsmittel sollen ja genau für die typischen Südtiroler Unternehmen vorgesehen werden, und die Menge der Südtiroler Unternehmen sind Kleinstunternehmen. Das macht sicher auch alle so stark.

Der vorletzte Punkt ist, dass die Unternehmen genau unterteilt werden. Ich glaube, man kennt diese Bereiche, die ganz klar und unmissverständlich betroffen sind. Man weiß doch, welchen Firmen bzw. welchen Bereichen man das Arbeiten verboten hat. Diejenigen, die nicht arbeiten durften, sind bekannt. Ich glaube, dass vor allem denjenigen, die einfach nicht die Möglichkeit hatten, zu arbeiten, geholfen werden muss.

Dann vielleicht noch eine Frage, die ich mir mal notiert habe, weil Landesrat Achammer sowie der Landeshauptmann mehrmals gesagt haben, dass nur gesunden Unternehmen geholfen wird. Wie wird bewertet, ob eine Firma gesund oder nicht gesund ist? Es spielt hier vielleicht hinein, ob diese Firmen die letzten drei Jahre – ein Beispiel – die Gehälter und die Sozialabgaben immer pünktlich bezahlt haben. Das wäre vielleicht ein Kriterium. Gibt es hier schon ganz klare Kriterien? Dann weiß eine Firma sofort, dass sie schon seit etlichen Jahren Liquiditätsprobleme hat oder wie auch immer nicht imstande war, die ...

PRÄSIDENT: Kollege, Sie reden viel zu lange!

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Ich glaube, ich müsste eigentlich verstanden worden sein.

FAISTNAUER (Team K): Herr Präsident! Ich bin vorhin hellhörig geworden, als Kollege Tauber von der Vorfinanzierung des voraussichtlichen Hilfsbeitrages gesprochen hat. Wie viele von uns habe ich in den letzten Tagen, Wochen und Monaten mit vielen Unternehmerinnen und Unternehmern, auch Hoteliers gesprochen und so hat mir ein Italiener erzählt, dass er bei der Zoom-Sitzung mit dem Landeshauptmann dabei war. Es gab dort über 1.000 Teilnehmer. Der Betroffene fällt zufällig in Punkt Nr. 4, den Kollege Lanz und die anderen Einbringer hier in ihrem Beschlussantrag angegeben haben. Im Jahr 2019 hat er einen Hotelumbau gemacht und deshalb ist der Umsatzrückgang für 2020 nicht evident. Nun ist er ganz ernüchtert

aus dieser Zoom-Sitzung herausgegangen und hat gesagt: "So wie es aussieht, kann er mit 3.000 Euro rechnen." Es handelt sich um einen Betrieb mit circa 15 Mitarbeitern. Ich richte meine Frage auch an den Kollegen Tauber: Geht es hier um substanzielle oder kosmetische Hilfe? Wenn er zur Bank geht und ein gewisser Schuldenstand schon da ist, werden sie ihn sicher fragen: "Willst du jetzt noch einmal 100.000 oder 200.000 Euro draufpacken?" Wichtig ist hier wirklich – und das habe ich noch nicht rausbekommen, aber wir werden es dann vielleicht bei der Diskussion betreffend die Verteilung dieser Unterstützungsmaßnahmen in Millionenhöhe von der Landesregierung vorgestellt bekommen –, wie substanziell die Hilfen sind. Auf kosmetische Hilfe – glaube ich – können die meisten verzichten. Auch er hat gesagt, dass diese 3.000 Euro nicht über Wohl oder Übel bestimmen werden, sondern es braucht eine substanzielle Hilfe. Deswegen meine Frage an Sie: Ist diese substanzielle Hilfe hier wirklich angedacht oder ist es wieder mehr ein Gießkannenprinzip, bei dem den Betrieben, die in großen Schwierigkeiten sind, wirklich nicht sehr viel geholfen ist?

Vorsitz der Vizepräsidentin | Presidenza della vicepresidente: Rita Mattei

PRESIDENTE: La parola al consigliere Renzler, ne ha facoltà.

RENZLER (SVP): Frau Präsidentin, nur ganz kurz zum Beschlussantrag! Ich möchte daran erinnern, dass der Beschlussantrag darauf hinzielt, als Unterstützungsmaßnahme zu dienen und nicht als Ersetzungsmaßnahme einer staatlichen Beihilfe, die ja jetzt mit dem "Decreto sostegni" kommen soll. Deshalb – glaube ich – ist die Forderung, dass vor allem die Haupterwerbstätigen, die ihre Existenz, ihr Einkommen nur aus einer Tätigkeit beziehen, vordringlich unterstützt werden sollten und gleichzeitig aber bei entsprechenden Mitteln noch zur Verfügung stehen sollen, auch weitere Erwerbstätigkeiten unterstützt werden können, aber nicht müssen. Wichtig ist Existenzsicherung, die Garantie, die ausschließlich von einer Arbeitstätigkeit leben. Das haben wir als Arbeitnehmer der SVP deshalb unterstützt, weil wir die gleiche Forderung ja auch bei den Lohnabhängigen stellen und weil es darum geht, das Überleben ganzer Familien vorrangig zu garantieren. Wir haben sicherlich nichts dagegen, wenn auch Nebenerwerbe unterstützt werden, aber erst in zweiter Reihe, also anschließend daran, dass alle anderen im Haupterwerb tätig sind, eine bestimmte Absicherung erhalten. Deshalb glaube ich, dass der Beschlussantrag von Kollegen Lanz, der auch von mir mitunterzeichnet wurde, gerecht ist und der realen und derzeitigen wirtschaftlichen Situation Rechnung trägt. Ich ersuche die Kollegen hier im Landtag um Unterstützung dieses Antrages! Danke.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin! Ich frage mich wirklich, wenn wir im Anschluss an die Beschlussanträge der Mehrheit das Landesgesetz behandeln – ein Hilfspaket, auf das Südtirol seit Wochen und Monaten wartet –, warum wir hier einen Beschlussantrag der Mehrheit behandeln, der teilweise Kriterien für das Hilfspaket festsetzen soll, sprich Teil des Paketes ist, das die Regierung präsentiert. Es hat den Eindruck, als wollten sich die Abgeordneten der Mehrheit hier vorab sozusagen einen kleinen Trailer für den Film spielen, der dann in Form des Gesetzes kommt, zu dem wir ja alle unsere Stimme abgeben werden.

Ich bitte um eine getrennte Abstimmung der einzelnen Punkte des beschließenden Teils, denn wenn wir uns die Punkte ansehen, dann trifft vor allem der dritte zu, in dem es heißt, dass die effektive wirtschaftliche Notwendigkeit erfasst werden und im Vordergrund stehen muss und nicht einfach nur der ATECO-Kodex. Das ist natürlich sinnvoll. Das ist genau das, was wir immer sagen, dass nämlich jenen geholfen werden muss, die von den Covid-Maßnahmen, die erlassen worden sind, betroffen sind, jene, die nicht arbeiten konnten, jene Betriebe, die zusperrten mussten usw. Auch was die Bewertung des Umsatzes im Jahr zuvor anbelangt usw., muss man hier gezielt darauf schauen, da es ja unterschiedliche Situationen gibt, teilweise Situationen, in denen eben im Jahr 2019 Umbauarbeiten war oder anderes. Deshalb sollte man das nicht in die Bewertung miteinfließen lassen. Aber – und hier bitte ich wirklich die Kollegen der Opposition gut hinzuschauen – Punkt 2, der im ersten Moment ja ganz plausibel klingt, wenn es heißt "*die Unterstützungsmaßnahmen zuerst für Unternehmen im Haupterwerb angedacht werden, bevor Unternehmen im Nebenerwerb berücksichtigt werden*;", beißt sich mit Punkt 3, denn die wirtschaftliche Notwendigkeit hat nichts damit zu tun, ob ich etwas im Haupt- oder Nebenerwerb betreibe, sondern wo es mich getroffen hat, wo angesetzt wurde und wo mein Betrieb eingeschränkt war. Wenn wir uns zum Beispiel anschauen, wo wir überall Nebenerwerbe haben, dann sind es beispielsweise die Tankstellen, die einerseits Benzin liefern usw., andererseits als Nebenerwerb den Kiosk oder die Bar betreiben. Wir haben auch im Tourismus in vie-

len Bereichen Nebenerwerbe, Kollege Tauber. Da möchte ich wissen: Zählen die auf einmal nicht mehr zum Teil des Tourismus in Südtirol? Jene, die Zimmer vermieten usw. und das vielleicht im Nebenerwerb machen, aber auch die Haupteinnahme sein kann. Da reden wir nicht nur von Zimmervermietern, sondern auch von jenen, die Ausschänke betreiben, von jenen, die Wanderungen anbieten, von jenen, die Reithöfe betreiben oder Reitausflüge anbieten usw. Diejenigen fallen alle da hinein, die nur im Nebenerwerb sind. Wie stelle ich mir das vor? Zuerst werden diejenigen im Haupterwerb berücksichtigt und danach jene vom Nebenerwerb? Was passiert, wenn da nichts übrigbleibt? Also wenn es schon im Haupterwerb vergeben worden ist. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Deswegen bitte ich den Einbringer, das bei Punkt 2 zu streichen, denn es beißt sich mit den anderen Punkten, die die Einbringer eingebracht haben, die durchaus unterstützenswert sind.

LOCHER (SVP): Frau Präsidentin! Ich bin nach wie vor dieser Meinung, dass man denjenigen Personen helfen soll, die wirklich Schaden erlitten und kein Einkommen gehabt haben. Ich glaube, das ist notwendig. Es gibt ganz viele Bereiche, vor allem in der Hotellerie, in der Gastronomie, im Barbetrieb und bei den Skiliften. Dort sind die Personen vor allem saisonal angestellt. Wir haben ja alle ganz gespannt auf die Pressekonzferenz der Landesregierung gewartet, wo dieses umfangreiche Maßnahmenpaket enthalten war. Ich verstehe nicht ganz, dass man jetzt mit diesem Beschlussantrag versucht, gewisse Bereiche auszuhebeln. Das ist für mich nicht in Ordnung. SVP und Landesregierung haben gemeinsam mit der Lega das Paket ausgearbeitet, was grundsätzlich in Ordnung ist und in diese Richtung geht, jenen Menschen bzw. Personen zu helfen, die kein Einkommen haben. Ich verstehe Punkt 2 des Beschlussantrages in dieser Hinsicht nicht ganz, wenn einer zum Beispiel Zimmerer oder Maurer ist, seinem Beruf im Sommer nachgeht und im Winter Skilehrer macht. Das ist bei vielen Berufen so. Das bedeutet, dass er als Maurer oder Zimmerer eine Arbeit hatte, während jene des Skilehrers wegfiel. Das heißt, dass das nicht sein Hauptberuf ist. Der Hauptberuf ist eine andere Tätigkeit. Dann kann es auch sein, dass der Ehemann Maurer ist und die Frau einen kleinen Bar- oder Gastbetrieb führt. Im Grunde genommen ist der Gastbetrieb dann der Zu- und Nebenerwerb, aber nicht die Haupttätigkeit. Ich würde ganz einfach vorschlagen, das Wörtchen "zuerst" im Sinne der Gleichberechtigung zu streichen, indem man sagt: Man unterstützt diejenigen Personen, die ganz einfach kein Einkommen hatten. Denn unser Anliegen muss es sein, diesen Personen zu helfen, die kein Einkommen gehabt haben. Dann gibt es auch jenen Fall, wo eine Familie gemeinsam einen kleinen Hof bewirtschaftet und diese kleine minderwertige Einnahme aus dem Hof hat, der Vater aber im Winter zum Lift geht. Ich glaube, das ist nicht der Haupterwerb, sondern das ist der Zuerwerb, weil man meistens übers Berggesetz angestellt ist und als freiberuflicher Arbeiter beim Lift angestellt ist. Das betrifft auch viele andere, zum Beispiel einen Maurer, jemanden, der eine Landwirtschaft oder einen kleinen Weinhof hat und irgendwo noch eine kleine Pension dazu führt. Das ist im Grunde genommen auch der Haupterwerb und das andere ist der Nebenerwerb. Hier geht es auch um den kleinen Hof, einen UaB-Betrieb oder einen Buschenschank. Das heißt, viele sind hauptberuflich in einer Tätigkeit, wo sie in einer gewissen Hinsicht arbeiten haben können, aber auf der anderen Seite in der Nebentätigkeit kein Einkommen und einen riesigen Einkommensverlust hatten. Aus diesem Grund ersuche ich schon, Kollege Lanz und Mitunterzeichner, das auch im Sinne der Kollegialität innerhalb der Fraktion abzuändern. Es gibt verschiedene Bereiche; wir reden ja immer davon, dass wir breitgefächert sind und haben auch in diesem Moment Menschen zu vertreten, die ganz einfach keine Einnahmen hatten. Ich ersuche, dies abzuändern, ansonsten werde ich Schwierigkeiten haben, dem zuzustimmen. Danke schön!

NICOLINI (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles): Grazie presidente! Si è capito allora che c'è una frattura all'interno della maggioranza e la parte della maggioranza che vorrebbe decidere sui criteri si rivolge anche alla minoranza per avere un sostegno.

In effetti a mio parere questi criteri sono condivisibili, anche se più si mettono criteri da considerare all'interno di un provvedimento che dovrebbe essere urgente, più c'è il rischio che si ritardi l'erogazione e questo sarebbe un grande problema, perché sono già passati due mesi da quando il Governo Conte aveva ricevuto il via libera della Ragioneria dello Stato per questo decreto Ristori 5, dovevano essere quindi erogati subito, sono passati due mesi e i soldi non sono ancora arrivati, probabilmente si deciderà la settimana prossima per quanto sono i sostegni nazionali.

Si è spesso sottolineato che questi contributi che arrivano sono solo una parte, cioè sono supplementari rispetto a quelli dello Stato e in effetti se guardiamo un po' i dati delle perdite del PIL, quanto probabilmente hanno perso le aziende e se sommiamo gli aiuti provinciali e statali, ancora non arriviamo a coprire tutti i danni che ogni settimana che passa si aprono verso le aziende, e quindi è importante la velocità, senza inserire criteri troppo particolari.

Questi criteri, però, secondo il mio punto di vista vanno bene, l'imprenditore è un uomo economico, anche l'uomo politico cerca sempre di avere degli aiuti anche se non gli spettano per sopravvivere, però diciamo che in questo caso io credo che si dovrebbe comunque andare veloci a dare questi aiuti e considerare anche la situazione patrimoniale dell'azienda effettivamente, anche perché qua non si fa distinzione tra aiuti di supporto a fondo perduto ad esempio, oppure a contributi che arrivano attraverso prestiti bancari. È apprezzato anche l'accordo di garanzia che è stato fatto con le banche, però ricordiamo sempre che questi tipi di accordi vanno più a favore delle banche perché è la banca poi che garantisce nel caso di un'insolvenza, poi se l'imprenditore è insolvente per 20.000 euro o 200.000 euro cambia poco, l'imprenditore è già rovinato quando non riesce a ritornare il prestito.

In generale, comunque, darò voto favorevole a questa mozione. Grazie!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Ich hätte eine Frage an die Einbringer, wo ich ein bisschen das Problem sehe - und vielleicht können Sie mir hier Auskunft geben -, ob das vielleicht anders gemeint ist oder wie man das lösen will, wie man mit jenen Betrieben umgeht, die im vergangenen Jahr coronabedingt zwar nicht geschlossen waren, aber massive Ausfälle hatten. Ich möchte hier einige Beispiele nennen. Es gibt Unternehmen, die beispielsweise im Tourismus sehr stark als Zulieferer-Betriebe verankert sind, die aber zum Beispiel, da sie Lebensmittel verkaufen, in den letzten Monaten geöffnet geblieben sind, also nicht in den Genuss von Förderungen gekommen sind, aber aufgrund der Tatsache, dass ihre Betriebe, die sie normalerweise beliefern, geschlossen sind, also zum Beispiel Hotels usw., die natürlich mit einem massiven Einkommensverlust konfrontiert waren. Ein anderes konkretes Beispiel, das mir zugetragen wurde, sind die Schuhgeschäfte. Ungefähr vor einem Monat wurde die Verordnung des Landeshauptmannes erlassen, dass trotz des Lockdowns Kinderschuhe verkauft werden dürfen. Es gibt in Südtirol – glaube ich – aber nur ein einziges Geschäft, das explizit nur Kinderschuhe verkauft. Alle anderen führen gemischte Schuhwaren, also für Erwachsene, Damen, Herren und Kinder, wobei der Kinderschuhanteil der geringere Anteil ist. Diejenigen haben ihr Geschäft zwar offen gehabt, aber an die normalen Kunden die Schuhe nicht verkaufen dürfen. Sie fallen jetzt wieder durch den Rost, weil sie ja den Betrieb offen gehabt haben. Also hieß es: "Ihr dürft ja arbeiten und kommt somit nicht in den Genuss von Förderungen." Sie haben de facto aber einen Großteil ihrer Produkte nicht verkaufen können und dementsprechend auch einen Einkommensverlust erlitten. Also hier würde mich interessieren, wie die Einbringer gerade mit solchen Fällen umgehen wollen, und das sind nicht wenige in Südtirol.

PLONER Franz (Team K): Frau Präsident, ich habe nur eine Frage an den Einbringer. Er hat ja im beschließenden Teil – und das ist vorhin schon von Herrn Unterholzner angesprochen worden - den Steuersitz in operativen Sitz abgeändert. Der operative Sitz ist ja dort, wo an sich die Leistung erbracht wird, währenddessen der Steuersitz dort ist, wo sein Rechtssitz ist. Dann könnte dieser Steuersitz irgendwo anders sein. Dort werden ja die Steuern bezahlt und nicht hier, wo sein operativer Sitz ist. Der Steuersitz könnte ja zum Beispiel in Luxemburg und der operative Sitz hier in Südtirol sein. Warum hat man das rausgenommen? Denn die Zuschüsse für solche Betriebe sind ja eine Überbrückung, eine Soforthilfe, Kredite. Nun sind sie aber nicht als Steuerzahler primär hier im Lande tätig, sondern der Steuersitz ist irgendwo anders. Was war der Beweggrund, warum lässt man nicht beide Inhalte drinnen, sprich den Steuersitz und den operativen Sitz? Danke.

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Abgeordnete! Ich darf ganz kurz zu diesem Beschlussantrag Stellung nehmen und auch auf die Punkte, die der Kollege Lanz als solches angesprochen hat. Zuerst ist eines vorzuschicken: Wir haben bereits in der vergangenen Woche betont, dass wir hier von einer Existenzsicherung reden. Wir reden nicht davon, dass jeder unterstützt werden soll, der auch nur einen Tag schließen musste oder einen geringen Umsatzverlust als Ganzes hat, sondern wir reden darüber, dass wir entsprechend dort eingreifen müssen, wo die größten

Umsatzverluste als solche gegeben sind. Das ist wichtig zu betonen, damit nicht eine Erwartungshaltung draußen entsteht, dass jeder Umsatzverlust - auch ein geringer - durch das Land ausgeglichen wird. In Klammer ist sowieso eines zu betonen, wir reden hier von einer zusätzlichen Entschädigung, Unterstützung durch das Land als Entschädigung und Unterstützung neben dem Staat. Also ist es sozusagen ein Aufschlag, den wir als Land Südtirol zusätzlich zum staatlichen gewähren, und zwar für jene Betriebe, die die größten Schwierigkeiten als solche haben, die eine entsprechende Unterstützung erhalten sollen. Deswegen haben wir bei den verschiedenen Schienen, ob Zuschüsse oder Fixkostenbeiträge, ein Minus von 30 Prozent als Umsatzverlust vorausgesetzt. Zum Zweiten sollen Arbeitsplätze garantiert werden. Deswegen werden wir auch in den Kriterien, die wir derzeit dabei sind zu schreiben - natürlich unter der Voraussetzung, dass der Südtiroler Landtag zustimmt, dass die Mittel für dieses Landeshilfspaket bereitgestellt werden - festlegen, dass der Betrieb die Verpflichtung hat, innerhalb einer gewissen Marche auf jeden Fall Arbeitsplätze aufrechtzuerhalten und zu gewährleisten. Denn es wäre - glaube ich - nicht nachvollziehbar, wenn ein Betrieb eine hohe Unterstützung als solche erhält und danach entsprechend Arbeitsplätze in einem gewissen Ausmaß reduziert. Es muss immer die Möglichkeit sein, dass sich ein Betrieb von dieser Situation erholt, aber in einem gewissen Umfang. Das Bestreben muss immer sein, Arbeitsplätze als solche durch öffentliche Beiträge aufrechtzuerhalten. Als - Drittes und das auch im Hinblick auf das, was Kollege Locher gesagt hat - wollen wir Menschen in schwierigen Situationen, die beispielsweise Ausfälle gehabt haben, weil sie eine Tätigkeit nicht aufnehmen konnten, entsprechend unterstützen, indem wir Ausfallsfinanzierungen für eine gewisse Zeit zur Verfügung stellen. Wichtig ist auch zu betonen - und es ist die Anforderung immer an uns gerichtet -, dass diese Hilfen möglichst zügig und zielgerichtet, aber unbürokratisch ausgezahlt werden. Das ist sozusagen die famose Katze, die sich in den Schwanz beißt, denn einerseits soll möglichst genau auf den Betrieb hingeschaut werden, andererseits soll das Geld aber möglichst schnell ausgezahlt werden. Alles miteinander funktioniert nicht und wird nicht möglich sein. Entweder man versucht - und wir reden hier von Tausenden Betrieben - so auszuzahlen, indem man ein gewisses Vertrauen den Betrieben gegenüber hat, die beispielsweise für die Zuschüsse - und das wäre unser Vorschlag - wirklich selber erklären, dass sie einen gewissen Umsatzverlust haben, oder alternativ prüft man die Situation der Betriebe genauer. Wenn man die Situation der Betriebe genauer prüft, dann braucht es auch einen gewissen Zeitraum, bis die Hilfen entsprechend ausgezahlt werden. Wir haben uns für beides entschieden, für eine kleinere Schiene, und zwar immer gekoppelt an den Umsatzverlust. Das gilt auch im Hinblick auf den Punkt 3 des beschließenden Teiles. Wir gehen nicht von Sektoren aus, wir reden nicht für spezifische Sektoren, sondern immer davon, dass es einen gewissen Umsatzverlust als solches als Voraussetzung braucht. Das ist der erste und wesentliche Punkt. Dann wird der Betrieb selber klären, dass er diesen Umsatzverlust hat und wir werden diesbezüglich die Unterstützung in einem Ausmaß von bis zu 10.000 Euro gewähren. Dort aber, wo höhere Beiträge ausgezahlt werden, ist es unser Bestreben, die Situation genau anzuschauen, genau zu überprüfen, uns auch die Fixkostensituation des Betriebes anzuschauen und diesbezüglich, wenn höhere Beiträge ausgezahlt werden, muss auch ein zertifizierter oder bestätigter Bericht eines Wirtschaftsberaters oder der Buchhaltung mit dabei sein, denn ansonsten wäre es wenig nachvollziehbar, aufgrund von Eigenerklärungen möglicherweise bis zu 100.000 Euro auszuzahlen.

Auf ein paar Fragen, die gestellt worden sind, möchte ich ganz kurz eingehen. Erstens zum Thema Steuersitz. Es ist europarechtlich nicht denkbar vorzusetzen, dass nur Betriebe, die den Steuersitz im Land haben, eine Unterstützung bekommen können, auch wenn sie im Land tätig sind. Es ist nur möglich zu sagen, dass auf jeden Fall nur für diesen operativen Sitz eine Unterstützung gewährt wird. Es kann nicht vorausgesetzt werden, dass der Steuersitz auf jeden Fall im Land sein muss, sondern dass der operative Sitz im Land ist und man für diesen operativen Sitz eine entsprechende Unterstützung bekommt.

Zum Zweiten: In der ganzen Diskussion - und da ersuche ich um etwas guten Willen und auch Ausgleich in der ganzen Diskussion - zum Haupt- und Nebenerwerb möchte ich noch einmal betonen, dass es nicht darum geht - das werden wir auch nicht tun - gewisse Sektoren auszuschließen. Die Landwirtschaft und der Urlaub auf dem Bauernhof werden nicht ausgeschlossen, das haben wir bereits in der Diskussion deutlich gemacht, aber wir haben - um jetzt nicht über die Landwirtschaft zu sprechen - Situationen, wo jemand beispielsweise für seine eigene Beratungsfirma im Nebenerwerb ansucht und denselben vollen Landesbeitrag mitnimmt wie beispielsweise der Haupterwerb. Da ist durchaus denkbar, dass es eine Unterscheidung geben soll und deshalb haben wir gesagt, dass zuerst der Haupterwerb und dann der Nebenerwerb berücksichtigt wird. In diesem Sinne ist es auch zu unterstützen, aber es gibt keine Ausschlüsse und es gibt auch keinen Ausschluss der Landwirtschaft.

Die effektive wirtschaftliche Notwendigkeit ist mehrmals betont worden. Das habe ich schon gesagt, diese werden wir auch entsprechen anwenden, indem wir einen Umsatzverlust von mindestens 30 Prozent voraussetzen. Wer diesen nicht erreicht, soll auch keine Unterstützung als solche erhalten, denn es ist für uns nicht der Punkt, jeden und alles zu entschädigen, sondern diejenigen, die eine schwierige Situation haben. Besondere Ereignisse sind auf jeden Fall zu berücksichtigen, auch aus dem Jahr 2019, wenn es aus anderer Situation eine bestimmte Einschränkung für den Betrieb gegeben hat. Wir haben bestimmte Ausgaben bei der Fixkostenberechnung als solche angeschaut. Es werden auch bestimmte Situationen, wenn es sie gegeben hat, beispielsweise von unvorhergesehenen Punkten berücksichtigt, wenn es zum Beispiel im Jahr vorher Unwetter oder Unwetterschäden gegeben hat. Das wird man alles genau anschauen.

Die Hilfen, Kollege Faistnauer, sind substantiell, wenn wir Beiträge pro Betrieb auszahlen mit einer Deckelung mit bis zu 100.000 Euro. Das wäre ja für die Schiene Fixkostenzuschüsse der Fall. Dort werden wir entsprechend der Fixkosten des Betriebes abrechnen. Wir setzen voraus, dass man mindestens um die 30 Prozent Umsatzverlust in einem Jahreszeitraum als solchen hat und als solches kann man dann um eine Unterstützung von bis zu 100.000 Euro entsprechend ansuchen. Wir werden dann auch Situationen berücksichtigen - wie es im Beschlussantrag steht -, wenn jemand 2019 keine Einnahme hatte. Dann werden wir auch spezifisch entsprechend vorgehen, aber das ist in den Kriterien entsprechend zu schreiben. Ich will noch einmal betonen - und ich weiß, dass Kollege Schuler für den Bereich der Landwirtschaft und des Tourismus entsprechend antworten wird -, dass es eine zusätzliche Entschädigung zur Hilfe des Staates ist. Unterm Strich - glaube ich - soll eine wesentliche Unterersetzung herauskommen, summiert aus Staats- und Landeshilfen, dies zum einen. Zum Zweiten ist es wirklich eine Existenz- und Arbeitsplatzsicherung. Also wir können nicht überall als solches einschreiten, sondern dort, wo es wesentlich Schwierigkeiten gibt aufgrund eines gewissen Prozentsatzes des Ausfalles. In diesem Sinne können wir im Hinblick auf die Ausarbeitung der Kriterien dem Beschlussantrag zustimmen und ich ersuche die Kolleginnen und Kollegen auch um etwas guten Willen, was den Punkt Haupt- und Nebenerwerb betrifft, denn hier ist die Klärung gemacht worden, dass die Landwirtschaft in keiner Weise ausgeschlossen wird. Ich würde noch Kollegen Arnold Schuler das Wort für den Bereich Tourismus und Landwirtschaft geben.

SCHULER (Landesrat für Land- und Forstwirtschaft, Tourismus, Zivilschutz - SVP): Es bleibt keine Minute mehr. Ich werde die Zeit versuchen zu nutzen, liebe Vizepräsidentin, Kolleginnen und Kollegen! In der Kürze noch ein paar Sätze zum Urlaub auf dem Bauernhof, weil es auch Thema der Debatte war. Es geht hier - wie mehrfach betont worden ist - um Existenzsicherungen und Urlaub auf dem Bauernhof ist ein wichtiger Teil, um Existenzen bzw. die Existenz der Höfe zu sichern. Erstens ist Südtirol das Land, in dem Urlaub auf dem Bauernhof das erste Mal erwähnt worden ist. Zweitens gibt es nirgendwo auf der Welt einen so großen Anteil an Urlaub auf dem Bauernhof im Verhältnis zu den landwirtschaftlichen Betrieben. Das ist auch wichtig so und hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Höfe in ihrer Kleinstrukturiertheit noch in diesem Maß erhalten werden können. Und wenn dieser Bereich berücksichtigt wird - und das wird er werden -, dann wird das nicht automatisch erfolgen, sondern wird auch hier in den Kriterien festgehalten werden, da auch dieser Teil einen wesentlichen Teil an Umsatz des Betriebes ausmachen muss. Es muss ja das Prinzip sein, damit man dem Grundsatz, den wir uns hier gegeben haben, auch entsprechend gerecht wird. Das wird geschehen, denn noch einmal in aller Klarheit: Dieser Bereich wird mit diesem Beschlussantrag ja nicht ausgegrenzt, sondern auch bei der Erstellung der Kriterien entsprechend berücksichtigt werden. Danke schön!

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire il consigliere Leiter Reber sull'ordine dei lavori, ne ha facoltà.

LEITER REBER (Die Freiheitlichen): Danke, Frau Präsidentin! Da der Landesrat das anders erklärt, als es im Beschlussantrag steht bzw. sich dann auf die Kriterien bezieht, umso mehr bitte ich dann auch um eine namentliche Abstimmung, also nicht nur getrennt nach Punkten, sondern auch um eine namentliche Abstimmung. Denn der Punkt 2 steht im Widerspruch zu dem, was der Landesrat sagt. Wichtig wäre ja, dass wir über die Kriterien abstimmen oder uns im Landtag über die Kriterien auseinandersetzen. Auf die kommt es dann an. Aber das macht dann die Landesregierung in Eigenregie. Wir sind ja nur dazu da, die 500 Millionen Euro locker zu machen.

LANZ (SVP): Frau Präsidentin! Danke vor allem für den Input und die Diskussion. Ich bin doch etwas überrascht über die Fragen, warum wir dieses Thema hier im Landtag haben. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir dieses Thema hier im Landtag haben. Ich glaube auch, dass wir als Abgeordnete – und da gehöre ich auch dazu – das Recht haben, Anträge in den Landtag zu bringen. Natürlich stelle ich sie im gesamten Landtag zur Diskussion und bin natürlich für jede Unterstützung froh, auch für jede Kritik. Ich möchte jetzt kurz auf einige Punkte eingehen.

Einiges hat Landesrat Achammer bereits gesagt. Ich glaube, hier decken sich die Zielrichtungen und dem kann ich auch zustimmen. Kollege Nicolini hat gesagt, dass die Geschwindigkeit dann im Widerspruch zur Verantwortung bzw. zur Sorgfaltspflicht ist, die öffentliche Gelder mit sich bringen. Natürlich wäre es idealer, wenn wir sagen könnten, dass wir jetzt mal auszahlen und das dann schon passen wird. Aber leider ist dem nicht so. Dann braucht es eine gewisse Vorlaufzeit, es braucht eine gewisse Zeit, um diese Themen zu prüfen. Ich glaube, dass das auch notwendig ist.

Ein weiterer Punkt, der angesprochen worden ist, war, ob es substanzielle Beiträge sind oder nicht. Wir müssen immer vom durchschnittlichen Betrieb in Südtirol ausgehen. Natürlich ist die Betriebsgröße von Sektor zu Sektor unterschiedlich, aber im Durchschnitt kann man davon ausgehen, dass wir drei bis vier Beschäftigte haben. Das heißt, wir haben einen gewissen Umsatz. Wenn wir davon ausgehen, dass das dann beispielsweise 400.000 Euro Umsatz sind und 30 Prozent Rückgang, dann hat man 120.000 Euro Umsatzrückgang. Davon sind gewisse Kosten dann fürs Personal, die man – wenn man in die Schiene einfährt - über den Lohnausgleich abgedeckt hat. Dann erspart man sich gewisse Kosten und es bleibt vielleicht ein Verlust von 40.000 bzw. 50.000 Euro übrig. Wenn man auf diesen dann einen Beitrag von 10.000 Euro bekommt, dann - glaube ich - ist es substanziell, natürlich nicht auf den Gesamtumsatz. Man muss es aber schon differenziert betrachten. Nachdem die Betriebe ja die Möglichkeit haben, die Schiene über die Fixkosten oder eben über diese Kapitalbeiträge zu wählen, glaube ich schon, dass dementsprechend auch der Betrieb bewerten kann, wo er entsprechend seinem Verlust aufgrund des Umsatzrückganges dann auch die Unterstützung bekommt, die für ihn wichtig ist.

Das Thema Steuersitz/operativer Sitz wurde angesprochen. Natürlich ist wichtig, dass vor allem die Tätigkeit stattfindet. Es ist auch möglich, nur einen operativen Sitz in Südtirol zu haben und zum Beispiel den Steuersitz irgendwo anders. Das kennen wir ja. Natürlich wäre es wünschenswert, wenn Steuersitz und operativer Sitz in Südtirol sind. Es würde dann aber doch einige wichtige Sparten ausschließen. Es gibt die Deckelung, das legt dann die Landesregierung fest. Das habe ich in diesem Beschlussantrag nicht definiert; soweit wollte ich nicht gehen.

Worauf ich nochmal eingehen möchte, ist das Thema Haupt- und Nebenerwerb. Alle haben gesagt - und ich habe es mir notiert -, dass wir dort, wo kein Einkommen war, wo Existenzen gefährdet sind, helfen müssen. Wenn ich dann einen Haupterwerb habe, wo ich Einnahmen hatte, auch wenn sie geringer waren, und ich im Nebenerwerb dann größere Verluste einstecken musste, dann habe ich schon die Möglichkeit, aufgrund meines Haupteinkommens die Situation abzufedern. Wie gesagt, es geht mir hier – sonst hätte ich es anders geschrieben – nicht um den landwirtschaftlichen Nebenerwerb, sondern generell um das Thema Nebenerwerb. Ich glaube, es ist notwendig, dass bei jenen Betrieben, die effektiv in der gleichen Tätigkeit sind und das als Haupt- oder Nebenerwerb machen, eine Differenzierung stattfindet. Landesrat Schuler hat auch angesprochen, dass das bereits im Frühjahr so gemacht worden ist. Ich glaube, das ist richtig so. Diesen Grundsatz sollen wir weiterbringen. Er steht auch nicht zum Thema des ATECO-Kodex. Kollege Leiter Reber, ich mache Ihnen ein Beispiel. Es gab vielleicht früher einen Betrieb, der als Tischler angefangen hat. Jetzt macht er Montagearbeiten. Das wäre ein anderer Kodex, den er aber nicht eingetragen hat. Wenn wir dann rein nach dem Kodex vorgehen, würde er ausfallen. Das macht keinen Sinn. Deswegen wollen wir das differenziert bewerten und sowohl den Haupt- als auch den Nebenerwerb drinnen haben, aber in abgestufter Form. Ich glaube schon, dass das Sinn macht und dementsprechend auch funktionieren kann.

Noch einmal: Mit diesem Regelwerk - und ich dachte eigentlich, dass es ein Mehrwert für den Landtag ist - haben wir die Möglichkeit, über diese Kriterien, Punkte zu reden, weil das ja die Basis oder die Rahmenbedingungen für die Entscheidungen der Landesregierung sind.

Ich möchte noch einmal auf diesen Punkt zurückkommen. Sie sehen, dass der Beschlussantrag Anfang Februar eingereicht worden ist. Somit liegt er jetzt 1,5 Monate hier auf. Wir hatten 1,5 Monate lang Zeit, noch zusätzliche Kriterien einzufügen. Wir sollten diese Geldmittel – ich sage jetzt nicht - blindlings der Landesregierung geben, sondern auf eine sehr vernünftige und lösungsorientierte Art und Weise der Landesregierung zur Verfügung stellen und jetzt mit diesen Kriterien wichtige Rahmen abstecken. Deswegen bedanke

ich mich für die Diskussion und vor allem auch für die Unterstützung der Südtiroler Betriebe, die auf diese Gelder warten. Ich glaube auch, dass sie mit solchen Kriterien einverstanden sein werden.

PRESIDENTE: Come richiesto dal consigliere Leiter Reber pongo in votazione la mozione n. 384/21 per appello nominale e per parti separate.
Apro la votazione sulle premesse.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Le premesse sono approvate con 25 voti favorevoli e 8 astensioni.

Presenti: 33 consiglieri, votanti: 33, non votanti: 2 (Bessone, Noggler).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Deeg, Faistnauer, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Kompatscher, Köllensperger, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Renzler, Rieder, Schuler, Unterholzner, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Si sono astenuti i consiglieri Atz Tammerle, Dello Sbarba, Foppa, Leiter Reber, Mair, Repetto, Staffler e Urzi.

Apro la votazione sul punto 1 del dispositivo emendato.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 1 della parte dispositiva è approvato con 29 voti favorevoli, 3 voti contrari e 2 astensioni.

Presenti: 34 consiglieri, votanti: 34, non votanti: 1 (Noggler).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Atz Tammerle, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Kompatscher, Köllensperger, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Nicolini, Ploner Alex, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Staffler, Unterholzner, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Hanno votato no i consiglieri Faistnauer, Ploner Franz e Urzi.

Si sono astenuti i consiglieri Leiter Reber e Mair.

Apro la votazione sul punto 2 della parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 2 della parte dispositiva è approvato con 29 voti favorevoli, 3 voti contrari e 2 astensioni. Presenti: 34 consiglieri, votanti: 34, non votanti: 1 (Noggler).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Köllensperger, Ladurner, Lanz, Locher, Mattei, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Staffler, Unterholzner, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Hanno votato no i consiglieri Leiter Reber, Mair e Urzi.

Si sono astenuti i consiglieri Atz Tammerle e Knoll.

Apro la votazione sul punto 3 della parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 3 della parte dispositiva è approvato con 30 voti favorevoli e 4 astensioni.

Presenti: 34 consiglieri, votanti: 34, non votanti: 1 (Noggler).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Bessone, Deeg, Faistnauer, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Kompatscher, Köllensperger, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Mattei, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Unterholzner, Urzi, Tauber, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Si sono astenuti i consiglieri Atz Tammerle, Dello Sbarba, Foppa e Staffler.
Apro la votazione sul punto 4 della parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 4 della parte dispositiva è approvato con 32 voti favorevoli e 1 astensione.

Presenti: 33 consiglieri, votanti: 33, non votanti: 2 (Noggler, Bessone).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Atz Tammerle, Deeg, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Knoll, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Mattei, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Staffler, Tauber, Unterholzner, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Si è astenuto il consigliere Urzi.

Apro la votazione sul punto 5 della parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 5 della parte dispositiva è approvato con 33 voti favorevoli e 1 astensione.

Presenti: 34 consiglieri, votanti: 34, non votanti: 1 (Noggler).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Atz Tammerle, Bessone, Deeg, Dello Sbarba, Faistnauer, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Knoll, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Mattei, Ploner Alex, Ploner Franz, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Staffler, Tauber, Unterholzner, Urzi, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Si è astenuto il consigliere Nicolini.

Apro la votazione sul punto 6 della parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 6 della parte dispositiva è approvato con 29 voti favorevoli e 4 astensioni.

Presenti: 33 consiglieri, votanti: 33, non votanti: 2 (Noggler, Bessone).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Atz Tammerle, Deeg, Faistnauer, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Knoll, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Mattei, Nicolini, Ploner Franz, Ploner Alex, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Tauber, Unterholzner, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Si sono astenuti i consiglieri Dello Sbarba, Foppa, Staffler e Urzi.

Apro la votazione sul punto 7 della parte dispositiva.

*(Votazione per appello nominale con procedimento elettronico -
Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung)*

Il punto 7 della parte dispositiva è approvato con 32 voti favorevoli e 1 astensione.

Presenti: 33 consiglieri, votanti: 33, non votanti: 2 (Faistnauer, Noggler).

Hanno votato sì i consiglieri Achammer, Alfreider, Amhof, Atz Tammerle, Bessone, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Köllensperger, Knoll, Kompatscher, Ladurner, Lanz, Leiter Reber, Locher, Mair, Mattei, Nicolini, Ploner Alex, Ploner Franz, Renzler, Repetto, Rieder, Schuler, Staffler, Tauber, Unterholzner, Vallazza, Vettorato, Vettori e Widmann.

Si è astenuto il consigliere Urzi.

Punto 156) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 386/21 del 4/2/2021, presentata dai consiglieri Amhof, Lanz, Locher, Renzler e Tauber, riguardante fondo altoatesino per la formazione continua."**

Punkt 156 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 386/21 vom 4.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Amhof, Lanz, Locher, Renzler und Tauber, betreffend eigener Weiterbildungsfonds für Südtirol."**

Eigener Weiterbildungsfonds für Südtirol

Ein Teil der Pflichtabgaben, den Südtirols Betriebe begleichen, fließt in den "Fondimpresa", in den "Fondo For.te" oder in weitere staatliche Fonds, die Weiterbildung und Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern finanzieren. Die Betriebe können durch ihre Einschreibung in diese Fonds ohne zusätzliche Kosten gezielte Fortbildungsangebote, Qualifizierungs- und Umschulungsmöglichkeiten für ihre Mitarbeiterinnen nutzen. Obwohl die Palette der akkreditierten Angebote sehr umfangreich ist, nehmen nur wenige Betriebe diese Gelegenheit wahr. Einige große Unternehmen im Land wissen sie zu nutzen und erhalten so ihre Abgaben in Form von Qualifizierungs- und Weiterbildungsangeboten für ihre Mitarbeiterinnen zurück. Viele Sektoren, wie Handwerk, Handel, Gastgewerbe usw. greifen eher verhalten in den Topf. Kaum etwas von den eingezahlten Abgaben kommt so nach Südtirol zurück. Von den zehn Mio. Euro, die jährlich abgeliefert werden (müssen), bleiben schätzungsweise sieben Mio. Euro in den Fonds. Dieses Geld könnte gerade jetzt – in einer Zeit des radikalen Umbruchs und ganz im Sinne einer aktiven Arbeitsmarktpolitik für Weiterbildung, Qualifizierung und Umschulung der Mitarbeiterinnen genutzt werden. Ein eigener lokaler, territorialer, interprofessioneller Weiterbildungsfonds für Südtirol ist schon seit längerem Wunsch und Ziel der Sozialpartner in Südtirol. Dazu wurde in Rom ein Abänderungsantrag zum entsprechenden Gesetzesentwurf deponiert, der darauf abzielt, zusätzlich zu den staatlichen Fonds einen Weiterbildungsfonds zu errichten, der von lokalen Betrieben gespeist und für die Fortbildung der Südtiroler Arbeitnehmerinnen genutzt werden kann. So würden die Mittel im Lande bleiben. Rund sieben Mio. Euro könnten künftig ohne Zusatzkosten für Weiterbildung, Qualifizierung und Umschulungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.

Dies vorausgeschickt

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Südtiroler Landesregierung,

- die Einrichtung eines lokalen, territorialen, interprofessionellen Weiterbildungsfonds voranzutreiben, in welchem die bereits jährlich getätigten Abgaben für die Weiterbildungsmaßnahmen der Arbeitnehmerinnen kanalisiert werden könnten;*
- die Südtiroler Betriebe zu informieren und zu sensibilisieren, den lokalen Fonds zu nutzen, um damit die Weiterbildungsmaßnahmen für die Arbeitnehmerinnen zu verstärken.*

Fondo altoatesino perla formazione continua

I contributi obbligatori che gravano sulle aziende altoatesine confluiscono in parte in "Fondimpresa", nel "Fondo For.te" o in altri fondi statali che finanziano la formazione continua e la qualificazione professionale delle lavoratrici e dei lavoratori dipendenti. Iscrivendosi a questi fondi, le aziende possono fruire senza costi aggiuntivi di offerte di aggiornamento professionale nonché di possibilità di qualificazione e riqualificazione mirate per le collaboratrici e i collaboratori. Anche se l'offerta formativa accreditata è ampia, ne approfittano poche aziende. Alcune grandi imprese della nostra provincia colgono questa opportunità e si vedono così restituiti i loro contributi sotto forma di offerte di qualificazione e formazione continua per le loro collaboratrici e i loro collaboratori. Molti settori quali l'artigianato, il commercio, gli esercizi ricettivi ecc. esitano ad approfittare di questa possibilità, e quindi ben poco dei contributi versati rientra in Alto Adige. Si stima che ogni anno rimangano nel fondo sette dei dieci milioni di euro che vi vengono (devono essere) versati. Questo denaro potrebbe essere usato proprio ora – in una fase di cambiamenti radicali e pienamente in linea con una politica attiva del mercato del lavoro – per la formazione continua, la qualificazione e la riqualificazione delle collaboratrici e dei collaboratori. Un fondo

altoatesino per la formazione continua che sia locale, territoriale e interprofessionale è da tempo desiderio e obiettivo delle parti sociali in Alto Adige. A tal fine, a Roma è stato presentato un emendamento al relativo disegno di legge che mira a istituire, in aggiunta ai fondi statali, un fondo per la formazione continua che sia alimentato dalle aziende locali e venga utilizzato per l'aggiornamento professionale delle lavoratrici e dei lavoratori dipendenti altoatesini. In questo modo i mezzi finanziari rimarrebbero in provincia. In futuro potremmo avere a disposizione senza ulteriori costi circa sette milioni di euro per la formazione continua, la qualificazione e la ri-qualificazione.

Tutto ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
incarica*

la Giunta provinciale

- *di promuovere la creazione di un fondo per la formazione continua che sia locale, territoriale e interprofessionale, nel quale far confluire i contributi già versati annualmente per la formazione continua delle lavoratrici e dei lavoratori dipendenti;*
- *di informare e sensibilizzare le aziende altoatesine affinché utilizzino il fondo locale, in modo da potenziare le misure di formazione continua per le lavoratrici e i lavoratori dipendenti.*

Abgeordnete Amhof, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

AMHOF (SVP): Danke, Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht hier um einen eigenen Weiterbildungsfonds für Südtirol. Wie Sie wissen, zahlen die Südtiroler Betriebe einen Anteil der Pflichtabgaben, die sie zu zahlen haben, in staatliche Fonds, die für die Weiterbildung und Qualifizierung ihrer Mitarbeiter angelegt werden. Das sind zum Beispiel der "Fondimpresa" oder auch der "Fondo For.te". Die Betriebe können durch ihre Einschreibung in diese Fonds ohne zusätzliche Kosten Weiterbildungs- und Qualifizierungsangebote nutzen. Das sind dann eine breite Palette von wirklich akkreditierten Angeboten, aber bisher nehmen relativ wenige Betriebe diese Fonds in Anspruch. Ich habe hier aufgelistet, dass vor allem die Sektoren wie Handwerk, Handel oder Gastgewerbe dabei sind, wobei ich beim Gastgewerbe die Erfahrung gemacht habe, dass vor allem der HGV sehr bemüht ist, Gelder abzuholen und Angebote zu machen. Aber nichtsdestotrotz werden von den circa zehn Millionen Euro, die die Südtiroler Betriebe pro Jahr in diese Fonds ableiten, in etwa drei Millionen von Südtiroler Betrieben genutzt und wieder beansprucht. Das heißt eigentlich ein Bruchteil dessen, was ihnen zur Verfügung stünde, wird auch wirklich in Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgegeben, wobei nicht gesagt ist, dass sie keine Angebote für die Mitarbeiter machen. Das machen die Südtiroler Betriebe schon, nutzen dafür aber nicht diese staatlichen Fonds. Gerade jetzt könnten Betriebe dieses Geld dringend benötigen, um ihre MitarbeiterInnen zu qualifizieren, umzuschulen oder wie auch immer. Aus diesem Grund haben wir uns überlegt, einen eigenen lokalen, territorialen, interprofessionellen Weiterbildungsfonds für Südtirol anzustreben. Das ist auch ein Wunsch der verschiedensten Verbände, aber vor allem auch der Gewerkschaften. Das ist ein Anliegen der Südtiroler Sozialpartnerschaft, worauf sie schon seit Längerem drängen. Dazu gab es auch letzthin einen Abänderungsantrag damals noch zum "Decreto Ristori", nun soll dieser Änderungsantrag zum "Decreto sostegni" eingereicht werden. Also war er schon eingereicht bzw. ausgehandelt und zielt darauf ab, genauso einen lokalen Weiterbildungsfonds einzurichten zusätzlich zu den staatlichen, wobei jetzt aber diese Pflichtabgaben anstatt in die staatlichen Fonds, in den lokalen Fonds eingespeist werden. So würden die Mittel im Land bleiben und den Qualifizierungen der MitarbeiterInnen hier im Lande zur Verfügung stehen. Dies vorausgeschickt, beauftragen wir die Südtiroler Landesregierung, einen solchen lokalen, territorialen und interprofessionellen Weiterbildungsfonds voranzubringen, also alles zu unternehmen, um so einen Fonds einzurichten, in welchem die bereits jährlich getätigten Abgaben für die Weiterbildungsmaßnahmen der Arbeitnehmerinnen kanalisiert werden können. Zum Zweiten sollten die Südtiroler Betriebe dahingehend informiert und sensibilisiert werden, den lokalen Fonds zu nutzen, um damit die Weiterbildungsmaßnahmen für die Arbeitnehmerinnen zu verstärken. Das wäre im Großen und Ganzen der Inhalt dieses Beschlussantrages. Ich freue mich auf jede Wortmeldung sowie zusätzliche Anregung, die noch von Ihrer Seite kommt. Danke!

KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Frau Präsidentin! Das ist ein interessanter Antrag, weil in der Tat mehrere auch schon an uns herangetreten sind und diesen Wunsch vorgebracht haben. Es wäre wirklich wünschenswert, wenn das Geld effektiv in Südtirol verwendet werden könnte und nicht ins Ausland fließt. Deswegen finde ich das wirklich unterstützenswert, wenn Südtirol in diesem Bereich eigenständig tätig wird. Ich würde mir wünschen, dass wir das in mehreren Bereichen machen würden. Es gibt ganz viele Bereiche, wo die Südtiroler teilweise Steuergelder auch einfließen lassen, die dann aber letzten Endes nicht den Steuerzahlern in Südtirol zugutekommen. Denken wir nur an die Pensionskasse! Das wären Bereiche, wo gerade in Südtirol eine eigenständige Pensionsfürsorge wesentlich attraktiver für unser Land wäre. Es gab jetzt in jüngster Zeit auch wieder Initiativen in dieser Hinsicht. Deswegen glaube ich, dass jede Initiative, die Südtirol ein Stück weit unabhängiger macht und dafür sorgt, dass das Geld der Südtiroler in Südtirol bleibt, sinnvoll und unterstützenswert ist. Wir würden uns wünschen, dass die SVP auch in anderen Bereichen noch mutigere Schritte in Richtung mehr Unabhängigkeit und in Richtung mehr Eigenständigkeit setzen würde.

PLONER Alex (Team K): Frau Präsidentin, wir werden diesen Antrag auch unterstützen. Interessant ist vor allem der zweite Punkt in dieser Sache. Da muss man vielleicht auch einmal ein bisschen zurückblicken und dann eine kleine Analyse vom Ganzen machen. Man muss sich fragen, warum wir das bisher verabsäumt haben, warum wir bisher nur 30 Prozent des Potentials sozusagen nutzen, das uns zur Verfügung stehen würde. Also was passiert mit den 7 Millionen Euro, die wir nicht nutzen? Letzten November hat es in dieser Sache ein Treffen zwischen den großen Verbänden Südtirols und den Gewerkschaften gegeben. Das war am 12. November und da hat es auch eine gemeinsame Willensbekundung gegeben. Ich zitiere aus dieser Willensbekundung: *"Südtirol ist von enormer Bedeutung, einen solchen interprofessionellen Weiterbildungsfonds auch auf lokaler Ebene mit dezentralen Strukturen zu gründen, und zwar unter Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit und der kulturellen Besonderheit."* Also hier nehmen wir uns schon etwas vor, auch diese strukturell aufgeteilte Geschichte. Da sind auch die Verbände gefragt, jene Verbände, die diese Weiterbildung anbieten und morgen organisieren müssen. Wenn wir es in der Vergangenheit nicht geschafft haben, dann müssen wir uns jetzt eben Gedanken darüber machen, wie wir das in der Zukunft schaffen werden. Hier kommt auf jene, die diesen Beschlussantrag dann umsetzen, wirklich eine Verpflichtung und eine große Verantwortung zu, auf dass wir das dann auch organisatorisch hinbekommen. Wenn wir es in der Vergangenheit nicht geschafft haben, dann muss man sich Gedanken darüber machen, wie wir das in der Zukunft schaffen. Also an sich das Thema sehr wichtig: Weiterbildung sowieso, dass wir hier auch Kraft hineinbekommen. Wenn das Kapital und das Geld da ist, dann liegt es nur noch an uns selbst und an allen, die hier zusammenarbeiten, diese Dinge schlussendlich auch professionell umzusetzen.

Noch einmal: Wir werden diesen Beschlussantrag unterstützen und wünschen denen, die das jetzt organisieren, viel Erfolg, auf dass sie es dann schaffen, es wirklich breit aufzustellen und umzusetzen!

REPETTO (Partito Democratico - Liste civiche/Demokratische Partei - Bürgerlisten): Grazie! La costituzione dei fondi interprofessionali è sicuramente un'innovazione e una leva strategica per le imprese, per le aziende che aderiscono a Fondimpresa, fondo gestito praticamente da Confindustria e organizzazioni sindacali, che è il fondo più grande e strutturato esistente, questo costituisce un'opportunità semplice ed efficace per finanziare la formazione, nella nostra provincia anche quella obbligatoria sulla sicurezza. Le aziende hanno infatti le loro risorse, lo 0,30% dei contributi INPS, accantonato in un conto aziendale a cui possono accedere con facilità e flessibilità, come se fosse un conto corrente da utilizzare per la formazione dei propri collaboratori, in più è possibile accedere al Conto di Sistema configurabile come contributi pubblici, quindi un po' più complesso, rispondendo a bandi di contributi aggiuntivi. L'accesso ai contributi provinciali e del Fondo sociale europeo, per contro, è diventato sempre più burocratico e difficoltoso.

Io ritengo che questa mozione sia soprattutto orientata agli artigiani e i commercianti perché il loro fondi non funzionano altrettanto bene e perché le aziende sono micro o piccole e non accumulano sufficienti risorse per la formazione. Temo che questo fantomatico fondo provinciale serva per garantire il mantenimento di strutture di formazione locali piuttosto che favorire una vera formazione continua. Togliendo risorse ai fondi interprofessionali si rischia che le aziende che investono veramente in formazione, le piccole e medie imprese e le grandi imprese, vengano private dell'unico strumento veramente efficace a loro disposizione. Anche le aziende commerciali più strutturate che aderiscono a For.Te., cioè il fondo del commercio, riescono ad accedere a molti finanziamenti, ovvio che per i piccoli commercianti e i piccoli artigiani è più difficile, ma è

anche vero che questi fanno soprattutto e quasi esclusivamente la formazione obbligatoria e che la Camera di Commercio offre molta formazione anche gratuita, per cui io voterò contro questa mozione. Grazie!

TAUBER (SVP): Speziell unser Sektor hat mit dem For.te-Fond sehr gut gearbeitet. Vor allem in der Ausbildung der Unternehmen für die Weiterentwicklung der Mitarbeiter hatten wir in den letzten Jahren über For.te einiges nach Südtirol bringen können. Ich glaube, diese Covid-Zeit lässt uns jetzt rückbesinnen, dass wir alle gemeinsam vor Ort noch gezielter Dinge anschieben und Ausbildungen für unsere verschiedenen Unternehmen bestmöglichst garantieren können. Ich bin auch davon überzeugt - wie auch in den Gesprächen, die mit den verschiedenen Sozialpartnern geführt wurden -, dass speziell das gemeinsame Commitment, sich hier stark auf diesen Südtiroler Weiterbildungsfonds einzulassen, für uns künftig Erfolge bringen wird. Ich bin nicht der Meinung wie Kollege Repetto, dass das für uns alle ein großer Schaden ist. Ich denke, wir können die Dinge hier zielgenauer diskutieren, vor Ort mitentscheiden und entsprechend für unsere Unternehmen Dinge weiterbringen.

RENZLER (SVP): Frau Vizepräsidentin! Ich bin schon – wie meine Vorredner gesagt und betont haben – voll für die Schaffung eines solchen Fonds. Ich möchte ausnahmsweise auch Kollegen Knoll Recht geben, wenn er sagt, dass das Geld ins Ausland fließt, aber in dem Sinn, dass ein Großteil der Referenten ausländische Staatsbürger sind und dadurch das Geld für die Bezahlung dieser Referenten ins Ausland fließt. Ich würde etwas vorsichtiger sein bei den Aussagen des Kollegen Knoll im Zusammenhang mit der INPS. Die Bilanzen des INPS in Südtirol, die sich aus der derzeitigen Covid-Notsituation ergeben, werden wir das nächste Jahr sehen und merken, dass eine einjährige Situation, wie wir sie heute haben, sich sehr negativ auf die Bilanzen und auf die Renteneinzahlungen auswirken wird. Kollege Knoll, Sie beziehen sich immer auf eine Beantwortung des INPS aus dem Jahr 2011. Die Antwort wurde damals von mir selber geschrieben. In der Zwischenzeit haben sich auch die Einzahlungen der Rentenbeiträge zu Ungunsten der ausgezahlten Pensionszahlungen verändert und man darf bei den Einzahlungen der Rentenversicherungsbeiträge niemals vergessen, dass es nicht nur ausschließlich Renteneinzahlungen für die Rente sind, sondern jede Menge Einzahlungen, jede Menge andere Instrumente in den 33 Prozent, welche die Betriebe für die lohnabhängigen Arbeitnehmer einzahlen, beinhalten. Wenn man dann die ganzen Verwaltungskosten des INPS dazuzählt, dann kommt man auf eine schöne Summe, die belegt, dass das INPS auch in Südtirol zur Zeit schon rote Zahlen schreibt und eigentlich nicht eigenständig mit den in Südtirol eingezahlten Beiträgen überleben bzw. schwarze Zahlen schreiben könnte. Deshalb muss man mit solchen Aussagen ein wenig vorsichtig sein und es ist sicherlich richtig, dass man versuchen wird, einige Zuständigkeiten, die zur Zeit vom Nationalinstitut für Soziale Fürsorge im Auftrage des Staates ausbezahlt werden, an das Land zu übertragen, um vor allem Doppelgleisigkeiten, sprich bei der Arbeitslosenunterstützung, bei den Lohnausgleichskassen usw. zu vermeiden, in der Hoffnung, dass wir auch in der Lage sind, die informatischen Instrumente dafür rechtzeitig bereitzustellen. Danke!

MAIR (Die Freiheitlichen): Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz natürlich auch von unserer Seite absolute Zustimmung zu diesem wichtigen Beschlussantrag, zu dieser wichtigen Thematik. Ich kann mir vorstellen, gerade in, während und nach dieser Krise, in der wir uns befinden, ist ein absolut wichtiges Thema, gerade was die Umschulungsmöglichkeiten für wahrscheinlich zahlreiche arbeitslos gewordene Arbeitnehmerinnen anbelangt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich den Vorrednern natürlich Recht geben, wenn sie sagen, dass Südtirol bedarfsgerechter und zielgerichteter auszurichten ist. Deswegen natürlich schon einmal diesbezüglich absolute Zustimmung. Ich möchte aber eine Klammer aufmachen, um bei dieser Thematik die Gelegenheit zu nutzen, dem Landesrat eine Frage zu stellen. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, wo ich diesen Artikel gelesen habe, aber jüngst – wo es auch darum ging, ob jetzt die große Kündigungswelle kommen wird usw. - wurde vom ASGB-Vorsitzenden Tony Tschennett dieses Modell der Arbeitsstiftungen, welches es auch in Österreich gibt, genannt und auch als Möglichkeit ins Feld geführt bzw. als Beispiel genannt, wie man arbeitslos gewordene Arbeitnehmer auffangen und durch diese Arbeitsstiftungen weiterbringen kann. Hat sich die Landesregierung mit dieser Thematik beschäftigt? Wie sieht die Landesregierung diese Möglichkeit, vor allem was den rechtlichen Aspekt anbelangt? Hätte Südtirol überhaupt die Möglichkeit, solche Arbeitsstiftungen selbst voranzubringen? Natürlich wäre das eine römische Geschichte, müsste der Staat irgendwo aktiv werden. Ich weiß jetzt nicht, ob es in dieser Richtung etwas gibt, aber das wäre meine Frage, ob Südtirol diesbezüglich überhaupt die rechtliche

Kompetenz hätte, solche Stiftungen einzuführen. Denn die Arbeitslosen könnten weiterhin das Arbeitslosengeld beziehen, sind aber trotzdem pensionsversichert und bekommen eben von diesen Unternehmungen, welches die Umschulungen usw. durchführt, eine Stelle in Aussicht gestellt. Also würden sich da irgendwelche neue Arbeitsgeschichten, neue Jobangebote usw. ergeben. Hat sich die Landesregierung schon damit beschäftigt?

LANZ (SVP): Frau Präsidentin, ich komme auf ein paar Anregungen, die bereits gefallen sind, Kollegin Amhof wird dann sicherlich ergänzen. Warum hat es bis jetzt nicht funktioniert? Es gab Alternativen, die einfacher und effizienter waren sowie auch dementsprechend von den Strukturen genutzt worden sind. Ich erwähne hier zum Beispiel die Förderungen über den Europäischen Sozialfonds, wo sehr viel an Weiterbildungsmaßnahmen finanziert worden ist. Seitdem dort die Gelder knapper und effektiv auch komplizierter geworden sind, sucht man natürlich nach Alternativen. Diese Fonds - muss man auch sagen -, die jetzt bestehen, zentral und national eingegliedert sind, haben noch die Schwierigkeit, dass natürlich bei der Erstellung der Programme die lokalen Bedürfnisse weniger berücksichtigt werden. Deswegen macht es Sinn, wenn so ein Fonds lokal ist und dann hier bespielt werden kann. Man muss auch dazusagen, dass natürlich die Gestaltung des Fonds Thema der Sozialpartner ist. Hier wissen wir, dass doch einige Sozialpartner in Südtirol eine sehr starke Verbindung nach Rom haben. Dementsprechend war es natürlich immer deren Anliegen, dass solche Fonds national geführt und die verschiedenen Maßnahmen usw. definiert werden. Wenn es nun gelingt, dass wir diesen Fonds hier im Territorium machen und ihn auch hier dementsprechend gestalten können, dann hat man natürlich viel mehr Flexibilität – wie gesagt – beim Programm, aber auch was die Sichtbarkeit betrifft. Es ist vor Ort, es ist lokal und macht dann auch mehr Sinn. Ich glaube, diesen Mehrwert und diese Möglichkeit müssen wir erkennen. Und ich muss dem Kollegen Repetto insofern widersprechen, wenn wir es vor Ort machen, dann nehmen wir niemandem etwas, denn derjenige, der jetzt vielleicht in Rom um diese Unterstützungen angesucht hat, kann morgen auch in Bozen darum ansuchen. Es wird immer so sein, dass wir viel mehr Betriebe in diese Richtung sensibilisieren müssen, viel mehr Themen aufgreifen. Wir haben sehr oft Situationen, wo sich Betriebe dann sagen, dass sie diese Arbeit machen, weil es sich wegen ein paar Hundert Euro nicht auszahlt, aber die Weiterbildung trotzdem machen. Ich glaube, hier müssen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern daran arbeiten, dass der Zugang zu diesen Fonds einfacher und effizienter wird, wie wir heute schon öfters bei den Themen zu den Unterstützungsmaßnahmen gehört haben. Es ist sehr oft so, dass diese Hürde für viele dermaßen hoch erscheint, dass sie dann sagen, dann nehme ich ihn nicht in Anspruch, dann bleibt das Geld liegen. Warum kommt soviel zusammen? Natürlich weil sehr viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier in Südtirol sind, für die eingezahlt wird. Hier ist es einfach notwendig, dass man dafür Sorge trägt, dass diese Gelder dann auch für diese Mitarbeiter verwendet werden.

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Kollegin Amhof! Ich darf ganz kurz auf diese Forderung eingehen, die mit Sicherheit eine vielfach geteilte ist. Es ist vor allem eine Unterstützung für das Anliegen der Südtiroler Sozialpartner. Es haben sich ja 16 Verbände der Sozialpartner mit Ausnahme des Unternehmerverbandes dafür ausgesprochen, und zwar aus einem wesentlichen Grund. Wir dürfen eines nicht vergessen: Wir reden hier über Mittel, die Pflichtabgaben der Arbeitgeber in unserem Land sind. Diese Pflichtabgaben müssen oder werden in einen nationalen Fonds geleitet, der im Wesentlichen die Aufgabe hätte, diese Mittel wiederum in Weiterbildung zu investieren. Das Problem aber ist – und deswegen ist es so ein geteiltes Anliegen der Sozialpartner -, dass ein Großteil der Mittel bzw. auch sektorenabhängig nicht mehr ins Territorium zurückfließt. Es gibt einen Unterschied gerade bei den größeren Betrieben. Deswegen hat sich der Unternehmerverband dafür nicht ausgesprochen, weil es gerade bei den größeren Betrieben einen sogenannten "Conto aziendale" gibt, das heißt, dass der Betrieb wesentlich selber auf die eigenen Mittel zugreifen kann. Aber vor allem bei kleineren Betrieben, wo die Abgaben in der Summe sehr viel ausmachen und dies in einen nationalen Fonds fließt, ist es oft eine Herkulesaufgabe. Helmuth Tauber hat den Bereich des Tourismus angesprochen, vor allem dort, wo es noch eine Ausnahme ist, aber in anderen Sektoren deutlich schwieriger eine Herkulesaufgabe ist, diese Mittel möglichst wieder auf das Territorium zurückzubringen. Dann kommen wir zu einem zweiten Problem: Wenn es um die Weiterbildung geht, dann haben wir – wenn nationale Fonds entscheiden – einfach eine unterschiedliche Situation im Land. Wir haben zum Beispiel eine duale Ausbildung, die es im Wesentlichen

nur in Südtirol gibt. Dementsprechend ist die Situation eine andere. Es ist schwierig, die Sensibilität bei diesen nationalen Fonds dafür zu finden, dass spezifische Angebote für das Territorium entsprechend aufgelegt werden müssen. Wir haben uns deswegen im letzten November erstmals getroffen, haben uns mit den Sozialpartnern ausgetauscht. Wie bereits gesagt, am 23.11. des vergangenen Jahres haben sich dann diese 16 Sozialpartner dazu durchgerungen, diese Willenserklärung abzugeben und darum zu ersuchen, dass – das ist jetzt der Modus, wie dieser Fonds geschaffen werden soll – ein lokaler interprofessioneller Weiterbildungsfonds geschaffen wird, der als zusätzliche Möglichkeit neben den nationalen Fonds geschaffen wird. Das heißt, morgen kann sich der Arbeitgeber in unserem Land dafür entscheiden, ob er weiterhin in den nationalen Fonds oder in einen territorialen Weiterbildungsfonds einzahlt, der dann die Mittel lokal verwaltet. Also ist es eine zusätzliche Möglichkeit neben den staatlichen Fonds und in Zukunft kann nach wie vor der Arbeitgeber selber darüber entscheiden, wo als solches eingezahlt wird.

Ich denke, dass die Mittel gut im Territorium investiert werden. Es ist auch angesprochen worden: Wir haben die Notwendigkeit im Territorium, wir haben stärkere Notwendigkeiten sicherlich in den kommenden Jahren. Wir können stark in den Bereich der Berufsbildung investieren, den es nur in unserem Land im Wesentlichen im Vergleich zu anderen Regionen gibt. Wir können auch wesentlich in verschiedene andere Bereiche investieren als Folge dieser Pandemie, Nachqualifizierung, Umschulung usw., wie es auch angesprochen worden ist. Aber – das ist ein ganz wesentlicher Punkt – wir müssen erst die Voraussetzungen schaffen – da ist die Ebene die staatliche Ebene – auf staatlicher Ebene eine Gesetzesänderung zu schaffen, damit wir diesen Fonds überhaupt lokal einrichten dürfen. Das heißt, es braucht einen Passus im staatlichen Gesetz. Wir haben diesen Abänderungsantrag zum sogenannten Jobs Act formuliert und es ist dann natürlich zu schauen, ob es die Zustimmung der Mehrheit bzw. der Regierung auf Staatsebene erfährt, dass diese zusätzliche Möglichkeit geschaffen wird. Also es hängt nicht von uns alleine ab, sondern von der Zustimmung, die wir auf Staatsebene erfahren, ob wir dann den Fonds einrichten und dann alles weitere in der Folge umsetzen können. Dann bin ich der Meinung, dass dieser Fonds lokal gut eingerichtet und auch gut sensibilisiert werden kann, wie es im Beschlussantrag heißt. Aber vorausgesetzt ist die Zustimmung auf Staatsebene.

Kollegin Mair hat die Möglichkeit von Arbeitsstiftungen angesprochen. Das ist eine Möglichkeit, die wir gemeinsam prüfen, auch mit den Sozialpartnern, wo auch meine Überzeugung ist, dass wir die Voraussetzungen rechtlicher Natur im Moment nicht haben und diese erst zu schaffen wären als eine Möglichkeit nach der Krise, mit dieser Situation umzugehen. Aber wir werden uns nach Auslaufen des Kündigungsschutzes – im Moment läuft dieser ja bis Ende Juni, voraussichtlich wird er noch bis Jahresende verlängert - mehrere solche Instrumente anschauen müssen, jetzt vorbereitend wie Arbeitslose, die möglicherweise nach dieser Phase aus dem Lohnausgleich herausfallen und dann wirklich nicht mehr durch einen Kündigungsschutz abgesichert sind, wie diese weiterhin gesichert, abgesichert und beschäftigt werden können. Also das ist in Überprüfung. Im Moment haben wir aber die rechtliche Voraussetzung für solche Instrumente noch nicht entsprechend. Wir stimmen dem Beschlussantrag deswegen zu, wie bereits genannt, dass er als Bekräftigung und Unterstützung verstanden wird, auf staatlicher Ebene weiterhin tätig zu werden für diese Einrichtung dieses Fonds, aber mir ist wichtig, zu betonen – noch einmal –, dass es nicht allein von der Südtiroler Landespolitik abhängen, sondern auch die Zustimmung auf Staatsebene brauchen wird. Das sage ich auch deswegen, weil es natürlich ein Interesse der staatlichen Fonds gibt, Mittel nicht zu verlieren, wenn wir hier über 10 Millionen Euro reden, die auf verschiedene staatliche Fonds aufgeteilt sind und die morgen nicht mehr dort sind. Dort ist es natürlich ein gewisses Interesse dieser Fonds, diese Mittel nicht zu verlieren. Deswegen werden wir aber trotzdem alles dafür tun, damit wir diese Mittel gut ins Land zurückbringen und für die lokalen Interessen besser als jetzt einsetzen können. In diesem Sinne Zustimmung zu diesem Beschlussantrag!

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Nogglar

PRÄSIDENT: Abgeordnete Amhof, Sie haben das Wort, bitte.

AMHOF (SVP): Danke, Herr Präsident! Ich bedanke mich bei allen, die an dieser Diskussion teilgenommen haben!

Zu Kollegen Alex Ploner! Es hat gerade auch der zuständige Landesrat Philipp Achammer ausgeführt, dass es diesen Fonds bisher nicht gegeben hat. Man war auch nicht bestrebt, einen solchen lokalen Fonds

einzurichten, weil auch in Rom die Bereitschaft dafür nicht da war, das abzugeben. Aber wir nutzten jetzt einfach die Gunst der Stunde, in der alles im Umbruch ist und vor allem dahingeht, dort Unterstützung zu bieten, wo es im Moment wirklich gebraucht wird, im Bereich Arbeit, aber auch im Bereich Sozialen und in dem Moment auch im Bereich Arbeit und Weiterbildung. Das war der Grund, warum es das bisher nicht gegeben hat. Wir werden uns jetzt bemühen, auf Staatsebene die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um dann nachher - genau wie in diesem Beschlussantrag geschrieben - diesen Fonds auch aufstellen zu können.

Zu Kollegen Repetto! Es entscheidet schlussendlich jedes Unternehmen selbst, in welchen Fonds es einzahlt. Ich kann Ihnen nur sagen, dass es vor allem die Sozialpartner - und das hat vorhin Landesrat Philipp Achammer ganz deutlich zum Ausdruck gebracht - waren, die sich miteinander darauf verständigt haben, dass sie diesen lokalen, territorialen und interprofessionellen Weiterbildungsfonds wollen. Sie stehen dahinter und ich habe mich bei der Ausarbeitung zu diesem Beschlussantrag – und dafür möchte ich mich auch recht herzlich bei Dieter Mayr von der SGBCISL bedanken – mehrmals mit ihm zusammengesetzt und mich mit ihm ausgetauscht, um es auch alles richtig auf die Piste zu bekommen, wie unsere Landesrätin immer so nett sagt. Und es stimmt, es ist vor allem die Industrie, die an diesen nationalen Fonds festhält. Wir wollen diesen lokalen Fonds. Wir wollen, dass alle Betriebe da einzahlen, aber es steht auch den Betrieben nach wie vor frei, in den staatlichen Fonds einzuzahlen. Wir möchten die Betriebe dahingehend sensibilisieren, hier wirklich auch einzuzahlen. Es wird sowohl der Zugang als auch die Verwaltung dieses Fonds einfacher sein. Dafür werden die Sozialpartner auch bürgen, denn das ist ihr ganz, ganz großes Anliegen. Das ist auch das Ziel dieses Weiterbildungsfonds.

Damit möchte ich mich auch schon bei allen bedanken, allen voran beim zuständigen Landesrat, der diese Initiative von Anfang an unterstützt hat und auch Mitinitiator war. Vielen herzlichen Dank! Ich bedanke mich bei den Mitunterzeichnern, die mit mir an diesem Text gefeilscht haben, bei Helmuth Renzler, bei Gert Lanz, bei Helmuth Tauber und auch bei Franz Locher, vielen herzlichen Dank euch! Es war nicht ganz einfach. Wir haben es einige Male durchdiskutiert. Ich bedanke mich – wie gesagt – bei Dieter Mayr, der auch im Hintergrund stark mitgeholfen hat und bei Ihnen allen, die Sie jetzt an der Diskussion teilgenommen haben. Das wars auch schon von meiner Seite. Danke schön!

PRÄSIDENT: Wir kommen zur Abstimmung über Beschlussantrag Nr. 386/21: mit 30 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Punkt 157 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 401/21 vom 17.2.2021, eingebracht von den Abgeordneten Tauber, Lanz, Ladurner, Amhof, Locher, Vallazza und Renzler, betreffend Neuauflage des Rotationsfonds."**

Punto 157) dell'ordine del giorno: **"Mozione n. 401/21 del 17/2/2021, presentata dai consiglieri Tauber, Lanz, Ladurner, Amhof, Locher, Vallazza e Renzler, riguardante aggiornamento del fondo di rotazione."**

Neuauflage des Rotationsfonds

Als eine der Maßnahmen zur Bewältigung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie durch Covid-19 wurden seit dem Frühjahr unterschiedliche Stützungsmaßnahmen geschaffen. Eine davon war die Stundung von Darlehen aus dem Rotationsfonds. Diese Möglichkeit wurde sehr häufig in Anspruch genommen.

Aktuell ist eine Stundung des Rotationsfonds nicht mehr möglich, da laut Beschluss der Landesregierung Nr. 258/2020 vorgesehen ist, dass die Kreditinstitute und Leasinggesellschaften der Landesverwaltung bis 30. September 2020 all jene Darlehens- bzw. Leasingverträge mitteilen müssen, für welche der vom Unternehmen beantragten Stundung stattgegeben wurde; dies auch, damit bis 31. Dezember 2020 die entsprechenden Gewährungsmaßnahmen erlassen werden können.

Dies vorausgeschickt

*beauftragt
der Südtiroler Landtag*

die Landesregierung

die Möglichkeit der Stundung von Darlehen aus dem Rotationsfonds neu aufzulegen, um mit dieser Maßnahme auf lokaler Ebene Betrieben zu helfen, die von der Stundung noch nicht Gebrauch gemacht haben und aufgrund der Covid-Pandemie einen wesentlichen wirtschaftlichen Schaden erlitten haben.

Aggiornamento del fondo di rotazione

Tra le misure per far fronte alle ripercussioni della pandemia di Covid-19 sull'economia, figurano vari interventi di sostegno che sono stati messi in atto a partire dalla scorsa primavera. Uno di questi interventi è stata la dilazione delle rate dei mutui erogati dal fondo di rotazione. Si tratta di un'agevolazione a cui molti hanno fatto ricorso.

Attualmente non è più possibile dilazionare i pagamenti al fondo di rotazione, in quanto la delibera n. 258/2020 della Giunta provinciale prevede che gli istituti di credito e le società di leasing debbano comunicare all'Amministrazione provinciale entro il 30 settembre 2020 tutti quei contratti di mutuo o di leasing per i quali è stata concessa la dilazione richiesta dall'azienda; questo anche per poter emanare i relativi provvedimenti di concessione entro il 31 dicembre 2020.

Ciò premesso,

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano
 incarica*

la Giunta provinciale

di offrire nuovamente la possibilità di dilazionare i mutui erogati dal fondo di rotazione, in modo da venire incontro alle imprese locali che non si sono ancora avvalse del dilazionamento e che hanno subito ingenti danni economici a causa della pandemia di Covid.

Abgeordneter Tauber, Sie haben das Wort für die Erläuterung, bitte.

TAUBER (SVP): Danke, Herr Präsident! "Neuaufgabe des Rotationsfonds

Als eine der Maßnahmen zur Bewältigung der negativen wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie durch Covid-19 wurden seit dem Frühjahr unterschiedliche Stützungsmaßnahmen geschaffen. Eine davon war die Stundung von Darlehen aus dem Rotationsfonds. Diese Möglichkeit wurde sehr häufig in Anspruch genommen. – teilweise ein Jahr, teilweise auch zwei Jahre -

Aktuell ist eine Stundung des Rotationsfonds nicht mehr möglich, da laut Beschluss der Landesregierung Nr. 258/2020 vorgesehen ist, dass die Kreditinstitute und Leasinggesellschaften der Landesverwaltung bis 30. September 2020 all jene Darlehens- bzw. Leasingverträge mitteilen müssen, für welche der vom Unternehmen beantragten Stundung stattgegeben wurde; dies auch, damit bis 31. Dezember 2020 die entsprechenden Gewährungsmaßnahmen erlassen werden können.

Dies vorausgeschickt beauftragt der Südtiroler Landtag die Landesregierung die Möglichkeit der Stundung von Darlehen aus dem Rotationsfonds neu aufzulegen, um mit dieser Maßnahme auf lokaler Ebene Betrieben zu helfen, die von der Stundung noch nicht Gebrauch gemacht haben und aufgrund der Covid-Pandemie einen wesentlichen wirtschaftlichen Schaden erlitten haben." Danke schön!

LANZ (SVP): Herr Präsident! Ich denke, der Vorschlag, der hier gemacht worden ist, ist auch essentiell für eine relativ schnelle und einfache Unterstützung der Betriebe. Vielleicht gibt es hier in der Diskussion auch Inputs von den anderen Kolleginnen und Kollegen, weil er einfach notwendig ist. Wir haben hier durch die Stundungen in den letzten Monaten gesehen, dass man dort am effizientesten helfen konnte. Wir haben auch festgestellt, dass man mit den Stundungen in vielen Bereichen sehr vorsichtig umgegangen ist. Deswegen auch hier die Forderung, dass diese Möglichkeit der Stundung auch für bereits gestundete Rotationsfondsdarlehen wieder aufgenommen wird, macht Sinn, weil hier doch ein wesentlicher Faktor der Liquidität davon betroffen ist und dementsprechend die Betriebe hier eine Möglichkeit bekommen, um auf die aktuelle Situation zu reagieren. Deswegen hier auch die Unterstützung von unserer Seite zu diesem Beschlussantrag!

ACHAMMER (Landesrat für Deutsche Bildung, Deutsche Kultur, Industrie, Handwerk, Handel und Dienstleistungen, Arbeit, Integration - SVP): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Kollege Tauber, vielen herzlichen Dank für diesen Beschlussantrag, den wir nur unterstützen können, auch deswegen, weil wir in diesem Landeshilfspaket, das vergangene Woche vorgestellt worden ist, unter anderem eine Säule ja festgesetzt haben neben den Zuschüssen und den Beiträgen, die die Betriebe erhalten. So ist neben dem Aufschub von Steuern und Gebühren ein Wesentliches auch der Aufschub und die Stundung von Finanzierungen, wobei wir hier dazusagen müssen, dass die Spielräume sicherlich kleiner geworden sind. Das Land Südtirol hat ja ein Abkommen mit den Banken geschlossen. Die Banken haben von sich aus natürlich die Stundung vorangetrieben in der letzten Periode im vergangenen Jahr. Es ist aber der Spielraum aufgrund der Richtlinien der Europäischen Bankenaufsicht deutlich geringer geworden, noch einmal einen Aufschub als solches zu gewährleisten von weiteren Finanzierungen. Deswegen sind diese individuellen Situationen noch einmal genauer anzuschauen. Wir haben aber eine Möglichkeit und diese ist über die finanzierten bzw. bezuschussten Förderungen aus dem Rotationsfonds Finanzierungen aus dem Rotationsfonds der verschiedenen Bereiche. Wir haben ja bereits im vergangenen Jahr die Möglichkeit der Stundung von bis zu 24 Monaten vorgesehen und es ist so, dass sicherlich im letzten Jahr einige diese Stundung möglicherweise nicht in Anspruch genommen haben, weil die Situation noch bewältigbar war, sich aber jetzt eine völlig neue Situation wiederum darstellt, weshalb wir noch einmal ein Zeitfenster für diese Stundung eröffnen möchten, von denjenigen, die diese Stundung bisher noch nicht in Anspruch genommen haben. Also wir erinnern uns: Es geht hier im Wesentlichen um geförderte Finanzierungen, hauptsächlich wenn der große Anteil dieser geförderten Finanzierungen bzw. auch Leasingfinanzierungen über den Rotationsfonds in den Bereich des Tourismus und natürlich auch in andere Sektoren geht. Aber der Großteil sind Tourismusfinanzierungen. Diese Finanzierungen als solche jetzt noch einmal stunden zu können, der entsprechende Beschluss der Landesregierung ist bereits in Vorbereitung und wir sind zuversichtlich, dass wir diesen sehr, sehr zeitnah entsprechend auch beschließen können. Die Absicht wäre, zumindest eine Stundung bis September entsprechend vorsehen zu können, aber die weiteren Details werden dann mit Beschluss der Landesregierung festgelegt werden. Also wir gehen hier sozusagen dort, wo die Spielräume insgesamt geringer geworden sind, was insgesamt die Stundungen von Finanzierungen betrifft, mit gutem Beispiel voran, so dass die vom Land bezuschussten geförderten Finanzierungen über den Rotationsfonds gestundet werden können. Dementsprechend würden wir noch einmal ein Zeitfenster eröffnen, damit diese Stundungen als solche stattfinden können. In diesem Sinne können wir diesem Beschlussantrag nur zustimmen bzw. werden ihn mit Beschluss der Landesregierung entsprechend auch umsetzen und das Zeitfenster für die Stundungen noch einmal öffnen. Danke vielmals!

TAUBER (SVP): Danke, Herr Landesrat, für die klaren Worte, auch den ganzen Kollegen, die mitunterschrieben haben! Vielleicht noch als Anregung, wenn ihr schon relativ klar seid in euren Entscheidungen, diesen Spielraum auch für jene noch einmal anzudenken, die nur ein Jahr gestundet haben. Natürlich ein Unternehmer möchte ja gleich wieder seine Verbindlichkeiten zurückzahlen, wenn die Liquidität da ist. Viele hatten gedacht, dass nach dem Frühjahr alles vorbei ist und sie dann wieder voll arbeiten, die Leute beschäftigen und wirtschaftlich tätig sein können. Vielleicht gibt es für diesen Teil, die nur ein Jahr aufgeschoben haben, noch einen Spielraum. Danke vielmals!

PRÄSIDENT: Wir stimmen über Beschlussantrag Nr. 401/21 ab: mit 31 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 18.00 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ACHAMMER (52, 62, 66)
AMHOF (21, 31, 39, 59, 63)
ATZ TAMMERLE (30)
DEEG (10, 22, 41)
DELLO SBARBA (37, 42, 43)
FAISTNAUER (49)
FOPPA (1, 13, 27, 36, 41)
HOCHGRUBER KUENZER (29)
KNOLL (13, 21, 40, 52, 60)
KÖLLENSPERGER (14)
LADURNER (31)
LANZ (10, 21, 34, 46, 55, 62, 65)
LEITER REBER (16, 20, 35, 50, 54)
LOCHER (32, 51)
MAIR (61)
NICOLINI (4, 8, 12, 51)
PLONER Alex (60)
PLONER Franz (5, 52)
PRÄSIDENT (10, 12, 18, 35, 36, 37, 43)
RENZLER (39, 42, 50, 61)
REPETTO (6, 33, 60)
RIEDER (1, 19, 23, 30)
SCHULER (54)
STAFFLER (7, 15, 33)
TAUBER (34, 48, 61, 65, 66)
UNTERHOLZNER (10, 11, 12, 17, 18, 41, 49)
URZÌ (16, 18, 20, 36, 40, 48)
VETTORI (14, 18)
WIDMANN (7)